

**V26-Beschluss: Dringlichkeitsantrag: Für einen demokratischen Aufbruch statt islamistischem Umbau der Türkei: HDP wählen am 24. Juni!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 0. Dringlichkeitsantrag

1 Am 24. Juni 2018 wird in der Republik Türkei eine Nationalversammlung gewählt.  
2 Nicht einmal 6 Monate nach dem brutalen Einmarsch in der kurdischen Provinz  
3 Afrin und einem Massenmord an Kurd\*innen und anderen Minderheiten soll ein neues  
4 Parlament zu Stande kommen. Es werden Wahlen, die wohl wieder nicht frei, gleich  
5 und geheim sein werden. Wahlen, deren Zeitpunkt von einem autokratischen  
6 Präsidenten vorverlegt wurden um seine innenpolitische Macht auszubauen. Wahlen,  
7 in einem Land, in dem das Regime der nationalistisch-islamistischen AKP alles  
8 und alle zu unterdrücken versucht, die ihm nicht ins Konzept passen. Und dennoch  
9 werden sich bei diesen Wahlen wieder viele mutige Demokrat\*innen Erdogan und  
10 seinem Regime in den Weg stellen!

11 **Gegen den islamistischen Umbau der Türkei**

12 Seit dem die AKP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 die absolute Mehrheit  
13 verloren hat, ist ihr jedes Mittel Recht um sich an der Macht zu halten. Sie hat  
14 den Friedensprozess mit der PKK aufgekündigt, Krieg gegen die eigene kurdische  
15 Zivilbevölkerung begonnen und nutzt jedes erdenkliche Mittel um eine weitere  
16 Unterdrückung der demokratischen Opposition voranzutreiben. So wird der  
17 gescheiterte Putschversuch im Sommer 2016 genutzt um Repressionen zu verschärfen  
18 und demokratische Kritiker\*innen wegzusperren. Unter dem Deckmantel der  
19 „Terrorbekämpfung“ wurden unzählige Akademiker\*innen, Journalist\*innen,  
20 Aktivist\*innen, Abgeordnete und Politiker\*innen festgenommen. Doch nicht etwa  
21 die inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden der demokratischen Partei der Völker  
22 (HDP), Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş, sind Terroristen. Die  
23 politischen Gefangen des AKP-Regimes haben gegen den Terror von Präsident  
24 Erdoğan gekämpft. Einem Terror, bei dem kurdische Dörfer bombardiert werden, bei  
25 dem Proteste niedergeschlagen werden, bei dem Menschen grundlos festgenommen  
26 werden und bei dem der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt wurde. Wir verurteilen  
27 aufs Schärfste, dass dieser Terror keine außenpolitische Bedeutung gefunden hat:  
28 Statt Wirtschaftssanktionen fließt Geld durch einen menschenverachtenden Anti-  
29 Flüchtlingsdeal und statt einem Rauswurf aus der NATO, werden weiter Waffen  
30 geliefert. Die Bundesregierung und die Kommission der Europäischen Union müssen  
31 endlich ihr Nichtstun beenden und sich für eine freie Wahl in der Türkei  
32 einsetzen!

33 **Für die linksdemokratische HDP**

34 Als GRÜNE JUGEND stehen wir angesichts dieser Umstände noch stärker an der Seite  
35 der demokratischen Partei der Völker (HDP). Durch die sehr hohe 10% Hürde bei  
36 den Wahlen ist es sinnvoll, dass sich die Linken Demokratischen Kräfte bündeln.  
37 Die HDP ist dabei nicht nur eine rein pro-kurdische Partei. Sie ist das  
38 Sammelbündnis von Umweltschützer\*innen, Kurd\*innen, Armenier\*innen, linken  
39 Demokrat\*innen, LGBT-Community und anderen Minderheiten. Sie gibt denen einen  
40 Stimme, die durch das AKP-Regime unterdrückt werden. Sie ist die einzige Partei  
41 in der Nationalversammlung , die sich dem AKP-Regime tatsächlich entgegenstellt  
42 und in der Nationalversammlung als einzige politische Kraft etwa für ein Ende  
43 des Massenmords in Afrin plädiert. Ein großer Teil ihrer Abgeordneten ist  
44 weggesperrt und ihre führenden Politiker\*innen werden nach und nach inhaftiert.  
45 Doch die HDP kämpft nach wie vor für eine friedlichen, demokratischen Aufbruch  
46 in der Türkei. Für Umweltschutz, Gerechtigkeit, für Minderheitenrechte, für  
47 Pressefreiheit und für ein multiethnisches Zusammenleben lohnt es sich sie bei  
48 der Parlamentswahl am 24. Juni zu wählen.

49 Deshalb unterstützt die GRÜNE JUGEND ebenso wie die türkischen Grünen, Yeşiller  
50 ve Sol Gelecek Partisi die HDP bei den vorgezogenen Türkischen Parlamentswahlen  
51 am 24. Juni 2018. Wir rufen alle Wahlberechtigten, egal ob sie in der Türkei, in  
52 Kurdistan oder in Deutschland leben, dazu auf die HDP mit ihrer Stimme zu  
53 unterstützen!

## **Begründung**

**Begründung der Dringlichkeit:** Die Antragsfrist endete am 13. April. Erst danach, am 18. April, wurde der Vorzug der Türkischen Parlamentswahl angekündigt. Dieser Vorzug steht erst seit dieser Woche fest. Ursprünglich waren die Türkischen Parlamentswahlen für Herbst 2019 angesetzt.

## **A1-Beschluss Utopien schaffen? Mit links!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

71 Vier weitere Jahre Große Koalition - vier weitere Jahre Stillstand. Die massive  
72 Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage, steigende Armut, die zunehmende  
73 Spaltung Europas, tausende Tote im Mittelmeer - die neue Bundesregierung wird  
74 sicher keine echten Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit  
75 geben. Und es ist nicht zu erwarten, dass sie die Digitalisierung und  
76 Globalisierung so gestaltet, dass Bürger\*innenrechte und Selbstbestimmung von  
77 Arbeitnehmer\*innen gestärkt wird, statt noch mehr Ungerechtigkeit zu schaffen.  
78 Ganz im Gegenteil setzt sie mit Ministern wie Horst Seehofer oder Jens Spahn auf  
79 Ausgrenzung, Heimattümelei, Frauenverachtung und Nach-unten-treten und treibt  
80 den gesellschaftlichen Rechtsruck selbst mit voran. Dieser Rechtsruck zeigt sich  
81 nicht nur durch die zunehmende Normalisierung rechter Hetze und eine  
82 Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, sondern auch durch konkrete  
83 Verschärfungen des Asylrechts und eine demokratiefeindliche Law-and-Order-  
84 Politik. Um zu verstehen, was mit autoritärem Umbau gemeint ist, müssen wir  
85 nicht erst nach Polen oder Ungarn schauen, dazu reicht auch ein Blick auf die  
86 geplanten Polizeigesetze in Bayern oder NRW. Umso mehr liegt es an uns, dem  
87 Mantra der Alternativlosigkeit Visionen für eine ökologische, solidarische und  
88 emanzipatorische Politik entgegenzusetzen und progressive Lösungen für die  
89 Fragen unserer Zeit anzubieten. Denn der Rechtsruck ist kein Naturgesetz. Die  
90 letzten Monate haben gezeigt, dass gerade viele junge Menschen keine Lust mehr  
91 auf das ewige Weiterso haben. Dieses politische Moment gilt es nun  
92 aufrechtzuhalten, zu nutzen und so für progressive Politik zu mobilisieren.

### **Das Unmögliche denkbar machen**

93 Dafür müssen wir sowohl dem neoliberalen und konservativen Status Quo als auch  
94 den falschen Antworten von rechts tatsächliche Alternativen entgegensetzen. Um  
95 das zu schaffen, müssen wir politische Utopien wieder für viele Menschen denkbar  
96 und zugänglich machen. Von klein auf wird uns beigebracht, dass Konkurrenz,  
97 Leistungsdruck, Armut oder globale Ungerechtigkeit etwas Normales,  
98 Unveränderbares und Unhinterfragbares wären. Doch die gesellschaftlichen  
99 Verhältnisse sind weder Gott gegeben, noch in Stein gemeißelt. Sie sind von  
100 Menschen gemacht - und als solche auch von Menschen veränderbar. Gerade in  
101 Zeiten der Digitalisierung sind die Möglichkeiten für eine Welt ohne Armut,  
102 Ausbeutung und Umweltzerstörung immer mehr gegeben. Diese Möglichkeiten werden  
103 im Moment leider noch nicht im Sinne des Erreichens einer solchen Welt genutzt,  
104 sondern eher um die Zustände weiter zu verschlechtern. Um das zu ändern, müssen  
105

106 wir dem Merkeldogma der sogenannten Alternativlosigkeit etwas entgegensetzen. Es  
107 ist unsere Aufgabe, das Bedürfnis nach Veränderung zu entfachen, das Bewusstsein  
108 über die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu stärken, und zu  
109 zeigen, dass die gesellschaftlichen Möglichkeiten auch im Sinne der Emanzipation  
110 genutzt werden können. Wir müssen Utopien schaffen, die zeigen, wie es anders  
111 gehen könnte: Wie die Digitalisierung im Sinne von Freiheit und Gerechtigkeit  
112 genutzt werden kann. Wie wir durch eine echte Mobilitätswende nicht nur die  
113 Klimakatastrophe bremsen, sondern auch Teilhabe für alle ermöglichen können.  
114 Oder wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der alle sich auf Augenhöhe, als  
115 Gleiche unter Gleichen, ohne Betonung ihrer oberflächlichen Unterschiedlichkeit  
116 begegnen können und in der statt Egoismus Solidarität die Grundlage  
117 gesellschaftlichen Zusammenlebens ist.

118 Utopien sind für uns dabei keine fertigen Bilder. Denn im Prozess der  
119 politischen Veränderung ergeben sich immer auch neue Möglichkeiten, die in  
120 unserer jetzigen Gesellschaft noch nicht absehbar sind. Viel mehr geht es  
121 darum, in der konkreten Kritik des Bestehenden aufzuzeigen, wie eine andere  
122 Gesellschaft aussehen könnte. Wir wollen im Hier und Jetzt Schlaglichter einer  
123 solidarischen Zukunft zeigen. Das heißt für uns auch, dass unsere Utopien und  
124 Visionen nicht unabhängig von konkreten Forderungen und politischen Kämpfen  
125 bestehen. Denn es bringt nichts, schöne Bilder zu malen, und dabei den Weg  
126 dorthin aus den Augen zu verlieren. Stattdessen denken wir unsere kurz- und  
127 mittelfristigen politischen Forderungen mit unseren langfristigen Visionen  
128 zusammen, verstehen Utopien als die Grundlage unserer politischen Strategie und  
129 arbeiten an Verbesserungen in der Gegenwart als Schritte in eine andere Zukunft.

### 130 **Das Unmögliche möglich machen**

131 Wir wollen Utopien nicht nur denkbar, sondern auch realisierbar machen. Das  
132 werden wir nicht alleine schaffen. Denn unsere Utopien werden nur dann  
133 verwirklicht, wenn sie gesellschaftliche Relevanz erreichen, viele Menschen  
134 begeistern und die gesellschaftliche Linke wieder in die Position kommt, ihre  
135 politischen Ziele umzusetzen. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit vielen anderen  
136 progressiven Akteur\*innen für andere Mehrheiten - auf der Straße, in der  
137 Gesellschaft und in den Parlamenten.

138 Wenn wir das schaffen wollen, müssen wir viele Menschen mobilisieren. Denn es  
139 reicht nicht, Menschen von unseren politischen Visionen zu überzeugen, wir  
140 wollen sie auch dafür begeistern, mit uns gemeinsam dafür zu kämpfen. Dafür  
141 müssen wir uns als Verband schlagkräftig aufstellen, damit wir viele Menschen  
142 sowohl erreichen als auch einbinden können. Auf diesem Bundeskongress und im  
143 kommenden Perspektivenprozess stellen wir dafür die Weichen. Denn politische  
144 Organisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die  
145 Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir wollen Menschen dazu  
146 ermächtigen, die Gesellschaft um sich herum zu verstehen und zu verändern, in  
147 dem wir gemeinsam erarbeiten, wie eine andere Gesellschaft aussehen kann. Dafür  
148 müssen wir eine Sprache finden, die viele Menschen anspricht und zeigen, warum

149 es sich lohnt, für politische Veränderung einzustehen. Unser Ziel ist es,  
150 Menschen in ihrer konkreten Lebensrealität anzusprechen und abzuholen, sie für  
151 linke Politik zu begeistern und für radikale Visionen und Utopien zu gewinnen.  
152 Die GRÜNE JUGEND soll ein Ort werden, an dem Menschen gemeinsam erkennen, dass  
153 sie nicht ihr Eigeninteresse gegen andere Eigeninteressen durchsetzen müssen,  
154 sondern alle ihr gemeinsames Interesse entwickeln und gegen herrschaftliche,  
155 also zum Beispiel patriarchale oder kapitalistische Interessen durchsetzen - und  
156 für die Vision einer ökologischen und solidarischen Welt kämpfen. Denn:

157 *"In jeder Generation muss es Menschen geben, die so leben, als ihre Zeit nicht*  
158 *ein Anfang und ein Ende, sondern ein Ende und ein Anfang wäre."*  
159 *- Manés Sperber.*

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **A2-Beschluss: Halten Sie sich links - Mobilität braucht Visionen!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

160 Über die Verkehrswende diskutieren gerade alle. Doch für die konkrete  
161 Weichenstellung fehlt leider oftmals der Mut und die Vision. Das darf nicht  
162 länger so bleiben.

163  
164 Denn wenn unsere Mobilität im Einklang mit den Klimazielen von Paris stehen  
165 soll, dann muss unser Verkehr klimaneutral werden.

166 Die Entwicklung der letzten Jahre steht dem konträr entgegen: In Deutschland ist  
167 der Verkehr der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasemissionen immer noch auf  
168 dem Niveau von 1990 liegen. Daher ist klar: Mobilitätspolitik ist aktive  
169 Klimapolitik.

170 Ausgehend davon, dass Mobilität eine Voraussetzung für die Teilhabe am  
171 gesellschaftlichen Leben ist, sind das Ende des motorisierter  
172 Individualverkehrs, sowie ein suffizienteres Mobilitätsdenken unabdingbar.  
173 Damit dieser gesellschaftliche Wandel gelingen kann, gilt es die Verkehrswende  
174 einzuleiten und der Einzelnen den Umstieg auf ökologisch verträgliche  
175 Mobilitätsangebote zu ermöglichen.

176  
177 Der Fahrplan der Bahn wird inzwischen von Algorithmen berechnet. Welche Pakete  
178 über welchen Weg in welchem Paketzentrum landen und wer sie dann zustellt, wird  
179 von Algorithmen entschieden. Wo gerade ein Unfall passiert ist oder die U-Bahn  
180 im Tunnel steht und nicht weiter kommt, verrät der Verkehrsleitstelle heute ein  
181 Interface das als Teil eines Smart City Konzeptes verkauft wird. All das und  
182 noch viele andere Beispiele zeigen, der Verkehr ist im 21. Jahrhundert  
183 angekommen. Die Verkehrspolitik muss nun nachziehen, das wollen wir anpacken!  
184 Viele verkehrspolitisch reaktionäre Kräfte sind jedoch weiterhin im letzten  
185 Jahrtausend verhaftet.

186 Fahrverbote, BER, Stuttgart 21, die Diesellaffäre - die Liste der deutschen  
187 Verkehrsskandale allein in den letzten Jahren ist lang. Sie alle eint aber die  
188 Tendenz der Politik, Prestigeprojekte nach vorne zu stellen, zu privatisieren,  
189 wo es nur möglich ist und statt konkreter Antworten meist nur dreckige Luft zu  
190 liefern.

191 Die Verflechtungen zwischen Politik und Automobilwirtschaft sind massiv. Wenn  
192 verschärfte Abgasnormen beschlossen werden sollen, werden sie von Merkel

193 blockiert – und die CDU erhält wenige Tage später eine Großspende eines  
194 Autounternehmens, wie es 2013 der Fall war. Und Dobrindt legte einen  
195 Bundesverkehrswegeplan vor, der zunächst nicht mal die eigene Umweltprüfung  
196 bestand. Statt Investitionen in moderne Mobilitätsinfrastruktur nimmt der  
197 Flächenfraß zur Errichtung von Umgehungsstraßen ungehindert zu.  
198 Automobilunternehmen verdienen nicht unbedingt unser Vertrauen – der letzte  
199 Abgasskandal hat das deutlich genug gezeigt. Und gleichzeitig steht der  
200 Abgasskandal auch symbolisch für Konzepte, die schlichtweg überkommen sind.  
201 Insbesondere der Autobahnbau ist gekennzeichnet von sogenannten ÖPP's, also  
202 Öffentlich-Privaten Partner\*innenschaften. Dabei wird ein Teil der nötigen  
203 Investitionen durch private Akteur\*innen getätigt, aber die finanzielle und  
204 wirtschaftlichen Risiken bleiben in der öffentlichen Hand. Neben dem massiven  
205 ökologischen Raubbau, der beim Autobahnbau oft stattfindet, kommt hier also auch  
206 noch eine Kapitalisierung eines vermeintlich öffentlichen Guts hinzu; das alles  
207 verantwortet von einer vermeintlich allgemeinwohlorientierten  
208 Bundesverkehrspolitik der Großen Koalition.

209 Ähnlich verhält es sich bei der Bahn. Mit der Profitorientierung und drohenden  
210 Privatisierung der Deutschen Bahn und damit des gesamten Bahnbetriebs geht ein  
211 Rückgang des Bahnverkehrs in strukturell schwächeren Regionen einher. Kurse  
212 werden gestrichen bis zu einem Punkt, an dem die Bahn als verlässliches  
213 Verkehrsmittel nicht mehr nutzbar ist. Begründet durch mangelnde Auslastung  
214 werden Strecken anschliessend eingestellt. Unzählige Bahnhöfe, insbesondere in  
215 den ostdeutschen Bundesländern, wurden in den letzten Jahren dicht gemacht und  
216 der Bevölkerung vor Ort bleibt nichts anderes übrig, als wegzuziehen oder den  
217 Klimakiller Auto zu nutzen. Weiterhin können keine neuen notwendigen Trassen  
218 durch die DB Netze erschlossen, sondern bestehende aufgrund eines schmalen  
219 Budgets auf einem Minimum erhalten werden.

220 Anstatt also in eine funktionierende und inklusive Infrastruktur in der Fläche  
221 zu investieren, wurden Milliarden an Euro für den Willy Brandt-Flughafen Berlin-  
222 Brandenburg (BER) oder das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 verschwendet. Das zeigt  
223 beispielhaft, dass für viele politische Akteur\*innen Mobilität nur ein  
224 politisches Nebenfach zu sein scheint, für das man Aufsichtsratspflichten nicht  
225 ernst nehmen muss und das man nebenher leicht handeln kann. Für uns ist klar,  
226 dass Mobilität ein Grundrecht ist und als solches gerade in Zeiten großer  
227 gesellschaftlicher Ungerechtigkeit nicht nur als Verkehrssteuerung, sondern als  
228 elementares soziales Teilhabeprojekt begriffen werden muss.

229 Es liegt an uns und der gesamten gesellschaftlichen Linken, Visionen für eine  
230 neue Mobilität in der ökologischen und sozialen Entwicklung unseres  
231 Zusammenlebens zu formulieren, anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für  
232 die Tagespolitik machen als auch langfristige visionäre Projekte entwickeln  
233 können.

234 Dafür sind Investitionen notwendig, auch große. Aber diese müssen klug  
235 eingesetzt werden. Die nächsten Jahrzehnte der Verkehrspolitik werden vom  
236 Begriff der Effizienz, die nun so leicht errechenbar scheint, geprägt sein.  
237 Unser Ziel ist es die Weiterentwicklung unseres Verkehrssystems nicht im  
238 kapitalistischen Sinne effizient zu gestalten, sondern es für die Menschen und  
239 den Planeten in die richtige Richtung zu lenken. Daher brechen wir mit der

240 neoliberalen Doktrin Privat vor Staat. Gerade im Verkehrssystem führen  
241 Netzwerkeffekte bei einer marktförmigen Organisation zur Monopolbildung. Dies  
242 zeigt sich beispielsweise im Fernbusmarkt. Monopole in privater Hand führen zu  
243 überhöhten Preisen und einem schlechten Angebot. Dem stellen wir unsere Vision  
244 von einem Verkehrssystem, dass sich an Bedürfnissen und nicht am Profit  
245 orientiert, entgegen. Dies wird eine Gratwanderung sein, denn schnelle Mobilität  
246 ist teurer, flächendeckende Systeme sind schwerer zu erhalten, öffentliche  
247 Verkehrsmittel meist überfüllt. Doch der Wandel des Systems durch die  
248 Digitalisierung bietet die Chance diese Widersprüche endlich aufzulösen.  
249 Schnelligkeit muss nicht mit Luxus verschränkt sein, auf dem Land eine gute  
250 Anbindung zu haben muss nicht teuer sein. Öffentliche Verkehrsmittel müssen  
251 nicht ungemütlich und überfüllt sein. Wir fordern eine bedarfsorientierte aber  
252 soziale, eine intelligente aber vertrauliche und eine rasante aber ökologisch  
253 nachhaltige Verkehrspolitik für die Zukunft.

### 254 **Ohne Doro im Flugtaxi - Unsere Vision junggrüner Mobilität:**

255 Unsere Vision der Mobilität von morgen orientiert sich an den Bedürfnissen der  
256 Menschen und den Möglichkeiten und Herausforderungen von übermorgen. Wir setzen  
257 uns dabei langfristig für ein Ende des motorisierten, klimazerstörenden und  
258 platzraubenden Individualverkehrs ein, wie er momentan existiert. Verkehr und  
259 Mobilität sind eines der Bindemittel gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit der  
260 grundlegenden Veränderung von Mobilität tragen wir dem konsequent Rechnung.  
261 Gleichzeitig sagen wir damit auch dem klimaschädlichen Personenverkehr den Kampf  
262 an. Uns ist bewusst, dass jede Form von Mobilität Energie benötigt. Das  
263 bedeutet: Die Mobilität von morgen muss so klimafreundlich wie möglich sein. Das  
264 funktioniert aber nur mit einer umfassenden Umstellung auf 100% Erneuerbare  
265 Energien, und sofern möglich, dem Schutz und Ausbau ökologischer Senken.  
266 Aber auch langfristige Visionen für Transportmittel scheuen wir nicht.  
267 Innovation und Technik können kein Allheilmittel sein, aber wir dürfen uns neuen  
268 Innovationen auch nicht verschließen. Im Gegensatz zur CSU wollen wir wirklich  
269 aktiv die Forschung für klimaneutrale Mobilität fördern. Ob Solarflugzeug,  
270 Hyperloop, Flugtaxi oder klima"neutrale" Schifffahrt - was das Klima nicht  
271 schädigt und möglich ist, soll auch selbstbewusst angegangen werden. Dabei  
272 müssen neue Technologien klimafreundlich und effizient sein. Ziel ist es Verkehr  
273 zu vermeiden, Rebound-Effekten entgegen zu wirken und das die neuen  
274 Verkehrsformen multimodal abgestimmt werden. Öffentlich finanzierte  
275 Forschungsergebnisse müssen allgmeinzugänglich sein, sodass alle rasche Umsetzung  
276 möglich ist. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Gerade angesichts  
277 der sich immer rasanter verstärken Klimakrise darf dies dem Vorantreiben heute  
278 schon bestehender umwelt- und klimafreundlicher Formen von Mobilität nicht zum  
279 Nachteil gereichen. Dennoch ist es unser Ziel, so schnell wie möglich zu einer  
280 Art der Fortbewegung zu kommen, die den Planeten und die Gesellschaft stützt und  
281 nicht schädigt. Bis dahin müssen alle Verkehrsarten immer gegen den verursachten  
282 Schaden gerechnet und Kosten internalisiert werden.  
283 Um Mobilität als soziale Revolution durchzusetzen, müssen wir Ökologie und  
284 soziale Gerechtigkeit im Einklang denken. Die Klimakrise und die Endlichkeit der  
285



286 Ressourcen bedingen die Notwendigkeit klimaneutraler Mobilität.

287

### 288 **Grenzenlose Mobilität:**

289 Für die GRÜNE JUGEND ist Mobilität nicht nur ein Faktor, sie ist ein Schlüssel  
290 für soziale Teilhabe. Dafür muss der ÖPV schrittweise komplett ticketlos und  
291 solidarisch und steuerfinanziert werden. Wer wie viel Geld hat, darf nicht  
292 beeinflussen, wer wohin kommt.

293 Gleichzeitig muss der Öffentliche Personenverkehr qualitativ so gut sein, dass  
294 er unsoziale, klima- und umweltschädliche Formen der Mobilität überflüssig  
295 macht. Dazu gehört ein inklusives Konzept, das allen Nutzer\*innen eine schnelle  
296 Erreichbarkeit garantiert. Ob in der Stadt von A nach B oder auf dem Land ins  
297 Nachbardorf. Das Recht auf Mobilität und soziale Teilhabe darf nicht vom Wohnort  
298 abhängen, sondern muss allen dort zugänglich gemacht werden, wo sie sind. An  
299 vielen Stellen wird das Netz des Öffentlichen Personenverkehrs abgebaut,  
300 Bahnlinien werden eingestellt und der Bus fährt immer seltener. Diesen Trend  
301 müssen wir umkehren und neue und alternative Lösungen finden, wenn wir in eine  
302 mobile Zukunft wollen.

303 Echte soziale Teilhabe geht jedoch nur dann, wenn wir das Klassensystem in allen  
304 Verkehrsmitteln abschaffen. Einhergehend mit einer grundlegenden  
305 Qualitätssteigerung und umfassendem Barriereabbau ist dies für uns ein erster  
306 Schritt hin zu einem komplett solidarisch finanzierten ÖPV. Doch nicht nur  
307 national kämpfen wir für einen ticketfreien ÖPV. Wir wollen einen ticketfreien  
308 ÖPV für alle Mitgliedsstaaten der EU, vor allem im Bereich des Bahnverkehrs.  
309 Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung der europäischen Integration sowie zu  
310 einer europäischen und solidarischen Öffentlichkeit. Es kann nicht sein, dass in  
311 der 1. Klasse massig Platz ist, während in der 2. Klasse Menschen auf dem Boden  
312 sitzen.

313 Gleichzeitig hört Mobilität nicht an Landesgrenzen auf, als soziales Projekt  
314 kann sie diese zerschlagen und dem wollen wir folgen. Wir fordern das Recht auf  
315 globale Mobilität, unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Geldbeutel.  
316 Deshalb fordern wir die Abschaffung der diskriminierenden Visa-Praxis ebenso wie  
317 die ticketlose Bereitstellung von Verkehrsmitteln. Wir wollen in einer Welt  
318 leben, in der alle dort hin können, wo sie hin wollen, denn nur das kann eine  
319 gerechte Welt sein.

320

321 Einen ersten Schritt stellt der Aufbau, die Ausweitung und Vereinheitlichung  
322 eines europäischen Schienennetzes dar, das an Landesgrenzen nicht halt macht.  
323 Wir wollen bequem und stressfrei mit einem Ticket von London nach Athen reisen  
324 können. Für uns bedeutet dies auch die Schaffung eines europäischen  
325 Buchungssystems. In einer immer rasanter werden Welt verändern sich auch die  
326 Bedürfnisse an Mobilität. Für uns bedeutet dies aber nicht nur den Aufbau eines  
327 wirklich europäischen Schnellstreckennetzes. Kurz- und mittelfristig wird  
328 schnelle Mobilität allerdings teurer sein als langsamere Mobilität. Deshalb  
329 fordern wir, dass mit der Schaffung eines europäischen Schienennetzes auch  
330 verstärkt Langstrecken geschaffen und mehr und komfortable Nachtzüge eingesetzt  
331 werden.

332 Bei Flugreisen müssen alle Steuerprivilegien abgeschafft und endlich

333 Kostenwahrheit durch Kompensationszahlungen für resultierende Umweltschäden  
334 hergestellt werden, damit ökologische Alternativen konkurrenzfähig werden.  
335 Daneben fordern wir das zeitnahe Auslaufen jeglicher Subventionen für Flughäfen,  
336 gerade in ländlichen, strukturschwachen Räumen mit nicht erwartbarer Nachfrage  
337 und Verhältnismäßigkeit.  
338  
339

### **Guter Güterverkehr**

340 Mobilität dient nicht nur der Beförderung von Personen, sondern auch dem  
341 Transport von Waren. In einer wechselseitig immer abhängiger werdenden Welt  
342 werden auch Warenströme immer stärker miteinander verknüpft. Regionalisierung  
343 bietet hier eine Möglichkeit für lokale Warenkreisläufe.. Uns ist bewusst, das  
344 bei bestimmten Waren, eine Regionalisierung unmöglich ist. Durch Kooperationen  
345 in der Logistik kann darüber hinaus Verkehr vermieden werden. So sollten z. B.  
346 Leerfahrten von LKW vermieden werden und vor allem der Warenverkehr auf die  
347 Schiene verlagert werden. Dass eine solche Verlagerung noch nicht in größerem  
348 Maßstab stattgefunden hat, liegt unter anderem an unzureichenden Verbesserungen  
349 im Schienennetz, aber vor allem am politischen Unwillen der letzten  
350 Bundesregierungen, die nach wie vor alle Strategien zur Verlagerung halbherzig  
351 umsetzten. Wir wollen keinen klimaschädlichen Lieferverkehr. Hier sind  
352 staatliche Investitionen in das marode Schienennetz nötig, sowie eine Erhöhung  
353 aller Abgaben und Steuern, sodass die reine Logistik per LKW teurer ist als eine  
354 kombinierte mit der Bahn. Somit kann Güterfernverkehr schnell und ökologisch  
355 abgewickelt werden. Die Binnenschifffahrt ist ebenfalls ein integraler  
356 Bestandteil eines ökologischen Güterverkehrs. Jedoch muss eine Stärkung und jede  
357 weitere Maßnahme im Einklang mit dem Hochwasserschutz und angrenzenden  
358 Naturräumen geschehen. Wenn diese zu sehr eingeschränkt wird, setzt sich die  
359 Grüne Jugend dafür ein, dass Naturräume prioritär behandelt werden und  
360 dementsprechend von einer Schiffbarmachung des Gewässers Abstand genommen wird.  
361 Um den Warentransport in der EU zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern  
362 besser abzuwickeln, fordern wir die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen  
363 Koordination, die Warentransport europaweit koordiniert.

### **Die Stadt dem Leben, nicht den Autos!**

364 Immer mehr Menschen wohnen in Städten. Darum ist die Stadtentwicklung die  
365 Grundlage städtischer Mobilitätspolitik. Wir können nicht wissen, welche  
366 Verkehrsmittel uns in 50 oder 100 Jahren zur Verfügung stehen. Darum müssen wir  
367 die Stadt bestmöglich darauf vorbereiten, Ort des mobilen Zusammenlebens zu  
368 sein, an das sich die Verkehrsmittel anpassen.  
369 Dabei steht für uns der Mensch im Mittelpunkt der Stadt. Wir wollen allen  
370 Menschen ein gutes Leben in der Stadt ermöglichen nicht nur denen, die es sich  
371 leisten können.  
372 Stadtentwicklung heißt auch, die Stadt gesellschaftlich zusammenzuführen und als  
373 soziales Projekt zu begreifen.  
374 In diesem Zusammenhang soll bei der Stadtplanung auch das Konzept der "Stadt der  
375

376 kurzen Wege" als Vorbild dienen. Damit verbunden ist die Verringerung räumlicher  
377 Distanzen zwischen Wohnen, Arbeit, (Nah-)Versorgung, Dienstleistungen, Freizeit-  
378 und Bildungsorten und die Schaffung Nutzungsgemischter (inner)städtischer  
379 Quartiere, was auch die leichte und schnelle Zugänglichkeit zu Elementen der  
380 öffentlichen Daseinsvorsorge einschließt. Dadurch wollen wir das innerstädtische  
381 Verkehrsaufkommen verringern.

382 Auch der Natur müssen wir Raum in der Stadt geben. "Parks statt Parkplätze" ist  
383 eine Forderung, die Mensch und Natur zu Gute kommt.

384  
385  
386 Städte sind komplexe Ökosysteme, in denen die verschiedensten Tier- und  
387 Pflanzenarten zu Hause sind. Die Verkehrsplanung der Zukunft muss daher  
388 insbesondere auch in der Stadt Rücksicht auf die Naturförderung nehmen und ihr  
389 Vorrang geben. Lebensqualität für alle, heißt Raum für Mensch und Natur.  
390 Dabei stellt sich jedoch immer die Frage wie das Netz des Lebens über eine Stadt  
391 geworfen wird. Verkehrsknotenpunkte bilden sich schnell zu Zentren von Städten  
392 heraus. Wir wollen jedoch keine innerstädtischen symbolischen Autobahndreiecke  
393 an denen sich dann alles ansiedelt, die Läden außen herum sterben aber aus.  
394 Kurze Wege bedeutet viele kleine Zentren, viele Orte des Zusammenkommens. Die  
395 Formen und Bahnen der Mobilität geben einer Stadt die Form in der sie sich  
396 bewegt.

### 397 **Mobilität ist immer - nie wieder den letzten Anschlusszug verpassen!**

398 Gute Mobilität in der Stadt heißt, dass du immer dorthin kommst, wo du hin  
399 willst und zwar ohne drei Stunden zu laufen oder ebenso lang durch Umwege und  
400 Auf-den-Anschluss-Warten mit Bus und Bahn unterwegs zu sein.  
401 Dafür muss nicht nur die Taktung der Verkehrsmittel deutlich erhöht werden, es  
402 muss vor allem auch dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen Verkehrsmittel  
403 miteinander vernetzt und in ein gemeinsames System überführt werden. Es  
404 existieren schon viele Mobilitätsangebote wie z.B. Leihfahrräder und Taxi-  
405 Systeme, die auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten sind, wobei wir Taxi-  
406 Systeme vor allem mittelfristig als Ergänzungslösung zum ÖPV sehen, sobald  
407 Klima"neutrale" Taxis und Taxibusse möglich sind. Allerdings sind diese oft zu  
408 teuer und müssen daher in die öffentliche Daseinsvorsorge integriert werden.  
409 Von Tür zu Tür: Wir wollen ein Verkehrssystem, das nicht erst am U-Bahnhof  
410 beginnt und auch nicht endet, wenn der letzte Bus des Tages gefahren ist. Alle  
411 Angebote müssen miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt werden und damit  
412 kombinierbar sein - kostenfrei.

413  
414 Für eine zukunftsfähige Mobilität dürfen unterschiedliche Verkehrsmittel nicht  
415 mehr getrennt voneinander betrachtet werden. Wir müssen Mobilität als das  
416 verstehen was sie ist, multimodal und den jeweiligen Voraussetzungen geschuldet.  
417 Wir brauchen eine intelligente Verknüpfung von Verkehrsmitteln, die effizient  
418 ist und die jeweiligen Gegebenheiten berücksichtigt. Die zunehmende  
419 Digitalisierung des Verkehr bietet eine große Chance Effizienz und eine  
420 intelligente Verkehrsführung zu ermöglichen. Smarter Verkehr muss endlich  
421

422 Wirklichkeit werden.

423

424 Gleichzeitig bedeutet vernetzte Mobilität für uns auch den Abbau von Barrieren  
425 jeder Art. Natürlich muss die Barrierelosigkeit aller Verkehrsmittel das Ziel  
426 sein. Auf dem Weg dahin müssen Informations- und Kommunikationssysteme  
427 geschaffen werden, die es allen Menschen ermöglichen, Barrieren wie Treppen oder  
428 steile Anstiege zu überwinden oder zu umgehen.

429 Wenn wir an Barrierelosigkeit denken, müssen wir aber auch Wege finden,  
430 öffentliche Verkehrsmittel für Menschen nutzbar zu machen, die zum Beispiel an  
431 Ängsten leiden. Heutzutage sind Verkehrsmittel oftmals überfüllt, was dazu  
führt, dass es für einige Menschen unmöglich erscheint, diese zu nutzen.

432 **Alleine unterwegs? Verbrennungsmotoren brauch ich nicht.**

433 Ein Großteil des städtischen Verkehrs kann auch über nicht-motorisierten  
434 Individualverkehr gelöst werden. Das Fahrrad und andere Fortbewegungsmittel  
435 haben den Vorteil, dass sie sofort genutzt werden können und Menschen daher  
436 umgehend mobil machen. Deswegen wollen wir die Infrastruktur für diese Art von  
437 Verkehr massiv ausbauen. Insbesondere für den Radverkehr muss es Fahrradstraßen  
438 und Fahrradschnellstraßen geben, die es Radfahrer\*innen ermöglichen, ohne  
439 Gefährdung von A nach B zu gelangen. Ein überregionales, gut ausgebautes und  
440 ausgeschildertes Radverkehrsnetz muss bundesweit Standard werden, der Radverkehr  
441 muss im Bundesverkehrswegeplan einen besonders hohen Stellenwert bekommen. Wir  
442 Sicherheits-Scoutings und die Anwendung der ERA (Empfehlung für  
443 Radverkehrsanlagen) in Deutschland kurzfristig verpflichtend machen. Dabei muss  
444 die vermehrte Nutzung von großen Rädern und Anhängern mitgedacht werden. Auch  
445 die Einführung des Idahot Stops für Fahrräder im Straßenverkehr erleichtert das  
446 Radfahren in der Stadt.

447 Fahrräder sind eines der zentralen Fortbewegungsmittel individueller Mobilität.

448 Damit das auch nachhaltig umsetzbar ist, müssen wir allen Menschen langfristig  
449 unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation den Besitz eines  
450 bedarfsgerechten Fahrrads ermöglichen. Mittelfristig wollen wir dies über den  
451 kostenfreien Zugang zu Leihsystemen regeln. Einfache, auf eine Radform  
452 fokussierte, Verleihsysteme greifen hier zu kurz: Menschen haben  
453 unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse. Daher fordern wir kurz- und  
454 mittelfristig die Einführung von öffentlichen pfandbasierten Verleihsystemen mit  
455 automatisierter Ausleihe und unbegrenzter Nutzungszeit, die tariflich und  
456 stationsorientiert an den ÖPNV angebunden sind. Dabei werden auch E-Bikes und  
457 Spezialräder verliehen.

458 Außerdem wollen wir ein staatlich finanziertes Reparatursystem, das kostenlos  
459 und schnell sowohl stationär als auch mobil Mängel am eigenen Rad behebt.

460

461 Die Stadtplanung muss sich verändern. Fahrradwege und ausreichend Abstellplätze  
462 müssen von vorne herein mitgedacht und gekennzeichnet werden und auch  
463 Fahrradsharingkonzepte, vor allem auch für Lastenfahrräder, müssen geschaffen

464 werden.

465 Für die Stärkung von individueller Mobilität wollen wir, dass Städte einen  
466 Großteil ihrer öffentlichen Flächen umstrukturieren, damit diese wieder  
467 lebenswerter werden. Ob mit dem Board oder Inlinern, als Familie mit  
468 Kinderwagen, Rollatoren oder Rollstühlen oder einfach nur zu Fuß von A nach B:  
469 Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einführung großer innerstädtischer  
470 Begegnungszonen. Kfz und LKW sollen von diesen ausgeschlossen werden, um so  
471 mögliche Konflikte zu reduzieren. So entstehen kulturelle Räume des  
472 Zusammenlebens und des Austauschs, die die Stadt lebenswert machen. In einem  
473 ersten Schritt fordern wir dahingehend die verstärkte Einrichtung von  
474 Fahrradschnellwegen, Fahrradstraßen und Fußgänger\*innenzonen. Aber auch schnelle  
475 und leise Verkehrsmittel wie beispielsweise Fahrräder können bei hohem Tempo zu  
476 Konflikten in diesen Begegnungszonen führen. Daher muss es für den  
477 Durchgangsverkehr gute und schnelle Alternativrouten geben.

478  
479 Als Sofortmaßnahme zum Einsparen von Ressourcen und zur Senkung der Unfallzahlen  
480 fordert die GRÜNE JUGEND die Einführung von allgemeinen Tempolimits, besonders  
481 als Reaktion auf den motorisierten Individualverkehr. Konkret wollen wir 100  
482 km/h auf Autobahnen und vierspurigen Schnellstraßen, 80 km/h auf Landstraßen, 70  
483 km/h in Alleen und 30 km/h innerorts. Dabei trägt auch der verbesserte  
484 Verkehrsfluss zu geringeren Verbrauchszahlen der KFZ bei.

485 Mit der industriellen Revolution hat sich das Bild der Stadt radikal verändert.  
486 Die Städte wuchsen und Trambahnen, Hochbahnen und U-Bahnen übernahmen anfangs  
487 den Transport der vielen Arbeiter\*innen die in die Städte kamen. Mit Wohlstand  
488 und technischem Fortschritt unterstützt durch die Förderung durch die  
489 öffentliche Hand wurde der PKW Statussymbol in der Nachkriegszeit. Diesem wurde  
490 in der Stadt viel Platz eingeräumt und an einigen Orten wurde dafür der ÖPNV  
491 zurückgebaut. Erneut steht unsere Gesellschaft, stehen unsere Städte vor einer  
492 Zeit des Umbruchs. Gerade jetzt lohnt es sich grundlegend neu zu denken,  
493 revolutionär zu denken. Die Autofreie Innenstadt ist der wichtigste Schritt der  
494 Verkehrsrevolution des 21.

495 Jahrhunderts. Autos sind nach wie vor die größte Ursache verstopfter  
496 Innenstädte, den daraus resultierenden ökologischen Problemen und  
497 Flächenverbraucher im öffentlichen Raum. Dabei nutzen sowohl Stadt-  
498 Bewohner\*innen das Auto, um innerhalb der Stadt voranzukommen, als auch Land-  
499 Bewohner\*innen, um in die Stadt zu kommen. Für beide Gruppen müssen wir eine  
500 Lösung finden, denn es ist klar: Die Stadt der Zukunft braucht kein Auto.  
501 Daher fordern wir, dass die politischen Verantwortlichen in den Kommunen und die  
502 Stadtverwaltungen ab sofort Radfahrende und Fußgänger\*innen prioritär behandeln.  
503 Für Einpendler\*innen, Stadtbesucher\*innen und für alle anderen sind effektive  
504 Park'n'Ride-Lösungen zu entwickeln, die einen schnellen Transport von außerhalb  
505 der Städte in die Innenstadt garantieren.

506 Wir wollen schnellstmöglich alle Verbrennungsmotoren aus den Städten verbannen  
507 und Autos in Städten unnötig machen. Daher wollen wir bis 2030 die Innenstädte

508 von der Last des Automobils befreien. Damit dabei keine Mobilitätsengpässe  
509 entstehen, müssen wir den städtischen ÖPNV massiv ausbauen. Außerdem wollen wir  
510 die innerstädtischen Parkgebühren zur kurzfristigen Finanzierung der  
511 Umstrukturierung erhöhen und holen uns so Schritt für Schritt den öffentlichen  
512 Raum zurück. Kleintransporter und Lieferdienste sind Teil des Stadtbildes  
513 geworden. Sie sind die Auswirkungen eines in den letzten Jahren aufkommenden  
514 Lebensstils in dem immer mehr (online) bestellt wird. Zum anderen besitzen  
515 Geschäfte kaum noch eigene Lagerfläche und sind auf pünktliche Warenlieferungen  
516 angewiesen. Dieses Problem müssen wir adäquat beantworten. Die Entwicklung von  
517 eCommerce hat den Aufwand für Verpackungen und Paketdienste erheblich erhöht.  
518 Daher sollte intensiv an Alternativen gearbeitet werden, die gleichzeitig ein  
519 geändertes Verbraucher\*innen-Verhalten berücksichtigen, als auch die Entwicklung  
520 des Trends zur Einzelbestellung aus dem Versandzentrum umkehren können. Trotzdem  
521 wollen wir für den Güter- und Warenverkehr innovative Lösungen finden, zum  
522 notwendigen Transport, bspw. von Einkäufen, wollen wir eine Mischung aus  
523 gemeinschaftlichen Liefersystemen, Lastenrädern und robotisierten Hilfen  
524 einführen, die den Individualtransport mit Autos überflüssig machen und den  
525 gesamten Briefverkehr weitgehend digitalisieren. Wenn Radfahrende oder zu Fuß  
526 Gehende tödlich im Straßenverkehr verunglücken ist meist ein Auto involviert. Um  
527 die Sicherheit der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer\*innen zu erhöhen und  
528 lebenswerte städtische Umfeldler zu sichern, ist es unabdingbar, dass in  
529 kürzester Zeit alle Maßnahmen für eine autofreie Stadt getroffen werden. Das  
530 Dogma des Automobils aufzubrechen bedeutet jedoch mehr. Sei es bei der  
531 Stellplatzverordnung in Gemeinden, der Straßenverkehrsordnung oder der Tatsache,  
532 dass wir auf der Straße mit dem Auto überall hinkommen, hier gilt es einen neuen  
533 Fokus zu setzen. Wo Verkehrsplaner\*innen bisher nur das Autobahnkreuz am  
534 Stadtrand bekannt war, treten bei einer multimodalen städtischen Verkehrsplanung  
535 die Knotenpunkte in den Mittelpunkt. Sei es der Umstieg vom Car-Sharing Auto auf  
536 die S-Bahn oder vom Rad auf die U-Bahn. Sichere Park'n Ride und Bike'n Train  
537 Parkplätze gehören zur Infrastruktur der Zukunft. Diese wollen wir zu  
538 Umsteigezentren ausbauen, die nicht nur das Umsteigen vom einen auf das andere  
539 Verkehrsmittel ermöglichen, sondern je nach Bedarf und Richtung das passende  
540 Gefährt oder ein Aufbewahrungsort dafür zur Verfügung steht. Zudem bieten  
541 intelligente Systeme immer bessere Möglichkeiten verschiedene Takte aufeinander  
542 abzustimmen und ein reibungsloses Umsteigen möglich zu machen. Der Stau am  
543 Stadtrand zur Rush-Hour wird zum entspannten Umsteigen am Knotenpunkt der  
544 Zukunft.

### 545 **Autonomes Fahren und Datenschutz**

546  
547 Die Automatisierung in der Mobilität hat das Potential unsere Mobilität und auch  
548 den Lebensraum Stadt zu verändern. Dabei geht es in der öffentlichen Debatte  
549 meist um autonom fahrende Autos. Allerdings können auch andere Fahrzeuge - vom  
550 Velomobil bis zum Hochgeschwindigkeitszug - autonom fahren. Bei U-Bahnen gibt es  
551 schon lange einzelne Linien die fahrerlos fahren. Diese sind allerdings bisher  
552 größtenteil vollständig unabhängige Linien, d.h. sie kreuzen keine anderen Linie  
553

554 oder Verkehrsträger. Aufgrund der Schienenführung und der kompletten Trennung  
555 von anderen Verkehrsteilnehmer\*innen ist es in solchen Fällen deutlich leichter  
556 einen fahrerlosen Betrieb umzusetzen. Der Verkehrs- und Lebensraum den eine  
557 innerstädtische Straße darstellt ist im Vergleich sehr viel komplexer.  
558 Insbesondere können in der Stadt stets Radfahrer\*innen, Kinder, oder andere  
559 Verkehrsteilnehmer\*innen aus nicht einsehbaren Wegen auf die Straße treten. Die  
560 Straßenverkehrsordnung verpflichtet Verkehrsteilnehmer\*innen heute dies zu  
561 berücksichtigen. Wir wollen auf jeden Fall daran festhalten, auch wenn dies die  
562 Geschwindigkeiten autonomer Fahrzeuge in der Stadt drastisch reduzieren wird.  
563 Wir stellen uns gegen den Traum der Automobilindustrie die Automatisierung zu  
564 nutzen um eine autobeherrschte Stadt zu schaffen, in der andere  
565 Verkehrsteilnehmer\*innen die Straße nur noch an bestimmten Überwegen betreten  
566 dürfen. Das Bild der "Autofreundlichen Stadt" des letzten Jahrtausends passt  
567 nicht in unsere Vision einer menschenfreundlichen Welt! Dennoch kann autonomes  
568 Fahren auch im Schritttempo sinnvoll sein, beispielsweise um Velomobile,  
569 Lastenfahrräder oder andere Fahrzeuge von einer\*m Nutzer\*in zur\*m nächsten zu  
570 bewegen. Oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen Nahmobilität zu  
571 ermöglichen. Außerhalb von großen Städten, verbinden vor allem Landstraßen  
572 verschiedene Lebensräume. Wir erkennen an, dass auf Straßen auf dem Land  
573 autonomes Fahren schneller möglich sein wird als in der Stadt, weil dort weniger  
574 Störfaktoren auftreten. Somit können dort ggf. autonome Rufbussysteme als Teil  
575 des ÖPNV, diesen sinnvoll ergänzen. Das autonome Fahren ist für uns weder  
576 Allheilmittel noch Teufelszeug. Es kann die Verkehrswende hin zu mehr ÖPNV und  
577 weniger Energieverbrauch im Verkehrssektor unterstützen. Dafür müssen wir es  
578 aber intelligent gestalten und dürfen uns nicht dem Lobbyzug der  
579 Automobilindustrie anschließen. Schon heute entstehen durch Navigationsgeräte,  
580 Smartphones und andere Geräte in fast allen Verkehrsmitteln Bewegungsprofile und  
581 Verkehrsdaten. Dieser Trend wird sich mit dem autonomen Fahren fortsetzen. Dabei  
582 muss auch in der Mobilität der Schutz personenbezogener Daten als ein  
583 wesentliches Grundprinzip Bestand haben. Wir unterscheiden dabei zwischen  
584 Personenbezogenen Verkehrsdaten, die dazu geeignet sind Bewegungsprofile  
585 anzulegen und damit auch keine echte Anonymität erlauben, und Daten die  
586 Beispielsweise durch Verkehrsbeobachtung generiert werden. Letztere können einen  
587 wichtigen Beitrag dazu leisten Verkehrsströme zu lenken, Staus zu reduzieren und  
588 so die Luftqualität zu verbessern. Personenbezogene Daten müssen aber geschützt  
589 werden. Wir wollen keine gläsernen Verkehrsteilnehmer\*innen. Daher müssen die  
590 Nutzer\*innen von Mobilitätsdiensten in der Lage sein, über die Weitergabe und  
591 Nutzung ihrer personalisierten Daten entscheiden zu können. Zusätzlich muss der  
592 Grundsatz "privacy by default" also Datenschutz als Standard gelten. Autonome  
593 Fahrzeuge dürfen standardmäßig keine Daten zur kommerziellen Nutzung an Dritte  
594 senden. Die Nutzung technischer Möglichkeiten zur schnelleren Versorgung nach  
595 Unfällen wie beispielsweise der in der EU vorgeschriebene automatische  
Autonotruf wollen wir aber ausbauen.

### 596 **Mobilität ist ein Grundrecht**

597 Die Teilnahme am öffentlichen Leben, der Ärzt\*innen-Besuch, das Einkaufen, für

598 viele dieser Dinge braucht es Verkehrsmittel. Damit wird Mobilität zu einem  
599 unverzichtbaren Grundstein der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss als solche  
600 jederzeit vom Staat garantiert werden. Dazu gehört auch, den ÖPNV ticketlos zu  
601 machen und solidarisch zu finanzieren. Es darf nicht vom Einkommen oder anderen  
602 sozialen Faktoren abhängen, ob Menschen mobil sein können.  
603 Gleichzeitig müssen wir den Verkehr an die Bedürfnisse der Menschen anpassen.  
604 Dazu gehören auch gesundheitsschützende Maßnahmen wie effektiver Lärmschutz.  
605 Verkehr in der Stadt muss den Menschen Platz bieten, sowohl neben als auch in  
606 den Verkehrsmitteln. Das Fahrrad oder den Koffer mit in die Bahn zu nehmen, darf  
607 kein Hindernis darstellen. Auch dazu müssen wir sämtliche Barrieren im  
608 öffentlichen Raum konsequent abbauen. Einstiegs- und Orientierungshilfen für  
609 Menschen mit Behinderung müssen flächendeckend zur Verfügung stehen. Außerdem  
610 muss der ÖPNV konsequent an die technologischen Entwicklungen angepasst werden.  
611 Außerdem müssen alle öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der technischen  
612 Machbarkeit mit kostenlosem WLAN ausgestattet werden. Auch das hilft auf dem Weg  
613 in eine inklusive Gesellschaft, die Teilhabe ermöglicht.

### 614 **Den ländlichen Raum erobern - mobil auf dem Land!**

615 Was nutzt ein kostenloses Ticket für einen Bus, der niemals fährt? Mobilität in  
616 Großstädten bedeutet momentan etwas grundlegend anderes als Mobilität im  
617 Ländlichen Raum . Ein Viertel der Menschen in Deutschland wohnen außerhalb  
618 städtischer Umgebung und haben genauso ein Recht auf Mobilität wie Menschen in  
619 den Städten. Mobilität ist auf dem Land viel mehr als nur die Möglichkeit von A  
620 nach B zu kommen. Mobilität bedeutet Teilhabe, Zusammenleben, Perspektiven und  
621 leistet einen Beitrag zur offenen Gesellschaft. Menschen in ländlichen Gebieten  
622 fühlen sich abgehängt, und sie sind es häufig auch. Bahnhöfe, die nicht mehr  
623 angefahren werden, Busse, die entweder nie oder nur einmal täglich fahren.  
624 Gleichzeitig ist das Auto für viele ältere Menschen schon wegen der immer  
625 stärker werdenden Altersarmut keine Lösung .  
626 Mobilität im ländlichen Raum bedeutet aber nicht nur mehr Busse und Bahnen  
627 fahren zu lassen, sondern die Bedürfnisse des Alltags vor Ort befriedigen zu  
628 können. Niemand soll gezwungen sein, täglich weite Strecken fahren zu müssen,  
629 sondern die örtliche Infrastruktur muss gestärkt werden werden. Nachhaltig mobil  
630 zu sein heißt, alle Bedürfnisse des Alltags mit möglichst kurzen Wegen zu  
631 erfüllen und Verkehr zu vermeiden.  
632 Bei der Frage der Ausgestaltung von Verkehrspolitik in der Stadt und in  
633 ländlicheren Gebieten hin bis zur Peripherie werden oft sehr unterschiedliche  
634 Prämissen angenommen. Meist scheitert jedoch der Versuch eine gerechte  
635 Verkehrspolitik für die nicht urbanen Räume zu gestalten daran, dass immer an  
636 Hand der Maximen gedacht wird, die an eine innerstädtische Verkehrspolitik  
637 angelegt werden. Wer einen 5 Minuten Takt kennt, die\*dem erscheint es logisch  
638 eine dichtere Taktung auch für das Land zu fordern. Wer eine  
639 Fahrradinfrastruktur mit ausgebauten Leitsystemen bis hin zu eigenen  
640 Fahrradampeln kennt, die\*der hält dies oft auch auf dem Land für das Mittel der  
641 Wahl. Die immer stärker werdene Ausdifferenzierung der Möglichkeiten der  
642 Fortbewegung, die in diesem Antrag an vielen Stellen beschrieben wurden,  
643



644 ermöglicht es aber diesen hinderlichen Blickwinkel hinter sich zu lassen.  
645 Verkehrspolitik für einen Weiler darf sich nicht an der Stadt messen, sondern  
646 muss sich an den eigenen Bedürfnissen messen lassen. Daher fordern wir ein  
647 Umdenken hin zu Sharing-Konzepten, zu Ruf-Konzepten oder intelligentem  
648 Zusammenschließen verschiedener Mobilitätsformen. Dies ermöglicht es den alten  
649 PKW vs. Zug vs. Fahrrad Gegensatz aufzulösen und diese Konzepte bedarfsgerecht  
650 und solidarisch ineinander aufgehen zu lassen.

651  
652 Mit dem Ausbau des autonomen Fahrens und der Integration autonomer Fahrzeuge in  
653 den ländlichen ÖPNV muss auch der Ausbau von Radinfrastruktur einhergehen.  
654 Elektrounterstützte Lastenräder erlauben es heute auch große Einkäufe schnell  
655 und mit wenig energieaufwand zu transportieren. Es fehlt aber oftmals an  
656 passender Infrastruktur. Radwegeplanung muss die Nutzung von Fahrrädern auch für  
657 den Gütertransport unterstützen statt behindern. Elektrounterstützte Fahrräder  
658 eignen sich allerdings nicht nur für den Warentransport sondern schaffen auch  
659 eine vergleichsweise umweltfreundliche Mobilität für alle Menschen, die kein  
660 Auto fahren können oder wollen. Sie sind das ideale Verkehrsmittel für kurze  
661 Strecken innerhalb der Ortschaften und zwischen benachbarten Orten. Gerade im  
662 ländlichen Bereich gibt es allerdings sehr große Qualitätsunterschiede in der  
663 Radinfrastruktur. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von Radwegen. Entlang  
664 jeder neuen oder sanierten Bundesstraße muss es breite sichere und möglichst  
665 steigungsarme Radwege geben, die auch im Winter geräumt werden. Auch entlang von  
666 Schienenwegen bietet sich der Ausbau von Radwegen an, da diese prinzipiell  
667 steigungsarm sind. Zusätzlich bilden die Radwege einen natürlichen Abstand zu  
668 Bäumen, die bei Stürmen oftmals den Bahnverkehrs zum Erliegen bringen und  
könnten im Falle von Unfällen als Bergungsweg genutzt werden

### 669 **Für ein aktives Dorfzentrum.**

670 Läden schließen, Ortskerne sterben aus, während Gewerbegebiete außerhalb des  
671 Ortszentrums immer mehr Raum einnehmen - die Lebensqualität in vielen ländlichen  
672 Gebieten leidet unter diesen Entwicklungen. Politisch darauf zu reagieren, heißt  
673 für uns, nicht einfach nur den Bus zu finanzieren, mit dem die Bürger\*innen aus  
674 der Dorfmitte raus ins Gewerbegebiet fahren können. Sondern ein aktives  
675 kulturelles und soziales Leben in Dörfern zu ermöglichen und Daseinsvorsorge  
676 zurück in die Dorfmitte zu holen. Die GRÜNE JUGEND tritt dem zunehmenden  
677 Flächenfraß auf dem Land für die Schaffung neuer Gewerbegebiete entschieden  
678 entgegen und fordert, die Förderung regionaler und kommunaler  
679 Wirtschaftskreisläufe staatlicherseits zu unterstützen.

680 Wir wollen das Dorfzentrum auch durch soziale und kulturelle Angebote neu  
681 aufleben lassen, Räume für Jugendkultur und alternative Gemeinschaftsprojekte  
682 schaffen. Ein aktiver Ortskern setzt jedoch auch Änderungen im Bereich Bauen und  
683 Wohnen voraus. Während am Dorfrand immer neue Wohngebiete ausgewiesen werden,  
684 stehen immer mehr Wohnungen in der Dorfmitte leer. Wir treten dieser Entwicklung  
685 entgegen, indem wir uns klar für den Grundsatz aussprechen: Nachverdichtung  
686 statt Neubau. Wir aktivieren das Dorfzentrum, indem wir Daseinsvorsorge, Kultur  
687 und Menschen wieder zurück in den Ortskern bringen. Daher fordern wir ein  
688

689 bundesweites Moratorium für Neubauf Flächen in Bezug auf Gewerbegebiete und  
690 Industrieflächen sowie einen starken Rückgang der Flächenneuersiedlung im  
Wohnungsbaubereich.

### 691 **Mobilität für Gesundheit:**

692 Gesundheitsversorgung ist für uns ein existenzieller Bestandteil öffentlicher  
693 Daseinsvorsorge. Wir sorgen für eine gute Gesundheitsversorgung auf dem Land. In  
694 der Postdienstleistungsverordnung ist geregelt, dass der nächste Briefkasten  
695 maximal 1000 Meter vom eigenen Wohnsitz entfernt werden darf. Solche Ansätze  
696 gibt es nicht einmal ansatzweise für gesundheitliche Erstversorgung auf dem  
697 Land. Noch nie wurden so viele Kinder in Krankenwägen zur Welt gebracht wie im  
698 vergangenen Jahr, da immer mehr Geburtsstationen schließen. Landärzt\*innen  
699 schließen ihre Praxen, das nächste Klinikum ist mehr als eine Stunde Autofahrt  
700 entfernt. Wir fordern einen gesetzlichen Anspruch auf eine medizinische  
701 Mindestversorgung - überall. Auch hier gilt, dass ein würdiges Leben, ein  
702 mobiles Leben auf dem Land erst dadurch ermöglicht wird, wenn die medizinische  
703 Infrastruktur wieder nah an die Menschen heranrückt. Das kann nur gelingen, wenn  
704 der Staat wieder Gesundheitsversorgung als ureigenste Aufgabe anerkennt, sich  
705 der zunehmenden Privatisierung der Gesundheitsversorgung entgegenstellt und  
706 klare Mindestversorgungsansprüche gesetzlich festlegt.

### 707 **ANWOHNERINNEN VOR LÄRM DURCH VERKEHR SCHÜTZEN!**

708 Der Lärm, den Anwohner\*innen von vielbefahrenen Straßen, Güterzugstrecken und  
709 Flughäfen und ertragen müssen ist oft immens. Für uns geht der Schutz der  
710 Anwohner\*innen vor Profitinteressen der Logistikunternehmen und dem günstigen  
711 Ausbau der Infrastruktur. Wir fordern deshalb, dass viel befahrene  
712 Güterzugstrecken mit ausreichendem Lärmschutz ausgestattet werden. An allen  
713 Flughäfen in der Nähe von Wohngebieten soll ein generelles Nachtflugverbot von  
714 22 bis 6 Uhr gelten. Auch an Autobahnen und viel befahrenen Straßen, die durch  
715 Wohngebiete führen, ist guter Lärmschutz elementar. Die Umgehung von  
716 Wohngebieten hat beim Neubau und Ausbau von Mobilitätsinfrastruktur Priorität.  
717 Bei Innovationen und technischem Fortschritt in der Entwicklung von  
718 Verkehrsmitteln ist für uns daher auch insbesondere darauf zu achten, dass die  
719 Verkehrsmittel die Gesundheit von Anwohner\*innen schonen.

### 720 **Mobil für Bildung.**

721 Auch für Bildung auf dem Land gilt: Mehr Schulbusse zu den 60 Minuten und noch  
722 weiter entfernten Schulen sind nicht die Lösung. Stattdessen wollen wir  
723 Grundschulen wie auch Gemeinschaftsschulen aus den großen Kreisstädten zurück  
724 aufs Land zu bringen und dabei auch auf gemeinschaftsorientierte Lehr- und  
725 Lernformen setzen, die auch kleinen Schulen das Überleben ermöglichen.. Die  
726 GRÜNE JUGEND fordert den einfachen Schulweg auf maximal 30 Minuten zu begrenzen.  
727 Es kann nicht sein, dass Schulen und damit Perspektiven verschlossen werden,  
728 denn Bildung ist ein Grundrecht. Und zwar nicht nur bis zum Ende der  
729

730 Sekundarstufe, sondern lebenslang. Aus- und Weiterbildung auf dem Land zu  
731 ermöglichen und zwar in erreichbarer Nähe sehen wir als grundlegendes Element  
einer nachhaltigen Förderung des ländlichen Raums.

### 732 **Mobil für soziale Teilhabe.**

733  
734 Gemeinschaft ist gerade in ländlichen Regionen sehr wichtig. Aber wenn kein Bus  
735 mehr fährt, dann bleibt auch das Sozialleben auf der Strecke, da man gerade auch  
736 in ländlichen Regionen oft weiter fahren muss, um beispielsweise auf politisch  
737 Gleichgesinnte zu treffen, mit denen man sich engagieren will.

738 Und wenn man abends in die Großraumdisco fährt, erscheint für das Heimkommen oft  
739 das selbst fahren unter Drogeneinfluss als einfachste Möglichkeit. Egal wo auf  
740 dem Land, es braucht von morgens bis in die Nacht eine Angemessene Taktung auf  
741 allen Linien, wenn sich der ÖPNV nachhaltig durchsetzen und zuverlässiges Bus-  
742 und Bahnfahren als Daseinsvorsorge und damit wieder als ein Anrecht der  
743 Bevölkerung wahrgenommen werden soll.

744 Bei Gesundheitsversorgung, kommunalen Wirtschaftskreisläufen und dem  
745 öffentlichen Nahverkehr beobachten wir es, genauso wie bei der Schließung von  
746 Ämtern, Polizeistationen oder Feuerwehrestellen. Vieles bricht weg, weil der  
747 Staat es nicht finanziert und notdürftigen Ersatz auslagert.

748 Daseinsvorsorge ist die vornehmliche Aufgabe des Staates. Dieser ist er in den  
749 vergangenen Jahren nicht nachgekommen. Damit muss Schluss sein!

### 750 **Von Tür zu Tür auch auf dem Land.**

751 Vielerorts wurden in den letzten Jahren Bahnhöfe stillgelegt und ganze Strecken  
752 nicht mehr angefahren. Ein umfassendes Mobilitätskonzept muss diesen Trend  
753 umkehren und dafür Sorge tragen, dass auch längere Strecken auf dem Land kein  
754 Problem sind. Das geht am Besten mit der Bahn. Wir wollen ein Bahnsystem, das  
755 sich an die Bedürfnisse der Menschen anpasst und sie dort abholt, wo sie sind  
756 oder wo sie mit dem Bus oder dem Fahrrad ohne Probleme hinkommen. Analog zum  
757 Bussystem wollen wir auch hier das Bedarfshaltesystem digitalisieren und so eine  
758 möglichst schnelle Reise ermöglichen.

759

760

### 761 **Unendliche Weiten - Unsere Vision der Raumfahrt politik**

762 Die Erforschung des Universums brachte uns schon viele Erkenntnisse über unsere  
763 Erde, bspw. leisten Erdbeobachtungssatelliten einen wichtigen Beitrag für die  
764 Klimapolitik. Im Rahmen dessen kann die Weltraumforschung wichtige Erkenntnisse  
765 bringen. Weiterhin dient sie als Frühwarnsystem für Sonnenstürme und kann zur  
766 Warnung und Abwehr von Asteroiden, die die Erde treffen würden, dienen. Aber  
767 nicht nur aufgrund dieser Synergieeffekte sollten wir mit der Beobachtung  
768 entfernter Galaxien mit Teleskopen und dem Vordringen zu anderen Planeten und  
769 Objekten im Sonnensystem mit Raumsonden fortfahren bzw. diese fokussieren. Auf  
770 wissenschaftlicher Grundlage lassen sich Technologien vom Ionenantrieb bis zum  
771 Sonnensegel durchdenken. Perspektivisch bietet ein Weltraumlift das Potential,  
772 die Möglichkeiten der Raumfahrt zu revolutionieren. Selbst der Warp-Antrieb wird

773 auf theoretischer Ebene von vielen Wissenschaftler\*innen nicht ausgeschlossen.  
774 Das Potential dieser Technologien ist enorm. Aber auch in der Raumfahrtpolitik  
775 müssen wir darüber streiten, welchen Fokus wir legen wollen. Wir wollen die  
776 Raumfahrtpolitik vor allem in die Dienste der Klimapolitik und der  
777 Klimaforschung stellen und setzen uns dabei auch dafür ein, die Auswirkungen der  
778 Raumfahrt auf Klima und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Dazu gehört für  
779 uns auch ein Verbot der Entsorgung von Weltraumschrott in den Weltraum und die  
780 Forschung an möglichst emissionsarmen Antrieben in der Raumfahrt. Außerdem ist  
781 uns klar, dass eine echte Entwicklung in der Raumfahrt kaum von einzelnen  
782 Staaten oder Firmen ausgehen kann. Deshalb sehen wir die Internationale  
783 Staatengemeinschaft in der Pflicht zu handeln. Die ISS ist in diesem Aspekt ein  
784 gelungenes Beispiel aus der Raumfahrt.  
785 Derzeitige Fortschritte in der Wiederverwendbarkeit von Raketen sind ein  
786 Beispiel dafür, wie schnell sich die Raumfahrt weiterentwickeln kann. Die  
787 Robotik bietet hierbei ein enormes Potential für die unbemannte Raumfahrt, die  
788 auf absehbare Zeit die beste Möglichkeit unser Sonnensystem zu verlassen  
789 darstellen wird.  
790 So dringen wir in Galaxien vor, die nie ein Mensch zuvor gesehen hat!

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**A4-Beschluss: Solidarität statt Tradition - für ein neues  
Zusammenleben!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

798 Seitdem die traditionelle Kleinfamilie aus Vater, Mutter, Kindern mit der  
799 Industrialisierung zum vorherrschenden Familienbild wurde, hat sich viel  
800 verändert in unserem Zusammenleben: Durch medizinische Errungenschaften, durch  
801 Sozialversicherungssysteme, die rechtliche Gleichstellung von Frauen, durch  
802 Verhütung, die Ehe für Alle und nicht zuletzt auch durch den steten Wandel  
803 gesellschaftlicher Vorstellungen gibt es heute mehr Akzeptanz für  
804 gesellschaftliche Vielfalt. Doch wir sehen gleichzeitig vor allem in den letzten  
805 Jahren auch ein zunehmendes Erstarken konservativer, rückwärtsgerichteter Kräfte  
806 und Menschen, die sich von gesellschaftlichen Errungenschaften bedroht fühlen.  
807 Ein diffuses Bedürfnis nach Sicherheit und Zusammenhalt in einer sich schnell  
808 verändernden Welt gibt rechten Kräften Auftrieb, die auf Spaltung und  
809 Ausgrenzung setzen. Mit dem Versprechen von Sicherheit durch eine Rückkehr zu  
810 überkommenen Familien- und Gesellschaftsmodellen schaffen Parteien wie die AfD  
811 oder die CDU/CSU ein falsches Feindbild einer offenen Gesellschaft.

812  
813 Diese Politik verkennt, dass nicht der gesellschaftliche Fortschritt für dieses  
814 Gefühl der Unsicherheit verantwortlich ist, sondern eine Politik, die die Schere  
815 zwischen Arm und Reich weiter aufgehen lässt und unsere Sozialsysteme aushöhlt.  
816 Die Große Koalition und die vorangegangene Schwarz gelbe Regierung hat es in den  
817 letzten Jahren versäumt, sich den aktuellen Fragen, die unser Zusammenleben  
818 betreffen, zu stellen. Noch immer leiden Menschen in sozialen Berufen von der  
819 Kinderbetreuung bis hin zur Altenpflege unter schlechten Arbeitsbedingungen und  
820 schlechter Bezahlung. Alleinerziehende und ältere Menschen sind durch ein hohes  
821 Armutsrisiko bedroht, jedes sechste Kind in unserer Wohlstandsgesellschaft  
822 wächst armutsgefährdet auf. Zusammenleben und Anschlusshalten auf dem Land wird  
823 durch eine fehlende Infrastruktur der täglichen Daseinsvorsorge und des ÖPNV  
824 zunehmend erschwert. Aber Einsamkeit ist nicht nur auf dem Land ein Problem,  
825 auch das Zusammenleben in der Großstadt kann zu fehlender Teilhabe und dem  
826 Gefühl, zwischen etlichen Menschen dennoch alleine zu sein, führen, weil Räume  
827 und Angebote fehlen, die - unabhängig vom Geldbeutel - zur sozialen Interaktion  
828 und zum Zeitverbringen einladen. Die leere Floskel "Heimat" bietet für diese  
829 realen Probleme keine Antwort. Denn nicht von außen wird eine geschützte und  
830 romantisierte Heimat, bedroht, sondern die aktuelle Politik, die soziale  
831 Ungleichheit befördert, bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

832

833 Auch das Patriarchat ist noch immer allgegenwärtig. Tradierte Geschlechterrollen  
834 bestimmen vielerorts unseren Alltag: Frauen leisten den Großteil unbezahlter  
835 Sorge- und Reproduktionsarbeit, steuerliche Modelle wie das Ehegattensplitting  
836 unterstützen veraltete Rollenbilder. Zudem werden weibliche Sexualität und  
837 weibliche Körper bewertet und zu reglementieren versucht. Es wird  
838 gesellschaftlich sanktioniert, wenn vorallem Frauen sich patriarchalen  
839 Vorstellungen nicht unterordnen wollen. Für uns ist klar, dass unser  
840 Zusammenleben frei von überkommenen Normen und eingrenzenden gesellschaftlichen  
841 Vorstellungen überall und in jedem Lebensbereich möglich sein muss. Doch damit  
842 wir nicht weiterhin in alten Rollenbildern und Normen verharren und  
843 gesellschaftlicher Zusammenhalt mehr als eine leere Formel wird, liegt es an  
844 uns, Visionen für das Zusammenleben abseits tradierter Familienmodelle, die  
845 Abschaffung des Patriarchats und die Überwindung von Armut zu formulieren,  
846 anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für die Tagespolitik machen als auch  
847 langfristige visionäre Projekte entwickeln können.

### 848 **1. Verschiedenheit ermöglichen - beginnen wir mit dem Familienvertrag.**

849 Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein  
850 können, in der Solidarität keine reine Floskel darstellt, Menschen selbst  
851 entscheiden können ob, wen und wie sie lieben oder mit wem sie Sex haben und  
852 trotz aller Unterschiede Menschen zusammen-, nicht nur nebeneinanderherleben.  
853 Dafür braucht es ein neue Organisation von Gemeinschaft. Statt auf individuelles  
854 oder auf die Kleinfamilie begrenztes Streben nach Bedürfnisbefriedigung zu  
855 setzen, wollen wir neue Möglichkeiten für Solidarität, Gemeinschaft und  
856 Verantwortungsübernahme schaffen und eine Vision von Familie schaffen, die dafür  
857 offen ist.

858 Was ist Familie in diesem Sinne dann und was soll sie sein? Für uns ist Familie  
859 nicht nur Mutter-Vater-Kind(er). Familien sind für uns Menschen, die  
860 entscheiden, füreinanderzusorgen und miteinanderzuleben, kurz gesagt:  
861 füreinander Verantwortung zu übernehmen. Die Unterschiedlichkeit von  
862 Familienkonzepten ist gerade das, was wir uns für eine Gesellschaft wünschen.  
863 Egal ob Alleinerziehende mit Kind, Patchwork,co parenting, das  
864 gleichgeschlechtliche Pärchen, Menschen, die in einer polygamen Beziehung leben,  
865 oder die drei Freund\*innen, die gemeinsam entscheiden, zusammenleben zu wollen:  
866 Aufgabe des Staates muss es sein, alle Formen des Zusammenlebens in ihrer  
867 Unterschiedlichkeit lebenswert zu machen, rechtlich abzusichern und kein  
868 patriarchales Familienmodell finanziell besser stellen. Familie ist also da, wo  
869 Kinder sind - aber Familie geht auch darüber hinaus. Denn für wen und wie wir  
870 Verantwortung übernehmen wollen, sollen künftig alle Menschen selbst entscheiden  
871 können. "Blut ist dicker als Wasser" ist für uns keine zeitgemäße  
872 Familiengrundlage, Familie ist längst keine Schicksalsgemeinschaft mehr und soll  
873 es auch nicht wieder werden.

874  
875 Statt an Ewiggestrigem festzuhalten, fordern wir deshalb einen Aufbruch in der  
876 Familienpolitik. Statt an der Ehe als Vertrag zwischen zwei Menschen  
877 festzuhalten, fordern wir, dass alle Familienmodelle gleichermaßen staatlich  
878

879 unterstützt werden. In unserer Vorstellung verdienen zwei gleichgeschlechtliche  
880 Paare, die zusammen Kinder aufziehen möchten oder das Alleinerziehende  
881 Elternteil genauso staatliche Unterstützung, wie eine aktuell noch zur Norm  
882 erhobene Mutter-Vater-Kind-Kleinfamilie. Alle Familien - mit und ohne Kinder -  
883 sollen sich rechtlich absichern können, um z.B. unbürokratisch Auskunftsrechte  
884 in Not- oder Krankheitsfällen wahrnehmen zu können.. Das ermöglichen soll ein  
885 Familienvertrag. Dafür muss der starre Ehebegriff im Grundgesetz außerdem durch  
886 einen vielfältigen Familienbegriff ersetzt werden. Ein solcher Familienvertrag  
887 soll die Ehe ablösen und zu einer gleichberechtigten Absicherung aller  
888 Familienmodelle führen.

889  
890 Dadurch beenden wir steuerliche Modelle, die Einverdiener\*innenehen fördern, was  
891 meist mit einer geringeren Erwerbstätigkeit und finanzieller Abhängigkeit von  
892 verheirateten Frauen einhergeht. So muss zu allererst und sofort das  
893 Ehegatt\*innensplitting abgeschafft werden. Aber auch andere jetzige finanzielle  
894 Vorteile einer Ehe wie zum Beispiel Freibeträge für Kapitalerträge, Schenkungen,  
895 höhere Erbschaftssteuererfreibeträge und Immobilienübertragungen, die an  
896 Ehepartner\*innen übertragen werden können. Hinterbliebenenrenten müssen  
897 überdacht werden und gegebenenfalls an Familienverträge angepasst oder  
898 abgeschafft werden.

899 Außerdem muss sich die staatliche Förderung und Besteuerung mehr an den  
900 Bedürfnissen von Familien mit Kindern oder mit aufgrund von Erwerbsunfähigkeit  
901 sowie Alter nicht mehr erwerbstätigen Familienmitgliedern orientieren. Deshalb  
902 fordern wir die Einführung eines Systems der individuellen Besteuerung bei  
903 gleichzeitiger Einführung einer Grundsicherung für Rentner\*innen und einer  
904 Kindergrundsicherung sowie einer Erhöhung und Flexibilisierung anderer  
905 Sozialleistungen, die die Kindererziehung finanziell unterstützen. Nicht zuletzt  
906 scheitern Anträge auf finanzielle Unterstützung nicht an der Berechtigung,  
907 sondern an einem hohen bürokratischen Aufwand oder unnötigen Hürden, die  
908 lediglich einer perfiden Logik der "richtigen" Anreizpolitik folgen. Deshalb  
909 fordern wir einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen und ein Ende dieser  
Gängelung.

### 910 **2. Gemeinschaft ist mehr als Kleinfamilie - Viel-Generationenhaus statt** 911 **Eigentumswohnung!**

912 Gemeinschaft und Solidarität sehen wir als Antwort auf Vereinzelung und den  
913 Versuch, die Interessen verschiedene Personengruppen gegeneinander auszuspielen  
914 oder aufzuwiegen.

915 Doch wenn wir konstatieren, was fehlt, dann wird auch klar, dass unserere Vision  
916 eines solidarischen Miteinander nicht ohne eine grundlegende Veränderung der  
917 gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden kann: Konkurrenzdenken und  
918 das permanente Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander können wir ohne  
919 den Leistungszwang und die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems  
920 beenden. Der Zweck der Familie darf nicht ihren Höhepunkt in ihrer Funktion als  
921 Wirtschaftseinheit finden, genauso wenig stellen wir uns die Familie als letzten  
922 Rückzugsort vor. Gemeinschaft in der eigenen Familie oder vielleicht noch im  
923

924 eigenen Stadtviertel darf nicht die Ablehnung der Menschen in der nächsten  
925 Straße oder auch drei Orte weiter bedeuten. Für uns bedeutet das zunächst, neue  
926 Formen des Zusammenlebens zu entdecken.

927

928 Wir wollen aktive Dörfer und Stadtviertel in denen Nachbar\*innenschaft gelebt  
929 wird, in denen man sich kennt - wenn man möchte - und sich unterstützt, wie man  
930 kann.

931 Die Förderung von Wohnprojekten, etwa für mehrere Generationen oder auch für  
932 verschiedene Familienkonstellation und Lebensweisen, und auch von  
933 Stadtteilzentren könnten eine erste Maßnahme sein, Menschen, die Kontakt zu  
934 anderen suchen, diesen zu ermöglichen. Gerade bei Wohnprojekten könnte ein  
935 weiterer wichtiger Faktor Berücksichtigung finden: Sozialer Wohnungsbau.  
936 Besonders in Städten ist die Möglichkeit, genau so zu leben, wie man gerne  
937 möchte, eine finanzielle Herausforderung. Bezahlbarer Wohnraum gewährleistet  
938 nicht nur das Recht auf Wohnen, sondern kann zur Entwicklung eines neuen  
939 Miteinanders beitragen. Es dürfen keine ganze Gesellschaftsschichten aus  
940 bestimmten Vierteln und ganzen Städten verdrängt werden, denn so findet eine  
941 Segregation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt und eine  
942 gesamtgesellschaftliche Solidarität wird verhindert statt sie zu befördern.  
943 Stattdessen wollen wir Viertel, in denen die verschiedensten Menschen  
944 zusammenleben. Wird der Wohnraum zudem so gestaltet, dass er Platz für  
945 Miteinander in Gemeinschaftsgärten oder Innenhöfen, Großküchen und  
946 Aufenthaltsräumen bietet, kann das maßgeblich zur Entwicklung von Gemeinschaft  
947 beitragen. Es geht allgemein darum, Orte der Begegnung und des Miteinanders zu  
948 schaffen und zu unterstützen. Diese Räume sollen Menschen unabhängig ihrer  
949 Herkunft oder ihres Geldbeutels zur Verfügung stehen.  
950 Ein vernünftig ausgebauter, ticketloser Nah- und Fernverkehr - der unserer  
951 globalisierten Welt Rechnung trägt, soll den Menschen ermöglichen nicht nur vor  
Ort zuhause zu sein, sondern an vielen Orten.

### 952 **3. Armut muss ein Ende finden!**

953 Doch wir stehen vor einem weiteren Problem: Unserem Wirtschaftssystem ist nicht  
954 nur der Konkurrenzgedanke, sondern auch die Armut einiger Menschen inhärent. Das  
955 wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass niemand in Armut leben muss. Wer  
956 schon die eigene Lebensgrundlage nicht sicherstellen kann oder sich vor Armut im  
957 Alter fürchtet, wird ein solidarisches Miteinander erschwert. Uns geht es nicht  
958 darum, die Hartz IV-Sätze um ein paar Euro aufzustocken oder Elternfreibeträge  
959 einen Tick zu erhöhen. Das gute Leben für alle bedeutet, dass alle Menschen  
960 genug haben, um zu leben, statt nur zu überleben. Dazu gehört gesellschaftliche  
961 Teilhabe genauso wie ein angenehmer Lebensstandard, der es ermöglicht, nicht  
962 mehr jeden Euro umdrehen zu müssen - und zwar unabhängig von Lohnarbeit!

963

964 Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht das aktuelle Soziale Sicherungssystem  
965 gerade nicht. Hartz IV entspricht nicht ansatzweise den Anforderungen einer  
966 existenzsichernden Grundsicherung, geschweige denn einen akzeptablen  
967 Lebensstandard und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Regelsätze

968



969 müssen deshalb sofort angehoben werden – und das auf ein Niveau, das nicht nur  
970 die Existenz, sondern gesellschaftliche Teilhabe sichert. Dem widerspricht, dass  
971 Menschen das Existenzminimum gekürzt bekommen. Wir fordern die Sanktionspraxis  
972 sofort einzustellen und Hartz IV-Sanktionen generell abzuschaffen. Das ist das  
973 Minimum!

974 Darüber hinaus wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Dafür hat  
975 die GRÜNE JUGEND bereits 2007 und 2012 Konzepte vorgelegt. Das BGE soll dabei  
976 Sozialleistungen nicht ersetzen, wird aber einzelne Maßnahmen überflüssig  
977 machen. Für uns ist das BGE keine Utopie und kein Allheilmittel. Es lässt  
978 grundsätzliche Fragen über unsere Wirtschaftsweise unberücksichtigt. Doch es ist  
979 ein Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der niemand in Armut leben und zur  
980 Existenzsicherung auf Lohnarbeit angewiesen ist.

981 Es soll nicht länger einen Zwang zur Lohnarbeit geben. Das gilt natürlich in  
982 besonderem Maße für die Menschen, die nicht nur für sich selbst sondern auch für  
983 andere - besonders auch pflege- oder betreuungsbedürftige - Menschen  
984 Verantwortung übernommen haben. Natürlich ist uns klar, dass das Ende der  
985 Lohnarbeit nicht von heute auf morgen möglich ist. Und es ist wichtig zu  
986 erkennen: Auch wenn es keinen Zwang zur Lohnarbeit mehr gibt, wird  
987 Produktivität, also auch Arbeit, immer nötig sein, um Leben und Lebensstandards  
988 zu ermöglichen. Diese soll aber ein Beitrag zur Gesellschaft, kein Mittel zum  
Überleben sein.

#### 989 **4. Wir starten die Care Revolution!**

990 Carearbeit wird es immer geben: auch wenn die Digitalisierung weit  
991 voranschreitet und es ein Ende des Lohnarbeitszwangs gibt, es werden trotzdem  
992 immer Menschen Fürsorge brauchen. Und das ist auch gut so. Eine Gesellschaft  
993 lebt davon, dass die Menschen in ihr sich Gedanken umeinander machen, sich  
994 umeinander kümmern und füreinander Verantwortung übernehmen. Eine solidarische  
995 Gesellschaft kann es ohne diese Verantwortungsübernahme nicht geben. Doch sich  
996 alleine darauf zu verlassen, dass die Einzelnen sich schon kümmern werden - im  
997 Zweifelsfall diejenigen, die sich nicht dagegen wehren können - das kann keine  
998 dauerhafte Lösung sein.

999 Die Pflege der Alten, die Unterstützung für Kranke und die Erziehung der Kinder  
1000 sehen wir als öffentliche Angelegenheit! Das bedeutet nicht, dass Menschen nicht  
1001 weiterhin privat füreinander sorgen werden. Aber es bedeutet, dass die gesamte  
1002 Gesellschaft und damit auch der Staat die Verantwortung haben, Sorgearbeit zu  
1003 gewährleisten. Sorgearbeit darf nicht weiter in den unsichtbaren, privaten Raum  
1004 zurückgedrängt, sondern muss politisch ausgehandelt werden!

1005 Wir wollen die Freiheit zu entscheiden: Wer will für wen sorgen, wer will von  
1006 wem umsorgt werden? - Ohne dass Menschen unter Zugzwang geraten, weil es  
1007 niemanden gibt, der die eigene Mutter sonst pflegen oder für die Kinder kochen  
1008 würde.

1009  
1010 Wie kann es sein, dass es noch immer Frauen sind, die den Großteil der  
1011 reproduktiven Arbeit leisten? Die althergebrachte Forderung, Frauen in den  
1012 Produktionszyklus miteinzubinden, ist ihrer Verwirklichung inzwischen sehr viel  
1013

1014 näher. Nur ihr Ziel - nämlich reproduktive Arbeit neu zu verteilen und so zur  
1015 Emanzipation der Frau aus ihrer Abhängigkeit zu kommen, hat sich nicht erfüllt.  
1016 Stattdessen stellt sich zunehmend eine Doppelbelastung aus produktiver  
1017 Lohnarbeit und und reproduktiver unbezahlter Arbeit her. Es liegt nicht in "der  
1018 Natur der Frau" die Hausarbeit zu machen und dennoch hat sich die "weibliche  
1019 Rolle" in den letzten Jahren nicht etwa aufgelöst, sondern trägt weiterhin dazu  
1020 bei Frauen zu unterdrücken - diese Machtverhältnisse aufzulösen, ist unser Ziel.  
1021 In den letzten Jahren erleben wir immer stärker, dass Tätigkeiten, die in der  
1022 Vergangenheit als Hausarbeit galten und privat ausgeführt wurden, in  
1023 Erwerbsarbeit überführt werden. Diese Entwicklung begrüßen wir grundsätzlich, da  
1024 sie die patriarchale Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre  
1025 auflockert und zur Entlohnung von bisher unbezahlter Arbeit führt. Dafür sind  
1026 Frauen auch diejenigen, die im neuen Dienstleistungssektor Pflege, Erziehung,  
1027 Putzen und Bedienen auch in Lohnarbeit wieder zum großen Teil übernehmen. Die  
1028 Bezahlung ist oft mies, die Arbeitsbedingungen bestimmen sich aus einer Mischung  
1029 aus finanziellem und zeitlichen Druck.

1031 Dieses Problem betrifft uns alle. Denn im Laufe ihres Lebens sind fast alle  
1032 Menschen auf Pflege, Betreuung oder Versorgung angewiesen – und das oftmals  
1033 unter Umständen, in denen sie besonderen Schutz benötigen. Doch die Zustände in  
1034 Pflege- und Betreuungseinrichtungen stellen in Frage, ob dieser Schutz im Moment  
1035 gewährleistet werden kann. In der Pflege sind im Moment 17.000 Stellen  
1036 unbesetzt, laut Bertelsmann-Studie fehlen knapp 100.000 Erzieher\*innen.  
1037 SPD und Union haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, 8000 neue  
1038 Pflegestellen im Rahmen eines Sofortprogrammes zu schaffen – obschon deutlich  
1039 ist, dass der Bedarf um ein Vielfaches höher ist und es sich lediglich um  
1040 Augenwischerei handelt, nicht um eine tiefgreifende Verbesserung im  
1041 Pflegesektor. Konkrete Vorschläge, wie das Anwerben von Fachkräften aus dem  
1042 Ausland, die vermeintlich eher bereit seien, bei niedrigem Lohn schlechte  
1043 Arbeitsbedingen auszuhalten, verdeutlichen, dass die schlechten Bedingungen der  
1044 Sorgearbeit nicht angegangen, sondern bloß auf andere Frauen umverteilt werden  
1045 sollen. Es findet real keine Verbesserung der Lebenssituation von Pflegenden  
1046 und damit von v.a. vielen Frauen statt und auch die gesellschaftlichen  
1047 geschlechtsspezifischen Zuschreibungen werden höchstens um eine rassistische  
1048 Komponente ergänzt.

1049 Wir fordern deshalb, dass Sorgearbeit von gut ausgebildeten und gut bezahlten  
1050 Fachkräften ausgeübt werden soll. Es braucht viel mehr qualifiziertes Personal,  
1051 um die angespannte Personalsituation zu entlasten. Tägliche Überstunden, das  
1052 Nichteinhalten der gesetzlichen Ruhezeiten und Vertretungsdienste an freien  
1053 Tagen dürfen nicht länger die Regel sein!  
1054 Damit verbunden muss auch bei der Qualität in Krankenhäusern und  
1055 Pflegeeinrichtungen nachgebessert werden, schon alleine, um das Personal auch im  
1056 Arbeitsfeld zu halten.

1058 In Einrichtungen der Kindertagesbetreuung aber auch in Altenheimen sind die  
1059 Wartelisten oftmals sehr lang und selbst wenn man endlich bei der Vergabe  
1060 berücksichtigt wird, bedeutet dies nicht, dass man einen bedarfsgerechten Platz

1061 erhält. Wir fordern daher, dass verbunden mit einem Ausbau der Qualität auch  
1062 eine Erweiterung des Angebots einhergeht, die an den Lebensrealitäten von  
1063 Menschen orientiert ist. Kritisch sehen wir jedoch Angebote, die zu einer  
1064 weiteren Entgrenzung des Arbeitsmarktes beitragen könnten – nur weil es 24  
1065 Stunden KITAS gibt, was grundsätzlich besonders für Menschen im Schichtdienst  
1066 auch zu begrüßen ist, sollten Arbeitnehmer\*innen niemals gezwungen werden  
1067 können, dieses Angebot auch zu nutzen. Betreuungsangebote sollten vor allem die  
1068 Bedürfnisse von Familien berücksichtigen, nicht zuvorderst die des  
Arbeitsmarktes.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**A5-Beschluss: Arbeit anders machen - Selbstbestimmung statt Lohnarbeitszwang!**

Gremium: GJ BUKO  
Beschlussdatum: 29.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

1424 Die Digitalisierung schreitet rasant voran, verändert schon jetzt all unsere  
1425 Lebensbereiche und wird in den nächsten Jahren zu immer größeren Umbrüchen  
1426 insbesondere in der Arbeitswelt führen. Immer wieder wird sie als Revolution der  
1427 Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Revolution setzt jedoch einen radikalen Bruch  
1428 mit den gesellschaftlichen Verhältnissen voraus. Doch auch wenn grundlegende  
1429 Veränderungen der Arbeitswelt gewiss und auch jetzt schon erlebbar sind, führt  
1430 die Digitalisierung nicht automatisch zur Überwindung von bestehenden Problemen  
1431 und verbessert nicht automatisch die Lebenssituation von Menschen, die auf  
1432 Lohnarbeit angewiesen sind. Ganz im Gegenteil gibt es die Gefahr, dass sie  
1433 bestehende Ungerechtigkeiten, Abhängigkeiten und Machtkonzentrationen noch  
1434 verstärkt und zu einem immer größeren Zwang zur Selbstoptimierung und einer  
1435 immer größeren Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit führt. In der Geschichte  
1436 wurden wirtschaftliche Rationalisierungs- und Automatisierungsprozesse meist  
1437 nicht zur Entlastung von Arbeitnehmer\*innen genutzt, sondern führten oft zu noch  
1438 mehr Leistungsdruck und härteren Arbeitsbedingungen. Das muss und kann mit der  
1439 Digitalisierung anders laufen. Denn sie birgt auch das Potenzial, die  
1440 Selbstbestimmung und Rechte von Arbeitnehmer\*innen zu stärken und langfristig  
1441 eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der jeder Mensch frei über seine Zeit  
1442 verfügen kann und die notwendige Arbeit und der gesellschaftliche Reichtum  
1443 gerecht verteilt sind.

1444 **Modernisierung der Arbeitswelt politisch gestalten**

1445 Welches dieser Szenarien eintritt, hängt davon ab, ob und wie die  
1446 Digitalisierung politisch gestaltet wird. Wir wollen uns weder einem blinden  
1447 Technikglauben noch einer rückwärtsgewandten Technikfeindlichkeit hingeben,  
1448 sondern die Chancen der Digitalisierung im Wissen ihrer Risiken nutzen. Denn die  
1449 Entwicklung der technischen Möglichkeiten ist für uns kein Selbstzweck, sondern  
1450 ein Mittel für politischen Fortschritt und ein Mehr an Gerechtigkeit und  
1451 Freiheit. Dafür müssen wir begeisternde Visionen schaffen, die aufzeigen, wie  
1452 wir Arbeit in einer digitalisierten Welt denken können und wie die  
1453 Digitalisierung zur größeren Freiheit des Individuums beitragen kann. Für uns  
1454 ist klar, dass das nur gelingen kann, wenn sich die Produktion in Zukunft an den  
1455 Bedürfnissen von Menschen und nicht an Profiten orientiert. Das bedeutet auch,

1456 dass wir mit den neoliberalen Glaubenssätzen von Privatisierung, Vermarktlichung  
1457 und Deregulierung brechen müssen. Nur durch einen echten politischen  
1458 Gestaltungswillen, klare Regulierungen, Lust an der Veränderung und einer  
1459 Überwindung der reinen Verwertungslogik kann die Digitalisierung im Sinne der  
1460 Selbstbestimmung und Gerechtigkeit umgesetzt werden. Die technischen  
1461 Möglichkeiten für eine Gesellschaft ohne Armut und Zwang zur Lohnarbeit sind  
1462 immer mehr gegeben - lasst sie uns gemeinsam nutzen!  
1463 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Lohnarbeit  
1464 angewiesen sind, um ihre Existenz zu sichern. Die Digitalisierung kann  
1465 langfristig dazu führen, dass das Maß an Arbeit, das von Menschen getätigt  
1466 werden muss, abnimmt. Das ist für uns nichts Negatives, sondern kann in  
1467 Verbindung mit einem funktionierenden System der sozialen Sicherung und einer  
1468 gerechten gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit zu mehr Freiheit und  
1469 Selbstbestimmung beitragen. Es wäre jedoch zu kurz gedacht, drohende  
1470 Arbeitsplatzverluste im Hier und Jetzt deshalb schön zu reden, da diese mit der  
1471 Gefahr von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden sind. Die  
1472 genannten Verbesserungen treten nur dann ein, wenn die Digitalisierung von einer  
1473 emanzipatorischen Sozial- und Arbeitspolitik begleitet und gestaltet wird,  
1474 weshalb wir in diesem Antrag einen Schwerpunkt auf diese Themenfelder legen. Wir  
1475 wollen Perspektiven für Menschen, deren Arbeitsplatz durch die Digitalisierung  
1476 bedroht ist und den Einsatz für Arbeitnehmer\*innenrechte mit der langfristigen  
1477 Vision einer Gesellschaft, in der Menschen selbst über ihre Zeit und  
1478 Arbeitskraft verfügen können, zusammen denken.  
1479  
1480 Auf dem Weg in eine Gesellschaft, die den digitalen Wandel dazu genutzt hat, den  
1481 Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, wollen wir:

### 1482 **1. Arbeit und Wohlstand gerecht verteilen!**

1483 Die Digitalisierung der Arbeitswelt soll und muss zur Reduzierung der durch  
1484 Menschen geleisteten Arbeit führen. Arbeit, die von Maschinen übernommen werden  
1485 kann und deren Übertragung an Maschinen ethischer Konsens ist, sollte Maschinen  
1486 überlassen werden, um dadurch wieder mehr Freiräume für das Leben der Menschen  
1487 zu schaffen. Wir begegnen dem digitalen Wandel nicht mit dem Schüren von Ängsten  
1488 vor Arbeitsplatzverlust, sondern mit Vorfreude auf weniger Arbeit, die wir auf  
1489 mehr Schultern verteilen. Wir wollen nicht verhindern, dass den Menschen Arbeit  
1490 abgenommen werden kann. Doch wir wollen, dass aus weniger benötigter Arbeit  
1491 weniger Arbeit für alle wird und, dass es bei dieser Entwicklung gerecht zugeht.  
1492 Die GRÜNE JUGEND fordert für alle Arbeitnehmer\*innen die 28-Stunden Woche als  
1493 neue Vollzeit mit der Perspektive auf weitere Verkürzungen und perspektivisch  
1494 die Möglichkeit für alle Arbeitnehmer\*innen, ihre Arbeitszeit flexibel mit den  
1495 Arbeitgeber\*innen zu vereinbaren und weiter abzusenken, ohne das Rückkehrrecht  
1496 auf Vollzeit zu beschneiden.  
1497 Arbeit bedeutet heute für den Großteil der Menschen - auch im Gegensatz zu den  
1498 Sozialsystemen - finanzielle und soziale Absicherung und die muss unter allen  
1499 Umständen gewahrt bleiben. Als einen Schritt dorthin betrachten wir die  
1500 Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches die Menschen zunächst  
1501

1502 vor Existenzsorgen schützen soll.

1503

1504 Das Weniger an Arbeit und ihre grundlegende Veränderung wird sich insbesondere  
1505 in der Industrie abspielen. Es wird weiterhin ein produzierendes Gewerbe  
1506 brauchen: Denn eine gute Infrastruktur baut sich nicht von alleine. Wir wollen  
1507 eine Industrie, die ökologisch und nachhaltig produziert, um  
1508 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und die sich nach den  
1509 Bedürfnissen der Menschen und nicht des Marktes richtet. Wir erkennen an, dass  
1510 die Menschen, die beispielsweise in den Thyssen-Krupp Stahlwerken im Ruhrgebiet  
1511 arbeiten und um ihre Jobs bangen, berechnete Sorgen um die eigene Zukunft und  
1512 Lebensgrundlage haben. Durch globale Zusammenhänge wird diese existenzielle  
1513 Bedrohung vielerorts noch verstärkt.

1514 Deshalb braucht es insbesondere für den Übergangszeitraum nach der Veränderung  
1515 von individuellen Fabriken & Co auf der einen Seite und der generellen  
1516 Produktion auf der anderen Seite, staatliche Regulierung und Unterstützung. Ein  
1517 Förderfonds kann dabei helfen, Industriearbeitsplätze, wenn dringend notwendig,  
1518 für einen stark begrenzten Zeitraum aufrechtzuerhalten. Eingebettet in eine  
1519 Europäische Industriestrategie muss der Strukturwandel so aktiv gestaltet  
1520 werden.

1521

1522 Darüber hinaus müssen wir aber verhindern, dass Arbeitgeber\*innen sich mithilfe  
1523 der Maschinerisierung aus der Verantwortung ziehen. Je geringer der Faktor  
1524 menschliche Arbeitskraft in der Wertschöpfung wird, desto mehr Macht und  
1525 Wohlstand konzentriert sich bei den Eigentümer\*innen der Maschinen, die mehr  
1526 profitieren, ohne weiterhin für Menschen und ihr Wohlergehen Verantwortung  
1527 tragen zu müssen. Dem wollen wir beispielsweise mit einer Roboter-Steuer  
1528 entgegenwirken, die der Höhe der wegfallenden Sozialabgaben durch  
1529 neuangeschaffte Maschinen entspricht. So kann ein Mindestbeitrag zum  
1530 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand garantiert werden. Doch klar ist, dass die  
1531 Roboter-Steuer nur einer von vielen Beiträgen zu einer gerechten Umverteilung  
1532 sein kann. Wir knüpfen an unsere bisherigen Beschlüsse an und machen uns weiter  
für eine solidarische Besteuerung von Vermögen und Gewinnen stark!

### 1533 **2. Arbeit gerecht gestalten!**

1534 Immer mehr Menschen bearbeiten nach Feierabend noch schnell ein paar Mails oder  
1535 klären Berufliches zwischendurch in der WhatsApp-Gruppe. Gerade in StartUps und  
1536 Unternehmen, die sich schnell den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen  
1537 (wollen), gewinnen Teamgefühl, gute technische Ausstattung und der Kicker im  
1538 Pausenraum an Bedeutung.

1539 Doch der Druck zur Produktivitätssteigerung ist auch dort vorhanden, wo der  
1540 Arbeitsplatz als neuer Lebensmittelpunkt gefeiert und gestaltet wird. Diese  
1541 Strategie nutzt die emotionale Bindung an Team und Arbeitsstelle aus, um extrem  
1542 niedrige Bezahlung und abstruse Arbeitszeiten zu rechtfertigen.

1543 Seit die Notwendigkeit zur Anwesenheit in vielen Arbeitsbereichen nicht mehr  
1544 gegeben ist, erleben wir die Ambivalenz der damit einhergehenden  
1545 Flexibilisierung. Einerseits findet eine immer größer werdende Entgrenzung  
1546

1547 zwischen Arbeit und Freizeit statt, andererseits bietet sie die Chance  
1548 selbstbestimmter zu arbeiten und Arbeit neu zu strukturieren.  
1549 Diese Chance sollten wir nutzen und gleichzeitig verhindern, dass Arbeitnehmende  
1550 dem Druck ausgesetzt sind, ständig erreichbar und immer im Leistungsmodus sein  
1551 zu müssen.  
1552 Deshalb wollen wir, dass Arbeitnehmende ihre Arbeitszeit, dort wo möglich, nach  
1553 dem Gleitzeitmodell frei einteilen können, aber dass auch hier eine strikte  
1554 Zeitgrenze von 8-20 Uhr gewahrt wird. Auch das Home Office, das in den letzten  
1555 Jahren immer beliebter wurde, kann zu einem Mehr an Selbstbestimmung führen.  
1556 Doch wir müssen dafür sorgen, dass Pausenzeiten und Stundenzahlen auch im  
HomeOffice eingehalten werden, um Ausbeutung zu verhindern.

### 1557 Mehr Frei(zeit)!

1558 Wir finden: Arbeit ist fürs Leben da, nicht das Leben für die Arbeit. Deshalb  
1559 wollen wir mehr Freiräume für Arbeitnehmer\*innen schaffen, auch über die  
1560 Absenkung der Wochenarbeitszeit hinaus: die gesetzliche Mindesturlaubszeit soll  
1561 auf mindestens 7 Wochen erhöht werden. Außerdem sollen Arbeitnehmer\*innen das  
1562 Recht auf Auszeiten haben: wir wollen ermöglichen, dass Arbeitgeber\*innen  
1563 mindestens ein Sabbatical pro 10 Jahre Erwerbsarbeit gewähren müssen.  
1564 Arbeitnehmende können so ohne Angst vor Jobverlust & Existenzangst eine Auszeit  
1565 von ihrer beruflichen Tätigkeit nehmen.

### 1566 Guter Lohn für alle!

1567 Insbesondere solange Lohnarbeit etwas ist, von dem ein Großteil der Menschen  
1568 abhängig ist, muss diese gut entlohnt werden - gerade, wenn wir die Chancen der  
1569 Digitalisierung nutzen und Arbeit reduzieren wollen. Arbeit ist für  
1570 Arbeitnehmer\*innen kein Selbstzweck, sondern dient ihnen in erster Linie zur  
1571 Finanzierung ihres Überlebens und des eigenen Lebensstandards. Die Löhne in  
1572 Deutschland sind im europäischen Vergleich Schlusslicht. Mehr und mehr Menschen  
1573 können nicht länger von ihrem Gehalt leben, während gleichzeitig Bonis von  
1574 Managern & Co immer weiter steigen. Und zu viele Unternehmen nutzen den Luxus,  
1575 ihren Mitarbeiter\*innen so wenig Lohn zu zahlen, dass die Solidargemeinschaft  
1576 eingreifen und Gehälter aufstocken muss, um Menschen ein menschenwürdiges Leben  
1577 für sich und ihre Familie zu ermöglichen.  
1578 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb klar, dass gut bezahlte und unbefristete  
1579 Arbeit wieder zum Standard werden muss. Alle Ausnahmen vom Mindestlohn sollen  
1580 ersatzlos gestrichen werden, der Mindestlohn selbst kontinuierlich erhöht  
1581 werden. Wir setzen uns für eine Anhebung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde ein  
1582 - bei gleichzeitiger Festsetzung einer Lohnobergrenze, die sich an dem Gehalt  
1583 derer im Unternehmen orientiert, die am wenigsten verdienen. Die Lohnobergrenze  
1584 wollen wir auf das zehnfache des niedrigsten Lohnes festsetzen. Langfristig  
1585 denken wir über die Entkoppelung des Lohns von der geleisteten und der  
1586 festgeschriebenen Stundenzahl nach. Entlohnung auf Verhandlungs- und  
1587 Vertrauensbasis kann ein Schritt hin zu einem fairen und solidarischen  
1588 Miteinander sein, uns ist jedoch bewusst, dass sie im Rahmen der bestehenden  
1589 Verhältnisse zu einer Aushöhlung von Arbeitnehmer\*innenrechten führen würde.

### 1590 Selbstständige unterstützen!

1591 Bei alledem müssen wir auch diejenigen im Blick behalten, die in keinem  
1592 Arbeitnehmendenverhältnis sind und als (Solo-)Selbstständige, Freelancer, Cloud-  
1593 oder Clickworker ihr Geld verdienen. Die Zahl der Selbstständigen steigt und  
1594 wird es in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter tun. Selbstständige sind  
1595 oft unterschiedlichen gesetzlichen Regularien ausgesetzt, die nicht nur  
1596 verwirren, sondern auch allesamt keinen Schutz vor Ausbeutung garantieren. Wir  
1597 wollen deshalb in jeder Kommune ein Zentrum als Beratungsstelle für  
1598 Selbstständige aufbauen, das dabei hilft Ausbeutung und Leistungsdruck zu  
1599 bekämpfen. Langfristig wollen wir einen gesetzlichen Schutz für Selbstständige  
1600 schaffen, indem auch ihr Recht auf Freizeit festgeschrieben wird. Gegen  
1601 Scheinselbstständigkeit wollen wir konsequent vorgehen und hier vor allem die  
1602 Unternehmen statt den ihrerseits abhängigen (Schein-)Selbstständigen in die  
1603 Pflicht nehmen.

### 1604 Datenschutz und Privatssphäre schützen!

1605 Neue technologische Möglichkeiten bergen auch eine Gefahr für die Privatsphäre  
1606 der Arbeitnehmenden: Von wann bis wann der Rechner genutzt wurde, welche  
1607 Rufnummern angerufen wurden und welche Websites besucht wurden, lässt sich in  
1608 Zukunft leichter erfassen als bisher. Wir wollen die Privatsphäre der  
1609 Arbeitnehmenden absichern und fordern daher die Pflicht für die berufliche  
1610 Tätigkeit eigene technische Geräte zur Verfügung zu stellen. Denn der Trend zum  
1611 HomeOffice darf nicht dazu führen, dass die privaten Geräte der Arbeitnehmenden  
1612 mit den privatesten Daten in das Berufsleben eingebunden werden. Darüberhinaus  
1613 wollen wir das Recht auf Privatsphäre am Arbeitsplatz - egal ob im Büro oder  
1614 HomeOffice - festschreiben. Softwares, die die Arbeitstätigkeit der  
1615 Mitarbeitenden erfassen und Überwachungstechnologien wollen wir hingegen  
1616 verbieten.

### 1617 **3. Digitalisierung zur Revolution der Geschlechterverhältnisse nutzen?!**

1618 Als feministischer Verband denken wir den Kampf für Gleichberechtigung in all  
1619 unserem politischen Handeln mit. Unser Ziel ist es deshalb, die Digitalisierung  
1620 der Arbeitswelt so zu gestalten, dass sie zu einer Überwindung von ungleichen  
1621 Geschlechterverhältnissen beiträgt. Häufig wird behauptet, dass eine  
1622 Flexibilisierung der Arbeit automatisch die Besserstellung von Frauen mit sich  
1623 bringt, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt. Das ist jedoch  
1624 keine Selbstverständlichkeit, in vielen Fällen führt genau diese  
1625 Flexibilisierung zu einer Mehrbelastung von Frauen, die sich weiterhin um die  
1626 häusliche Care-Arbeit kümmern müssen und sich gleichzeitig immer weniger  
1627 gegenüber ihrem Beruf abgrenzen können. Hinzu kommt, dass die zunehmende  
1628 Entgrenzung und Verschmelzung von Arbeitskraft und Privatperson zu einer hohen  
1629 Belastung in Berufen führt, die traditionell von Frauen ausgeübt werden. So sind  
1630 zum Beispiel die Depressionsraten in Service- und Sozialberufen besonders hoch.  
1631 Unser Ziel kann es insgesamt nicht sein, dass Frauen Beruf und Familie ein  
1632 bisschen besser unter einen Hut bekommen und der Großteil der Care- und  
1633 Reproduktionsarbeit weiter an ihnen hängen bleibt. Stattdessen müssen wir die



1634 Digitalisierung der Arbeitswelt so nutzen, dass sie zum Beispiel durch eine  
1635 allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung von  
1636 Care-Arbeit ermöglicht. Das kann nur gelingen, wenn wir die Digitalisierung mit  
1637 unseren sonstigen feministischen Forderungen, arbeitsmarktpolitisch und darüber  
1638 hinaus, zusammen denken.

1639  
1640 Weiterhin setzt eine feministische Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft  
1641 grundlegende Veränderungen im Bereich der Care-Berufe voraus. Die  
1642 Digitalisierung führt dazu, dass viele Tätigkeiten, die bisher von Menschen  
1643 ausgeübt werden, in Zukunft von Maschinen übernommen werden können. Es gibt  
1644 jedoch auch Bereiche, bei denen wir es wichtig finden, dass sie auch in Zukunft  
1645 von Menschen ausgeübt werden. Das heißt nicht, dass nicht auch in diesen  
1646 Bereichen die Digitalisierung zur Erleichterung der Arbeit und Verbesserung der  
1647 Arbeitsverhältnisse genutzt werden soll. Es gibt jedoch Kernbereiche,  
1648 insbesondere im Spektrum der Care-Berufe, die zwischenmenschliche Beziehung und  
1649 Empathie voraussetzen und das auch in Zukunft sollen. Im Moment werden diese  
1650 Tätigkeiten zum großen Teil von Frauen ausgeübt. Damit die Digitalisierung der  
1651 Arbeitsverhältnisse nicht zu einer Schlechterstellung von Frauen führt, müssen  
1652 also Berufe, die in diese Kategorie fallen und die auch in Zukunft von Menschen  
1653 ausgeübt werden sollen, aufgewertet, im Sinne einer fairen Bezahlung und  
1654 besseren Arbeitsbedingungen, werden.

#### 1655 **4. Arbeit demokratisieren**

1656 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Entscheidungen über Herstellung und  
1657 Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands demokratisch getroffen werden.  
1658 Deshalb streben wir nach einer Wirtschaftsdemokratie, also die demokratische  
1659 Organisaton von Wirtschaft. Leider sind wir von diesem Ziel im Moment weit  
1660 entfernt: durch Deregulierung, Flexibilisierung und Vereinzelung in neoliberalen  
1661 Zeiten haben Gewerkschaften, als Formen der kollektiven Interessensvertretung,  
1662 an Bedeutung und Macht verloren. Doch wir sind davon überzeugt, dass in der  
1663 Digitalisierung auch Chancen für ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung liegen.  
1664 Durch neue Formen der Kommunikation und neue Konzepte der Zusammenarbeit und  
1665 Entscheidungsfindung, können Hierarchien abgebaut und eine stärkere Beteiligung  
1666 von Arbeitnehmer\*innen sicher gestellt werden. Diese Nutzung von  
1667 Digitalisierungsschüben im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft, setzt  
1668 jedoch voraus, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.  
1669 Das bedeutet zunächst, dass wir uns nicht mit Scheinbeteiligung zufrieden geben  
1670 dürfen. In immer mehr Unternehmen wird durch freundschaftlichen Umgang, eine  
1671 stärkere Feedbackkultur, der zunsahmenden Identifikation mit dem Betrieb und  
1672 einer Vermischung von Berufs- und Privatleben der Eindruck von hierarchiefreier  
1673 Mitbestimmung erweckt. Dabei handelt es sich jedoch zumeist um einen  
1674 Trugschluss, da die ökonomische Macht, sowohl im Sinne des Eigentums an  
1675 Produktionsmitteln als auch der tatsächlichen Entscheidungsbefugnis, nach wie  
1676 vor bei den Arbeitgeber\*innen liegt. Für eine tatsächliche Wirtschaftsdemokratie  
1677 gilt es deshalb, die Machtfrage zu stellen. Das bedeutet zum einen, dass wir  
1678 eine gemeinschaftlich organisierte Wirtschaft brauchen, in der  
1679

1680 Entscheidungsbefugnisse, Produktionsmittel und damit Macht gerecht verteilt  
1681 sind. Außerdem sehen wir folgende mittelfristige Schritte als notwendig:  
1682

1683 Erstens müssen die Rechte von Gremien der kollektiven Mitbestimmung, also  
1684 insbesondere von Betriebsräten gestärkt werden. In den letzten Jahren konnten  
1685 wir sehen, wie immer wieder das Prinzip der individuellen Partizipation dem der  
1686 kollektiven Mitbestimmung vorgezogen wurde. Dieser Trend führt jedoch im  
1687 Endeffekt zu einer enormen Schwächung der Position von Arbeitnehmer\*innen,  
1688 gerade wenn es um hard facts wie Lohnverhandlungen geht. Wir setzen uns dafür  
1689 ein, dass Betriebsräte gerade in den Bereichen, in denen die Digitalisierung  
1690 sich am deutlichsten abzeichnet, ein Mitspracherecht bekommen. So fordern wir  
1691 eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Betriebsräten ein  
1692 Mitentscheidungsrecht bei allen Fragen rund um Home Office und  
1693 Arbeitszeitvereinbarungen gibt. Außerdem setzt eine wirkliche Demokratisierung  
1694 von Unternehmen voraus, dass Betriebsräte nicht nur bei sozialen oder  
1695 arbeitsrechtlichen, sondern auch unternehmerischen Fragen mitentscheiden können.  
1696 Wir wollen, dass auch Menschen, die sich gerade im Bereich der  
1697 Scheinselbstständigkeit befinden, die Möglichkeit einer kollektiven Vertretung  
1698 und Teil eines Mitbestimmungsprozesses werden. Dafür brauchen wir einen neuen  
1699 Begriff von Betrieben, der auch diese Formen der Beschäftigung erfasst und die  
1700 Organisierung ermöglicht.  
1701

1702 Zweitens wollen wir die gesellschaftliche Rolle von Gewerkschaften stärken.  
1703 Unser Demokratiebegriff geht über die rein politische Sphäre hinaus, sondern  
1704 umfasst die gesamte Gesellschaft und damit insbesondere auch Wirtschaft und  
1705 Arbeitsleben. Den Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie können  
1706 ein wichtiger Gegenpol zur zunehmenden Demokratieverdrossenheit sein, sofern sie  
1707 konsequent die Interessen von Arbeitnehmer\*innen vertreten und gleichzeitig ein  
1708 politisches Mandat einnehmen und an Prozessen der gesellschaftlichen  
1709 Willensbildung teilnehmen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung des  
1710 politischen Streikrechts ein. Die Arbeit von Gewerkschaften wird durch die  
1711 zunehmende Entkopplung von Arbeit von einem bestimmten Ort erschwert, da  
1712 Massenbetriebe zunehmend ihre Bedeutung als Ort der politischen Mobilisierung  
1713 verlieren. Umso wichtiger ist es, dass Gewerkschaften die neuen  
1714 Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen  
1715 und einzubinden.  
1716

1717 Für uns ist klar, dass sich unser Kampf für eine Demokratisierung der Wirtschaft  
1718 nicht auf den nationalen Rahmen beschränken darf, sondern global gedacht werden  
1719 muss. Wir wollen Mitbestimmung überall ermöglichen. Ein erster Schritt dafür ist  
1720 die Einführung einer verpflichtenden und tatsächlichen betrieblichen  
1721 Mitbestimmung für alle Gesellschaftsformen des EU-Rechts. So wollen wir etwa die  
Montanmitbestimmung europaweit garantieren.

### 1722 **5. Digitales in die Bildung - Gerechtigkeit von Anfang an mitdenken!**

1723 Als GRÜNE JUGEND sehen wir Bildung als Weg zur kritischen Bewusstseinsausbildung

1724 und Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung - nicht als ersten Schritt in die  
1725 Zwänge von Verwertungslogik & Co. Der Zweck und Auftrag von Schule und anderen  
1726 Bildungseinrichtungen darf deshalb nicht die reine Vorbereitung auf das  
1727 Arbeitsleben sein. Doch die Realität sieht anders aus: insbesondere Kinder und  
1728 Jugendliche aus armen Familien sind darauf angewiesen in der Schule digitale  
1729 Möglichkeiten kennenzulernen und zu lernen mit ihnen umzugehen und zu arbeiten -  
1730 auch und gerade wenn zuhause kein Tablet oder die neusten Gadgets zur Verfügung  
1731 stehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass bereits bestehende Ungleichheiten und  
1732 Ungerechtigkeiten, die mit und im Bildungssystem zementiert werden, noch  
1733 gravierendere Auswirkungen auf die Zukunft dieser Menschen hat. Deshalb fordern  
1734 wir als GRÜNE JUGEND den digitalen Wandel in den Schulen beginnen zu lassen.  
1735 Dieser bestimmt heute den Alltag der meisten Schüler\*innen, Auszubildenden und  
1736 Studierenden, den Schulalltag meist jedoch nur mäßig bis gar nicht. Die  
1737 Realität, dass 9 von 10 Schüler\*innen ein Smartphone in der Tasche haben,  
1738 einfach durch ein Anschalt-Verbot totzuschweigen, wird unserem Anspruch auf  
1739 zeitgemäße Schulbildung nicht gerecht.

1740 Wir wollen digitale Bildung als ganzheitliche Bildungsaufgabe in den Lehrplänen  
1741 verankern. Digitalunterricht stellen wir uns nicht als weitere Unterrichtsstunde  
1742 vor, die im Rahmen des Informatikunterrichts nebenbei mitgemacht wird. Er muss  
1743 allumfassend sein und auch die bisherigen Bildungsinhalte hinterfragen. Digitale  
1744 Medien sind nicht nur Beschäftigungsmöglichkeit, sondern auch Wissensspeicher.  
1745 Diesen erfolgreich zu nutzen anstatt das Auswendiglern-Bildungssystem  
1746 unreflektiert fortzusetzen, ist nur ein Aspekt von vielen.

1747 Für Lehrkräfte braucht es umfassende Fortbildungen. Denn welche Lehrkraft soll  
1748 Schüler\*innen beispielsweise im Bereich des Datenschutzes bilden, wenn es dieser  
1749 meist nicht einmal gelingt, den Beamer einzuschalten. Das Bildungssystem ist  
1750 gerade in Bezug auf den digitalen Wandel absolut defizitär und muss grundlegend  
1751 erneuert werden. Dafür bedarf es auch einer entsprechenden finanziellen  
1752 Ausstattung. Die GRÜNE JUGEND fordert die Aufhebung des Kooperationsverbotes als  
1753 Chance zu nutzen, um die Schulen mit fortgebildeten Lehrkräften, aber auch  
1754 hochwertiger Hardware und Hochleistungsanschlüssen zum Internet auszustatten.

1755

1756 Digitale Bildung soll jedoch auch nicht nach dem Schulabschluss enden, sondern  
1757 einen lebenslangen Prozess darstellen, da die Menschen mit dem Fortschreiten des  
1758 digitalen Wandels auch immer die Befähigung erhalten müssen, die neu  
1759 entstehenden Chancen und Risiken als solche auszumachen und zu nutzen. Bezahlter  
1760 Bildungsurlaub für Aus- und Weiterbildung für alle Menschen egal welchen Alters  
1761 bleibt daher Grundforderung der GRÜNEN JUGEND. Der digitale Wandel kann nur  
1762 gesamtgesellschaftlich zum Erfolg werden.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **F1 Nachtragshaushalt 2018**

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 04.04.2018

Tagesordnungspunkt: 7. Finanzen

1763 Der Nachtragshaushalt kann im Wurzelwerk von allen Mitgliedern eingesehen  
1764 werden:

1765 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-  
2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-<br/>1766 2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0)

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **K1-Beschluss: Europa kann anders: Wir machen uns bereit für die Europawahl!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

### 1767 **Mutige Antworten in schwierigen Zeiten**

1768 Ein geeintes Europa mit seinen Grundprinzipien wie Freizügigkeit, Freiheit und  
1769 Menschenrechte ist für einen großen Teil unserer Generation für lange Zeit eine  
1770 Selbstverständlichkeit gewesen. Doch das ändert sich gerade seit der  
1771 Verfassungskrise rasant. Der Brexit hat gezeigt, dass eine gemeinsame  
1772 europäische Zukunft eben kein Automatismus ist, sondern etwas bleibt, wofür es  
1773 zu kämpfen gilt. Wir erleben einen Rechtsruck in ganz Europa, rassistische,  
1774 nationalistische, konservative und antieuropäische Parteien sind europaweit auf  
1775 dem Vormarsch. In Polen, Ungarn oder Österreich erleben wir, wie die Demokratie  
1776 Schritt für Schritt abgebaut wird. Dieser autoritäre Umbau wird von  
1777 Konservativen wie der CSU durch das Hofieren von Antidemokrat\*innen noch  
1778 gestärkt. Zu lange wurde die Schuld für alle Probleme auf der europäischen Ebene  
1779 gesucht und als Sündenbock von den Nationalstaaten verwendet, obwohl diese dort  
1780 selbst eine neoliberale Politik voran trieben, und damit Krisen und Armut  
1781 schaffen. Es mangelt zunehmend an linke Perspektiven für Europa, die  
1782 gesamtgesellschaftlich begeistern. Und während sich linke und progressive Kräfte  
1783 in Europa in der Defensive befinden, wird Emmanuel Macron zum pro-europäischen  
1784 Heilsbringer stilisiert. Doch für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Eine wirkliche  
1785 pro-europäische Antwort auf die zunehmende Demokratie- und Europaverdrossenheit  
1786 darf nicht mit Neoliberalismus und Abschottung einhergehen. Mit dem Rücken zur  
1787 Wand darf nicht weniger als eine Abkehr vom Status Quo durch einen klare Vision  
1788 unser Anspruch sein.

1789 Wir wollen im nächsten Jahr mit einer mutigen Vision für Europa voran schreiten,  
1790 und diese mit konkreten Forderungen verbinden. Wir wollen aufzeigen, wo es  
1791 bereits Erfolge gibt und was wir verändern müssen, um zu einem progressiven  
1792 europäischen Projekt zu kommen. Für uns ist klar: Dafür kann Europa nicht  
1793 bleiben, wie es ist. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht  
1794 in der nationalen Kleinstaaterei lösen. Demokratie stärken, Geflüchtete  
1795 schützen, die Klimakatastrophe stoppen – all das werden wir nur mit und nicht  
1796 abseits von Europa schaffen. Auf dem Weg zu einer grenzenlosen Welt setzen wir  
1797 uns deshalb für einen europäischen, föderalen und demokratischen Staat ein. Wir  
1798 wollen uns Europa von den nationalen Regierungen zurück erobern.

1800 Um das zu tun, müssen wir progressive, soziale und humanitäre Antworten auf die  
1801 bestehenden Probleme in Europa finden, statt sie kleinzureden oder wie die Große

1802 Koalition zu verschlimmern. Wir müssen zeigen, dass ein solidarisches,  
1803 ökologisches, soziales und demokratisches Europa möglich ist, und viele Menschen  
1804 dafür begeistern, gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen. Die Europawahlen 2019  
1805 werden eine extrem wichtige Richtungsentscheidung für die Zukunft Europas.  
1806 Deshalb wollen wir sie mit einer schlagkräftigen und eigenständigen Kampagne  
1807 begleiten und viele junge Menschen für jung-grüne Visionen zu Europa auf die  
1808 Straße bringen. Dieser Antrag bildet hierfür einen ersten Aufschlag, auf dessen  
1809 Grundlage es im nächsten Jahr gilt, eine Kampagne zu entwickeln.

## 1810 **2. Für Europa kämpfen heißt Europa verändern**

1811 Für uns ist klar, dass eine reine Jubelkampagne weder funktionieren kann, noch  
1812 unserem politischen Anspruch genügt. Wir wollen die Probleme in Europa ernst  
1813 nehmen und einen echten Veränderungsanspruch formulieren. Denn wer Europa retten  
1814 will, muss es verändern. Europa ist für uns dabei kein Selbstzweck, sondern eine  
1815 absolute Notwendigkeit, wenn wir den Herausforderungen unserer Zeit begegnen  
1816 wollen. Denn diese lassen sich nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Nur  
1817 mit Europa können wir die Umwelt schützen, die Demokratie retten, globale  
1818 Gerechtigkeit schaffen und die Rechte von Geflüchteten sichern. Doch um Menschen  
1819 für ein solidarisches Europa zu begeistern, müssen wir ihnen auch zeigen, wie  
1820 Europa zur Verbesserung ihrer konkreten Situation beitragen kann. Unser Ziel ist  
1821 es, junge Menschen in ihrer Lebensrealität abzuholen und für radikale Visionen  
1822 zu gewinnen. Wir wollen sie nicht einfach dazu motivieren, ihre Stimme  
1823 abzugeben. Stattdessen wollen wir sie mobilisieren und dazu ermächtigen, selbst  
1824 für ihre politischen Ziele einzustehen. Denn Beteiligung und Selbstermächtigung  
1825 sind die besten Mittel gegen Demokratieverdrossenheit und Resignation. Dabei  
1826 denken wir über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Wir wollen nicht nur junge  
1827 Menschen in Deutschland, sondern in ganz Europa erreichen. Wir wollen Themen  
1828 setzen, die junge Menschen mitnehmen und gleichzeitig aufzeigen, wie ein anderes  
1829 Europa aussehen könnte. Ein Europa, das soziale Sicherheit schafft und  
1830 Selbstbestimmung stärkt.

## 1831 **3. Unsere Themen für Europa**

1832 Die konkrete Themensetzung für die Kampagne zur Europawahl gilt es erst noch zu  
1833 entwickeln. Doch folgende Themen wollen wir auch schon im nächsten halben Jahr  
1834 in europapolitischen Debatten und auch im Rahmen des Programmprozesses von  
1835 Bündnis 90/Die Grünen nach vorne stellen. Es handelt sich dabei nicht um eine  
1836 abschließende Liste oder ein fertiges Programm, sondern einen ersten Blick auf  
1837 die Themen, die aus unserer Sicht eine zentrale Rolle spielen.

### 1838 Für ein solidarisches Europa, das Perspektiven schafft

1839 Wir wollen ein Europa der Solidarität und der Gerechtigkeit, in dem kein Mensch  
1840 in Armut leben muss. Statt einem Festhalten an einer fehlgeschlagenen  
1841 Austeritätspolitik wollen wir endlich wieder echte Perspektiven für Menschen in  
1842 Europa schaffen. Dafür wollen wir soziale Grundrechte in Europa stärken. Das  
1843 Ziel muss soziale Sicherheit für alle sein. Die GRÜNE JUGEND macht sich deshalb  
1844 für eine europaweite Arbeitslosenversicherung stark. Darüber hinaus fordern wir

1845 die Stärkung von Arbeitnehmer\*innenrechten und gemeinsame Standards bei  
1846 Arbeitsbedingungen, damit unsere Generation in Europa nicht weiter in  
1847 Unsicherheit und Prekarisierung leben muss. Dazu gehört auch die Einführung einer  
1848 Mindesteinkommensrichtlinie und die Festlegung einer angemessenen Grundsicherung  
1849 sowie der Abbau struktureller und bürokratischer Hürden, die den Zugang zu  
1850 Sozialleistungen in den EU-Mitgliedstaaten erschweren. Außerdem muss die  
1851 demokratische Beteiligung und Mitbestimmung von Arbeitnehmer\*innen europaweit  
1852 sichergestellt werden. Damit kein Kind in Armut aufwachsen muss, machen wir uns  
1853 für ein Basis-Kindergeld stark, das zusätzlich zu bestehenden nationalen  
1854 Sozialleistungen jedem Kind in der EU zusteht. Außerdem brauchen wir gemeinsame  
1855 Standards im Gesundheitswesen und einen Anspruch auf leistbare Pflege.  
1856 Echte Teilhabe geht jedoch über gerechte Arbeit und soziale Sicherung hinaus.  
1857 Deshalb setzen wir uns für eine bezahlbare und langfristig ticketlose Mobilität  
1858 in ganz Europa ein. Wir kämpfen gegen die maßgeblich durch Deutschland  
1859 vorangetriebene Austeritätspolitik und machen uns stattdessen für Investitionen  
1860 und die Unterstützung von Kommunen stark, sodass gleichwertige  
1861 Lebensverhältnisse in ganz Europa entstehen können. Ein solidarisches Europa  
1862 setzt jedoch auch voraus, dass sich alle an der Finanzierung des Gemeinwesens  
1863 beteiligen. Dafür müssen Steuerschlupflöcher sowohl für Privatpersonen als auch  
1864 für multinationale Konzerne endlich geschlossen werden. Besonders für die  
1865 Unternehmensbesteuerung gilt, nur wenn wir auf europäischer Ebene  
1866 zusammenarbeiten, statt uns als Konkurrent\*innen um die niedrigsten Steuersätze  
1867 zu verstehen, kann endlich härter gegen Steuervermeidung vorgegangen werden -  
1868 auch mit positiven Auswirkungen auf die Steuerpolitik außerhalb Europas.

## 1869 Selbstbestimmung und Emanzipation statt Rechtsruck

1870 Wir kämpfen für ein Europa, in dem jeder Mensch ohne Angst verschieden sein und  
1871 selbstbestimmt leben kann. Gerade erleben wir eine enorme Zunahme an Angriffen  
1872 auf die Rechte von Frauen und LGBTI. Umso wichtiger ist es, dass wir für diese  
1873 Rechte einstehen und bestehende Errungenschaften verteidigen. Doch dort dürfen  
1874 wir nicht stehen bleiben, denn auch ohne die Angriffe von Rechts ist unsere  
1875 Gesellschaft von patriarchalen Strukturen und Sexismus geprägt. Wir kämpfen  
1876 deshalb für echte Gleichberechtigung und Freiheit. Deshalb setzen wir uns in  
1877 ganz Europa für das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung ein.  
1878 Schwangerschaftsabbrüche müssen in ganz Europa entkriminalisiert werden und  
1879 unter guten medizinischen Bedingungen zugänglich sein. Darüber hinaus setzen wir  
1880 uns für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ein, machen uns für einen  
1881 besseren Schutz von sexuellen Minderheiten stark und wollen LGBTI-Aktivist\*innen  
1882 in Europa effektiv schützen und unterstützen. Außerdem soll die Ehe in ganz  
1883 Europa für alle Paare geöffnet werden. Darüber hinaus streben wir die Idee eines  
1884 Familienvertrags auch in Europa an.

## 1885 Klimakatastrophe und Umweltzerstörung stoppen mit und in Europa

1886 Für uns ist klar: die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage lässt sich  
1887 nur mit und nicht ohne Europa erreichen. Deshalb streiten wir für ein  
1888 ökologisches Europa. Der Kohleausstieg und die Energiewende können nicht nur auf

1889 nationaler Ebene geschehen, sondern müssen zum europäischen Projekt und in ganz  
1890 Europa umgesetzt werden, damit sie auch global eine Chance haben. Außerdem  
1891 müssen umweltschädliche Agrarsubventionen schrittweise abgeschafft werden. Das  
1892 ist neben dem Verbot von Pestiziden wie Glyphosat ein notwendiger Schritt, um  
1893 die Artenvielfalt zu retten. Darüber hinaus führen diese Subventionen zur  
1894 Verdrängung von lokalen Produzent\*innen und zum Wegfall von Lebensgrundlagen in  
1895 vielen afrikanischen Ländern, deren Märkte von subventionierten Produkten aus  
1896 der EU überschwemmt werden. Diesen Zustand gilt es im Sinne der globalen  
1897 Gerechtigkeit zu überwinden. Ökologie und Gerechtigkeit gehören für uns  
1898 zusammen. Das trifft auch auf unsere Haltung zur Handelspolitik zu. Die GRÜNE  
1899 JUGEND setzt sich gegen europäische Handelsabkommen ein, die wie TTIP oder CETA  
1900 die Aushöhlung von ökologischen und sozialen Standards zur Folge haben, zu einer  
1901 wirtschaftlichen Benachteiligung von Nicht-Partnerländern führen und  
1902 demokratische Verfahren aushöhlen. Eine ökologische Wende in Europa muss Hand in  
1903 Hand mit der Mobilitätswende gehen. Wir setzen uns für eine europaweit  
1904 vernetzte, bezahlbare und klimaneutrale Mobilität ein.

## 1905 Humanität statt Abschottung

1906 Der Einsatz für ein grenzenloses Europa beschränkt sich für uns nicht auf die  
1907 Grenzen innerhalb Europas, sondern muss auch die europäischen Außengrenzen  
1908 umfassen. Auf der ganzen Welt fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung oder Armut.  
1909 Diesen Menschen müssen wir Schutz bieten und langfristige Bleibeperspektiven  
1910 schaffen. Um europaweit eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik  
1911 sicherzustellen, ist die anstehende Europawahl eine entscheidende  
1912 Weichenstellung. Mit einem sich abzeichnenden weiter voranschreitenden  
1913 Rechtsruck in der gesamten Europäischen Union und voraussichtlich auch im neuen  
1914 EU Parlament, sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung leider schwierig.  
1915 Umso wichtiger ist es uns, dass die Grünen sich klar zu einer humanitären  
1916 Geflüchtetenpolitik bekennen und diesem Thema im Wahlprogramm und Wahlkampf  
1917 einen prominenten Platz einräumen. Wir setzen uns für eine Überwindung des  
1918 unmenschlichen Dublin-Systems ein und machen uns dafür stark, dass Menschen frei  
1919 darüber entscheiden können, an welchem Ort sie leben wollen. Wir müssen legale  
1920 Fluchtwege schaffen und humanitäre Antworten auf globale Fluchtbewegungen geben.  
1921 Damit das möglich ist, brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung von  
1922 Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, und mehr sozialen Wohnraum, der auch  
1923 Geflüchteten offen steht. Dies muss insbesondere für Staaten wie Griechenland,  
1924 Spanien oder Italien gelten, die durch ihre geographische Lage eine hohe Anzahl  
1925 von Geflüchteten verzeichnen. Um die Geflüchteten menschengerecht behandeln zu  
1926 können, braucht es mehr Kapazitäten und eine angemessene Einarbeitung von  
1927 Mitarbeiter\*innen in den Verwaltungen, denn eine Überforderung führt oft zu  
1928 einer hohen Fehlerquote bei der Bearbeitung von Asylanträgen.  
1929 Jedes Jahr sterben tausende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Es ist ein  
1930 Skandal, dass die Menschen, die ihnen helfen wollen und damit eine Aufgabe  
1931 übernehmen, bei der die Staaten der EU versagen, dafür strafrechtlich belangt  
1932 werden. Wir setzen uns deshalb für die Entkriminalisierung der zivilen  
1933 Seenotrettung so wie der Unterstützung auf den Fluchtrouten und die Einführung  
1934



1935 einer staatlichen, europäischen Seenotrettung ein. Zudem brauchen wir sicher  
1936 Fluchtrouten auch über den Luftweg. Außerdem müssen Abkommen vor allem mit  
1937 Diktaturen und Staaten ohne funktionierendes Staatsgebilde, die in erster Linie  
1938 dazu dienen, Europa abzuschotten, ein Ende haben. Der EU-Türkei-Deal muss  
1939 aufgekündigt werden. Ein europaweiter Mindeststandard für eine  
1940 Geflüchtetenunterstützung die ein Lebenswertes Leben absichert ist für uns die  
1941 Grundlage für ein gutes Leben für alle Menschen in Europa. Europas humanitärer  
1942 Anspruch muss auch in der Außenpolitik zum Ausdruck kommen: Europa muss durch  
1943 eine andere Handels- und Klimapolitik sowie eine viel stärkere  
1944 Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen und mit anderen Staaten  
1945 multilateral auf Augenhöhe kooperieren. Dabei muss das Wohlergehen aller  
1946 Menschen und globale Gerechtigkeit und nicht die Maximierung des  
1947 wirtschaftlichen Vorteils von Europa im Vordergrund stellen. Durch die  
1948 Sicherstellung von Familiennachzug in alle Ländern der EU auch für subsidiär  
1949 Schutzbedürftige erleichtern wir die Inklusion von Geflüchteten und retten  
1950 Kindern vor Bomben und Giftgasanschlägen.  
1951 Außerdem brauchen endlich auch Menschen, die vor den Folgen der Klimakatastrophe  
1952 fliehen, eine Perspektive. Es kann nicht sein, dass die Länder, die  
1953 hauptsächlich für den Klimawandel verantwortlich sind, sich hier aus der  
1954 Verantwortung ziehen. Wir fordern deshalb die Einführung eines Klimapasses, der  
1955 Menschen, die aufgrund von Klimawandel und Umweltzerstörung ihr Zuhause  
1956 verlassen müssen, die europäische Staatsbürgerschaft ermöglicht. Es ist ein  
1957 Unding, dass die Europäische Freizügigkeit seit Jahren beschränkt wird. Wir  
1958 fordern die unverzügliche Wiederherstellung der grenzen- und  
1959 grenzkontrollenlosen EU für alle in der EU lebenden Menschen. Darüberhinaus  
1960 setzen wir uns für eine verbesserte rechtliche Situationen von LGBTIQ-  
1961 Geflüchteten sowie Unterbringungsmöglichkeiten, in denen LGBTIQ-Geflüchtete  
keine Diskriminierung und/oder Gewalt befürchten müssen, ein.

## 1962 Demokratie retten und Bürger\*innenrechte stärken

1963 Gerade in Anbetracht des autoritären Umbaus in Europa ist es wichtig, dass wir  
1964 Bürger\*innenrechte verteidigen und ausbauen und uns für demokratische Werte  
1965 stark machen. Deshalb wollen wir, dass Bürger\*innenrechte gegenüber Staaten in  
1966 der EU vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden. Gleichzeitig müssen  
1967 wir einen besseren Schutz von Menschenrechtsaktivist\*innen, Bürgerrechtler\*innen  
1968 Whistleblower und Journalist\*innen, sowie gesellschaftlichen Minderheiten.  
1969 gewährleisten und darüber hinaus den Datenschutz in Europa stärken und das Recht  
1970 auf Privatsphäre verteidigen.

1971 Doch wir wollen nicht nur demokratische Errungenschaften gegen den Rechtsruck  
1972 verteidigen, sondern Mitbestimmung für alle schaffen und für ein wirklich  
1973 demokratisches Europa streiten. Dafür müssen wir auch die Institutionen und  
1974 Strukturen der Europäischen Union angehen. Ein geeintes Europa braucht eine  
1975 echte europäische Staatsbürger\*innenschaft, an die ein gleiches Wahlrecht auf  
1976 allen Ebenen gekoppelt ist. Die Menschen Europas brauchen ein Parlament, das  
1977 diesen Namen verdient hat, in dem jede Stimme gleich viel zählt und Menschen die  
1978 Chance haben, für ihre Interessen unabhängig von längst überholter  
1979

1980 Nationalitäten zu stimmen. Die Kommission wird durch eine echte Regierung  
1981 ersetzt, die demokratisch bestimmt wird. Was wir brauchen ist ein Europa der  
1982 Bürger\*innen, nicht der Regierungen. Auch der Rat verliert hierdurch seine  
1983 Existenzberechtigung: Eine echte europäische Demokratie mit einem richtigen  
1984 Parlament und einer wirklichen Regierung braucht diese Institution nicht mehr.  
1985 Die Stärkung der europäischen Demokratie setzt auch eine gemeinsame europäische  
1986 Öffentlichkeit voraus. Wir setzen uns deshalb für europäisch geförderte,  
1987 öffentlich-rechtliche Medien in allen Sprachen ein.  
1988 Der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte darf sich jedoch nicht nur auf die  
1989 EU beschränken, sondern muss auch die Leitlinie der europäischen Außenpolitik  
1990 sein. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit und insbesondere Waffenlieferungen an  
1991 Autokrat\*innen wie Erdogan deshalb ab und fordern ein stärkeres Eintreten der EU  
1992 für Menschenrechte. Es kann nicht sein, dass die EU bei einem Massaker an der  
1993 Zivilbevölkerung, wie es gerade bei dem Angriff der Türkei auf die Kurd\*innen in  
Afrin stattfindet, wegschaut!

#### 1994 **4. Auf zu einem anderen Europa - Wie geht es weiter?**

1995 Wir wollen im Frühjahr 2019 eine schlagkräftige und eigenständige Kampagne mit  
1996 dem gesamten Verband umsetzen. Diese Kampagne soll von einem Wahlkampfteam  
1997 erarbeitet werden. Dieses Wahlkampfteam wird aus fünf Mitgliedern, die auf dem  
1998 51. Bundeskongress im Herbst 2018 gewählt werden, sowie den Sprecher\*innen, der  
1999 Politischen Geschäftsführung und zwei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands  
2000 bestehen. Hierbei sollen parallel stattfindende Wahlen bedacht und  
2001 gegebenenfalls Landesvorstände zusätzlich eingebunden werden. Bei der Planung  
2002 der Kampagne soll bedacht werden, wie strukturschwache Landesverbände  
2003 unterstützt werden können, schließlich wird es im Wahlkampf auch darum gehen,  
2004 wie strukturschwache Regionen in Europa besser angebunden werden können. Der  
2005 Bundesvorstand entwickelt in den nächsten Monaten den Rahmen für die Kampagne.  
2006 Das Wahlkampfteam hat die Aufgabe, darauf aufbauend konkrete Kampagneninhalte zu  
2007 entwickeln, diese kreativ umzusetzen und die Durchführung der Kampagne zu  
2008 planen. Der Finanzvorbehalt liegt dabei bei der Schatzmeisterei, die  
2009 Letztentscheidungskompetenz beim Bundesvorstand.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **K2-Beschluss: Bezahlbares und angstfreies Leben für alle - Unsere Wohnraumkampagne 2018!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

### 2010 **Schlagkräftig voran - unser Kampagnenpotenzial ausbauen**

2011 Im letzten Jahr haben wir als GRÜNE JUGEND bewiesen, dass wir eine  
2012 schlagkräftige Kampagne umsetzen und viele Menschen erreichen können. Wir haben  
2013 neue Formen der Kampagne ausprobiert, als Verband dazu gelernt und unsere  
2014 Kampagnenfähigkeit ausgebaut. Darauf gilt es nun aufzubauen. Wir wollen noch  
2015 schlagkräftiger werden, als Verband noch besser zusammenarbeiten und als GRÜNE  
2016 JUGEND noch sichtbarer werden. Deshalb werden wir in diesem Sommer eine Kampagne  
2017 zum Thema Wohnen machen. Wir wollen mit einer eigenständigen,  
2018 wahlkampfunabhängigen Kampagne zeigen, dass wir auch außerhalb von Wahlen  
2019 Menschen mobilisieren können und unsere eigenständigen Inhalte auf die Straße  
2020 bringen. Wir wollen noch mehr Menschen für junggrüne Visionen begeistern, sie  
2021 politisieren und dazu ermutigen mit uns gemeinsam für eine solidarische  
2022 Gesellschaft zu streiten!

### 2023 **Warum Wohnraum? Wohnen als zentrale Gerechtigkeitsfrage!**

2024 Unsere Generation ist viel unterwegs und wechselt häufig den Wohnort. Die Frage  
2025 nach gutem und bezahlbarem Wohnraum treibt gerade junge Menschen um, wie kaum  
2026 eine andere. Wir wollen, dass junge Menschen in allen Lebenslagen selbstbestimmt  
2027 leben und damit auch wohnen können. Doch im Moment läuft einiges schief.

### 2028 **Schluss mit steigenden Mieten - bezahlbar und angstfrei Wohnen!**

2029 Die Mieten in großen Städten steigen ins Unermessliche, viele Menschen werden  
2030 aus ihren Vierteln verdrängt und können sich wenn dann noch ein winziges WG-  
2031 Zimmer am Stadtrand leisten. Die Wohnungssuche wird zur Tortur. Gerade viele  
2032 Studierende und Auszubildende verbringen viele frustrierende Stunden auf WG-  
2033 Gesucht und müssen ewig auf aussichtsreiche Zimmer warten. Dazu kommt immer das  
2034 Wissen im Hinterkopf: ohne reiche Eltern kann man die meisten Wohnungen sowieso  
2035 vergessen. Denn das BAFÖG reicht nicht für die Miete und sozialer Wohnraum ist  
2036 Mangelware. Von Bürgschaften und sehr hohen Kauttionen ganz zu schweigen. Gerade  
2037 in großen Städten wird Wohnraum immer mehr zum Spekulationsobjekt von u.a.  
2038 großen Unternehmen. Doch für uns ist klar: Gutes Wohnen darf nicht vom  
2039 Geldbeutel abhängen. Das rasante Tempo des Anstiegs der Wohn- und Lebenskosten  
2040 muss gestoppt werden. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum - für ein bezahlbares und  
2041 angstfreies Leben für alle. Denn dein Zuhause ist wichtiger als Profite!

2042

2043 Deshalb fordern wir:

2044 - Schluss mit der Privatisierung von Wohnraum

2045 - Investitionen in sozialen Wohnungsbau und Stärkung von Landeseigenen  
2046 Wohnungsbauunternehmen

2047 - eine echte Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher

2048 **Schluss mit Kaputtsparpolitik - lebenswertes Wohnen überall!**

2049 Doch während in großen Städten die Mieten immer weiter ansteigen, verfallen  
2050 anderswo Häuser, weil niemand dort wohnen will, wo es nicht mal einen Supermarkt  
2051 oder eine Bushaltestelle um die Ecke gibt. Gerade in den neuen Bundesländern  
2052 sterben ganze Landstriche aus, viele Menschen im ländlichen Raum fühlen sich  
2053 abgehängt. Doch auch in Städten, wie z.B. im Ruhrpott, nimmt die Lebensqualität  
2054 aufgrund von mangelnden Freizeit-, Sport- oder Kulturangeboten immer weiter ab.  
2055 Gerade junge Menschen wollen nicht dort bleiben, wo Freiräume und Orte des  
2056 lebendigen Zusammenseins immer weiter verschwinden - sei es das Jugendzentrum,  
2057 der grüne Park oder der Bolzplatz. Das ist die Folge der vollkommen  
2058 fehlgeleiteten Kaputtsparpolitik der Großen Koalition. Durch das Festhalten an  
2059 der Schwarzen Null werden ganze Kommunen in Grund und Boden gespart. Das wollen  
2060 wir ändern. Denn gutes Wohnen heißt für uns mehr als nur ein Dach über dem Kopf.  
2061 Wir wollen Teilhabe und das gute Leben für alle Menschen schaffen - sowohl in  
2062 der Stadt als auch auf dem Land. Denn dein Zuhause ist wichtiger als die  
2063 Schwarze Null!

2064

2065 Deshalb fordern wir:

2066 - Endlich Geld in die Hand nehmen: Investitionen in soziale und lebensnotwendige  
2067 Infrastruktur

2068 - Kostenloser ÖPNV für echte Teilhabe

2069 - Freizeit- und Kulturangebote im ländlichen Raum fördern

2070 **Wir wollen mehr - guter und bezahlbarer Wohnraum für alle!**

2071 Wir werden nicht länger akzeptieren, dass Wohnungssuche für viele Menschen mit  
2072 Angst verbunden ist. Für uns ist das Thema Wohnen eine der zentralen  
2073 Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit und eine zentrale Stellschraube im Kampf gegen  
2074 Armut und Ausgrenzung und für Teilhabe und ein solidarisches Zusammenleben.  
2075 Wohnen ist für uns keine Ware, sondern ein Recht. Wir wollen, dass du  
2076 selbstbestimmt entscheiden kannst, wo du wohnen willst. Und wir streiten dafür,  
2077 dass du unabhängig von deinem Geldbeutel überall gut leben kannst - egal ob in  
2078 der Stadt oder auf dem Land. Denn dein Zuhause ist uns wichtig!

2079 **Wie geht's weiter?**

2080 Der Bundesvorstand wird in enger Zusammenarbeit mit den Landesvorständen  
2081 aufbauend auf diesem Beschluss die Kampagne erarbeiten. Wir wollen auf den  
2082 Erfolgen aus dem letzten Jahr aufbauen und auf Dezentralisierung und Stärkung  
2083 der Ortsgruppen setzen. Wir sind als Verband zusammengewachsen. Daran wollen wir  
2084 anknüpfen, indem wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen noch verbessern

2085 und eine Anpassung der Kampagne auf lokale Gegebenheiten ermöglichen. Unser Ziel  
2086 ist es mit der Kampagne junge Menschen zu erreichen, zu politisieren und zu  
2087 mobilisieren und gleichzeitig unser Kampagnenpotenzial auszubauen. Die  
2088 Kampagnenarbeit besteht dabei für uns nicht unabhängig von den sonstigen  
2089 Aktivitäten im Verband, sondern soll mit Bildungsveranstaltungen und  
2090 Methodenschulungen zusammen gedacht und verbunden werden. Lasst uns zusammen  
2091 anpacken und auf der Straße und im Netz zeigen, dass eine andere Zukunft möglich  
2092 ist - los geht's!

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **P1-Beschluss: Perspektiven für die Grüne Jugend - weiter gehts!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 9. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND

2093 Als GRÜNE JUGEND wollen wir uns im Rahmen unseres Perspektivenprozesses damit  
2094 beschäftigen, wie wir uns als schlagkräftiger Verband aufstellen können. Dafür  
2095 wählen wir auf dem 50. Bundeskongress eine AG Perspektiven. Dieser Antrag soll  
2096 den Rahmen für den Perspektivenprozess abstecken und die Arbeitsgrundlage für  
2097 die AG Perspektiven bilden.

### **2098 Wo wir stehen:**

2099 Als GRÜNE JUGEND haben wir uns im letzten Jahr stark weiterentwickelt: Wir haben  
2100 mit tausend Aktivist\*innen gemeinsam eine Kampagne in der ganzen Bundesrepublik  
2101 durchgeführt, etliche Ortsgruppen haben sich in den letzten Monaten gegründet  
2102 und viele Leute sind neu dazugekommen. Gleichzeitig konnten wir unsere  
2103 Strukturen professionalisieren und die Vernetzung der verschiedenen Ebenen  
2104 vorantreiben. Das ist großartig! Und es ist auch notwendig: Denn wir sehen uns  
2105 vier weiteren Jahren Großer Koalition gegenüber, die vier weitere Jahre  
2106 Stillstand bedeuten. Gleichzeitig sind rechte Parteien und Ideen auf dem  
2107 Vormarsch und bedrohen unsere Demokratie und unseren Kampf für eine freie  
2108 Gesellschaft. Es war selten so wichtig wie jetzt, dem gesellschaftlichen  
2109 Rechtsruck und dem lähmenden Stillstand eine progressive Politik  
2110 entgegenzusetzen. Um das zu schaffen, müssen wir als Verband schlagkräftiger  
2111 werden. Gleichzeitig bietet sich uns auch eine Chance: Viele junge Leute sind  
2112 unzufrieden mit der Politik und wollen, dass sich etwas ändert. Wir wollen der  
2113 Ort sein, an dem diese Menschen für eine bessere Welt streiten. Dafür müssen wir  
2114 noch mehr Menschen einbinden.

2115 Wir wollen auf dem Potenzial, das wir in den letzten Jahren entwickelt haben,  
2116 aufbauen. Dafür dürfen wir nicht einfach stehen bleiben, sondern müssen uns als  
2117 Verband weiterentwickeln. Denn teilweise sind unsere Strukturen veraltet und  
2118 nicht dafür geeignet, die demokratische Einbindung von vielen Menschen und eine  
2119 gleichzeitige Professionalisierung unserer Arbeit zu ermöglichen. Deshalb  
2120 starten wir jetzt in unseren Perspektivenprozess: Wir müssen jetzt diesen  
2121 Verband weiterentwickeln, damit wir gemeinsam noch stärker werden und eine  
2122 wirkliche Gesellschaftsveränderung denkbar und realisierbar machen!

### **2123 Was wir vorhaben:**

2124 Die Auseinandersetzung mit Strukturen ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein  
2125 Mittel, um unsere politischen Ziele besser verwirklichen zu können. Wir  
2126 verändern unsere Strukturen, um eine bessere Umsetzung unserer Strategie zu  
2127 ermöglichen. Am Beginn des Perspektivenprozesses muss deshalb die Frage nach  
2128 unseren strategischen Zielen für die nächsten Jahre stehen:

2129 Wie wollen wir unser neu gewonnenes Potenzial nutzen? Wie können wir unsere  
2130 antifaschistischen Ziele in die politische Praxis übersetzen? Welche Rolle kann  
2131 die GRÜNE JUGEND in einer linken Strategie gegen den Rechtsruck einnehmen?

2132 Wie können wir angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Lage politische  
2133 Utopien aufrechterhalten und wieder für viele Menschen denkbar und zugänglich  
2134 machen? Wie kommen wir als progressive Kraft wieder in die Offensive?

2135 Diese Fragen wollen wir unter dem Motto „Perspektiven schaffen“ im nächsten Jahr  
2136 in einer breit angelegten Strategiedebatte diskutieren. In diesem Prozess soll  
2137 es darum gehen, Visionen und Ziele für eine jung-grüne Politik zu formulieren.  
2138 Im Zentrum des Perspektivenprozesses steht für uns der politische Zweck unserer  
2139 Organisation.

2140 Im nächsten Schritt wollen wir uns auf dieser Grundlage fragen, wie wir uns als  
2141 Verband aufstellen müssen, um diese Ziele Wirklichkeit werden zu lassen. Was  
2142 läuft bereits gut, worauf können wir aufbauen? Wo müssen wir uns noch  
2143 weiterentwickeln und wie müssen sich unsere Strukturen dafür verändern?

2144 Dabei wollen wir drei Aspekte in das Zentrum der Debatte rücken und als  
2145 Leitlinien für unsere Strukturdebatte definieren:

2146 • Demokratisierung: Unser Ziel ist es, junge Menschen zum politischen Denken  
2147 und Handeln zu ermächtigen. Dafür müssen wir ihnen die Möglichkeit geben,  
2148 selbst politisch aktiv zu werden, aktiv am Verband teilzuhaben und ihn  
2149 mitzugestalten. Dieses Ziel ist gerade bei einem wachsenden Verband eine  
2150 große Herausforderung, doch darum umso wichtiger. Denn auch wenn es  
2151 bequemer und einfacher ist, unter sich zu bleiben, muss es doch unser  
2152 Anspruch sein, viele Menschen zu politisieren, zu mobilisieren und  
2153 einzubinden.

2154 • Professionalisierung: Eine echte Demokratisierung kann jedoch nur dann  
2155 gelingen, wenn wir unsere Strukturen professionalisieren. Denn viele  
2156 Menschen haben weder Lust noch Kraft, ihre Zeit in ineffektive Strukturen  
2157 zu investieren. Insbesondere muss es unser Ziel sein, die Ortsgruppen als  
2158 Ort des politischen Mitwirkens zu stärken und ihnen eine professionellere  
2159 Arbeit zu ermöglichen. Außerdem wollen wir unsere Kampagnenarbeit  
2160 verbessern, um mehr Menschen zu erreichen, und unser Potenzial im Rahmen  
2161

2162 der Bildungsarbeit ausbauen, um mehr Menschen an Politisierungsprozessen  
2163 teilhaben zu lassen.

- 2163 • **Befähigung:** Die Demokratisierung und Professionalisierung kann nur dann  
2164 gelingen, wenn wir Menschen im Verband haben, die in der Lage sind, sie  
2165 umzusetzen. Viel zu oft verlieren wir Menschen, da sie sich von ihren  
2166 Aufgaben überfordert fühlen oder ausbrennen. Das wollen wir ändern. Wir  
2167 wollen unseren Aktiven auf allen Ebenen, insbesondere in den Ortsgruppen,  
2168 das Werkzeug an die Hand geben, Verantwortung zu übernehmen und politisch  
2169 zu wirken. Das setzt einen besseren Wissenstransfer, klarere  
2170 Verantwortlichkeiten, bessere Methodenbildung und eine effektivere  
2171 Vernetzung der Ebenen voraus.

## 2172 **Wo unsere Schwerpunkte liegen:**

2173 Mit Blick auf diese drei Leitlinien und Zielsetzungen soll sich die  
2174 Perspektivengruppe insbesondere mit folgenden vier Schwerpunktbereichen  
2175 beschäftigen. Dabei ist klar, dass die verschiedenen Bereiche auch an vielen  
2176 Stellen ineinandergreifen und zusammen gedacht werden müssen.

### 2177 **1. Schlagkräftig vor Ort - und auf allen Ebenen!**

2178 Wenn wir noch mehr Leute einbinden wollen, brauchen diese Menschen eine  
2179 Anlaufstelle und einen Ort, an dem sie politisiert werden können. Diese  
2180 Anlaufstellen soll es auf allen Ebenen geben, doch am dringendsten werden sie  
2181 lokal gebraucht. Im letzten Jahr haben wir auf Dezentralisierung und  
2182 Unterstützung der Ortsgruppen gesetzt. Diese Strategie hat sich bewährt, darauf  
2183 wollen wir aufbauen. Deshalb wollen wir im Perspektivenprozess Wege finden,  
2184 unsere Ortsgruppen zu stärken und ihre Arbeit zu professionalisieren. Wir  
2185 begreifen unsere Ortsgruppen als Kernstück des Verbands und wollen sie in dessen  
2186 offizielle Struktur eingliedern. Wir wollen eine aktive und lebendige Basis. Das  
2187 heißt für uns jedoch nicht, lokale Eigenbrötelei, sondern eine starke lokale  
2188 Ebene, die vor Ort verankert und gleichzeitig fest in den Verband mit starken  
2189 Strukturen eingebunden ist. Wir wollen eine gemeinsame Analyse, Strategiebildung  
2190 und ein gemeinsames Agieren im Verband ermöglichen. Dafür brauchen wir  
2191 Ortsgruppen, Landesvorstände und einen Bundesvorstand, die individuell stark  
2192 aufgestellt und gleichzeitig gut vernetzt sind. Denn Organisation ist kein  
2193 Nullsummenspiel. Alle Ebenen sind gemeinsam für den Verband verantwortlich und  
2194 die GRÜNE JUGEND ist dann am schlagkräftigsten, wenn alle Ebenen stark sind!

### 2195 **2. Gute Bildungsarbeit auf allen Ebenen!**

2196 Eine der wichtigsten Grundlagen unserer Arbeit ist die Bildungsarbeit. Wir  
2197 wollen Menschen dabei unterstützen, ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln und  
2198



2199 die Welt um sich herum zu verstehen. Bildungsarbeit hilft uns dabei, uns nicht  
2200 im politischen Alltagsgeschäft zu verlieren, sondern unser politisches  
2201 Engagement immer wieder zu reflektieren und neue Ideen zu entwickeln. Dabei  
2202 betrachten wir Bildungsarbeit nicht getrennt von unseren anderen politischen  
2203 Aktivitäten, sondern wollen Theorie und Praxis zusammen denken und aufeinander  
2204 aufbauen. Dafür brauchen wir gute und tiefgehende Bildungsarbeit, die unsere  
2205 Mitglieder mitnimmt - und zwar nicht nur auf Bundes- und Landesebene. Wir wollen  
2206 neue Konzepte für die Bildungsarbeit in den Ortsgruppen erarbeiten und die  
2207 Ortsgruppen in der Umsetzung von Bildungsarbeit unterstützen. Gleichzeitig  
2208 wollen wir uns fragen, wie wir Bildungsarbeit auf der Bundesebene organisieren  
2209 und demokratisch legitimieren können und wie wir die Verantwortlichkeit in der  
2210 Bildungsarbeit stärken und die Verantwortlichen besser unterstützen und  
befähigen können.

### 2211 **3. Feministische Grundsätze umsetzen!**

2212 Als queerfeministischer Verband spielt die FIT-Förderung für uns eine zentrale  
2213 Rolle. Denn Feminismus ist für uns nicht nur eine Forderung, die wir nach außen  
2214 tragen, sondern auch ein Anspruch, den wir an unsere eigenen Strukturen stellen.  
2215 Trotz dieser Überzeugung gibt es immer wieder Schwierigkeiten mit der FIT-  
2216 Förderung, insbesondere in kleinen Landesverbänden und Ortsgruppen. Im Rahmen  
2217 des Perspektivenprozesses wollen wir uns fragen, wie wir Ortsgruppen und  
2218 Landesverbände in der FIT-Förderung besser unterstützen und verschiedene Akteure  
2219 in diesem Bereich stärker vernetzen können. Unser Ziel ist es, FIT-Personen auf  
2220 allen Ebenen zu stärken und zu empowern und damit Gleichstellung im gesamten  
2221 Verband zu erreichen. Dafür müssen wir auch die vergangenen Reformen,  
2222 Diskussionen und Schritte in diesem Bereich evaluieren, offen über Probleme  
2223 sprechen und uns überlegen, wo sich hier noch Handlungsbedarf ergibt. Außerdem  
2224 wollen wir uns überlegen, wie wir FIT-Förderung noch stärker als bisher als  
2225 Querschnittsaufgabe aller Personen und Gremien, die Verantwortung tragen, im  
2226 Verband etablieren können.

### 2227 **4. Bundesebene neu denken und neu gestalten!**

2228 All das können wir nur mit einer starken Bundesebene erreichen. Im  
2229 Perspektivenprozess wollen wir deshalb darüber sprechen, wie wir die Arbeit auf  
2230 der Bundesebene professionalisieren können. Bisher haben wir das Problem, dass  
2231 verschiedene Akteure auf Bundesebene aneinander vorbei arbeiten. Wir wollen Wege  
2232 finden, verschiedene Prozesse innerhalb des Verbands auf Bundesebene besser  
2233 zusammenzuführen, und ein stärkeres Ineinandergreifen der verschiedenen  
2234 Aufgabenbereiche sicher stellen. Darüber hinaus wollen wir uns damit  
2235 beschäftigen, wie wir Diskussionen innerhalb des Verbandes besser  
2236 zusammenbringen können, denn verbandsweite Diskussionen müssen auch außerhalb  
2237 von Bundeskongressen möglich sein. Was sind Orte für Austausch und  
2238 Zusammenarbeit? Außerdem werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir  
2239

2240 einen besseren Wissenstransfer schaffen, um neuen Leuten den Einstieg zu  
2241 erleichtern, und gleichzeitig erfahrene Menschen besser und länger einbinden  
können.

2242 **Wie der Prozess aussieht:**

2243 Auf dem 50. Bundeskongress werden fünf Personen für die AG Perspektiven auf ein  
2244 Jahr gewählt. Außerdem entsendet der Bundesvorstand ein Mitglied aus dem  
2245 Geschäftsführenden Bundesvorstand. Die AG Perspektiven soll den  
2246 Perspektivenprozess genauer konzipieren, leiten, gemeinsam mit dem  
2247 Bundesvorstand im Verband etablieren und schlussendlich in konkrete Vorschläge  
2248 für die Entwicklung der Strukturen der GRÜNEN JUGEND münden lassen. Die  
2249 Haushaltsmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe, wie zum Beispiel für Sitzungen,  
2250 werden im Haushalt zur Verfügung gestellt, über die konkrete Verwendung  
2251 entscheidet die Schatzmeistererei.

2252 Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, eng mit der AG Perspektiven  
2253 zusammenzuarbeiten und sie dabei zu unterstützen, die Zwischenstände und  
2254 Ergebnisse in den Verband zu tragen und ihre Diskussion zu unterstützen.

2255 Wie oben beschrieben, soll die AG Perspektiven sich zunächst damit  
2256 auseinandersetzen, wo wir als Verband hinwollen, was uns dafür fehlt und dann  
2257 aufbauend Schritte entwickeln, wie wir dort hinkommen. Dafür sind vorläufig  
2258 folgende Schritte vorgesehen.

2259 **Im ersten Halbjahr:**

2260 Schritt 1: Zielsetzung: Wo kann die GRÜNE JUGEND hingehen? Wie wollen wir uns in  
2261 Zukunft aufstellen?

2262 Schritt 2: Verbandsanalyse - Was läuft gut? Wo haben wir noch ungenutztes  
2263 Potenzial?

2264 Schritt 3: Welche strukturellen Veränderungen brauchen wir, um unsere Ziele zu  
2265 erreichen?

2266 Schritt 4: Wie kann die konkrete Umsetzung dieser Vorschläge aussehen?

2267 **Im zweiten Halbjahr:**

2268 Schritt 1: Zwischenstand: Wie weit sind wir mit Blick auf die Zielsetzung  
2269 bereits gekommen?

2270 Schritt 2: Wie können die Veränderungen in den Landesverbänden und Ortsgruppen  
2271 implementiert werden?

2272 Schritt 3: Evaluation und Dokumentation

2273 Dieser Prozess soll auf einer breiten Debatte im Verband fußen und eine starke  
2274 Beteiligung der Mitglieder und Akteur\*innen innerhalb der GRÜNEN JUGEND  
2275 gewährleisten. Beteiligung heißt dabei für uns nicht einfach, über einzelne  
2276 Satzungsänderungen zu diskutieren, sondern vor allem, dass wir gemeinsam über  
2277 die politischen Zielsetzungen des Perspektivenprozesses sprechen und eine  
2278 gemeinsame Analyse des Verbands und Strategie entwickeln. Der politische Zweck  
2279 der strukturellen Veränderungen soll auch hier im Zentrum stehen. Im ersten  
2280 Halbjahr sind zwei Beteiligungsschleifen vorgesehen:

2281 Schleife 1: Debatte über Analyse und Zielsetzung (zu Schritt 1 und 2)

2282 Schleife 2: Feedback und Diskussion zu möglichen Veränderungen (zwischen Schritt  
2283 3 und 4)

2284 Die AG Perspektiven wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bundesvorstand Konzepte  
2285 zur genauen Ausgestaltung dieser Beteiligungsschleifen auszuarbeiten. Lasst uns  
2286 den Perspektivenprozess gemeinsam nutzen, um Debatten zu führen, als Verband  
2287 schlagkräftiger zu werden und Wege zu finden, wie wir unsere jung-grünen  
2288 Visionen wieder denk- und realisierbar machen können.

## **V3-Beschluss - Gegen jeden Maskulinismus**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2297 Die GRÜNE JUGEND positioniert sich klar gegen jede Form von Maskulinismus, wir  
2298 werden immer laut unsere Stimme gegen die antifeministische und frauenfeindliche  
2299 Männerrechtsbewegung erheben!

2300 Maskulinist\*innen sehen eine naturbedingte Überlegenheit von Männern und  
2301 argumentieren, dass Feminist\*innen eine Unterdrückung der Männer anstreben. Sie  
2302 lehnen Gleichstellungspolitik ab und wollen, dass Frauen\* vor allem  
2303 Reproduktionsarbeit leisten oder schlecht bezahlte Arbeit erledigen.  
2304 Konsequenterweise werden Vergewaltigungen in der Ehe negiert. Die von  
2305 Maskulinist\*innen imaginierte weibliche Herrschaft zeige sich durch die fehlende  
2306 Bereitschaft von Frauen\* gefährliche und schwere Arbeit, wie zum Beispiel auf  
2307 der Baustelle, zu übernehmen und durch die von Frauen\* erhobenen "Vorwürfe" von  
2308 Vergewaltigungen. Diese seien in ihrer kruden Weltsicht ein feministisches  
2309 Druckmittel.

2310 Die Männerrechtsbewegung sieht Männer seit Anfang der 70er Jahre als  
2311 benachteiligt und pflegt eine männliche Opferideologie, die mit zutiefst  
2312 antifeministischen Argumentationen verknüpft ist. Die Bewegung ist zutiefst  
2313 homofeindlich, und glaubt an ein archaisches Männerideal. Die Bewegung versucht  
2314 als soziale Bewegung aufzutreten und hat als solche Kontakte zur extremen und  
2315 neuen Rechten.

2316 Antifeministische Grundpositionierungen sind Teil rechter und neonazistischer  
2317 Ideologie, da die "Volksgemeinschaft" eine traditionell-dichotome Konstruktion  
2318 von Männlichkeit und Weiblichkeit voraussetzt.

2319 Die GRÜNE JUGEND betrachtet Maskulinismus als gruppenbezogene  
2320 Menschenfeindlichkeit und positioniert sich klar und laut gegen jede Form des  
2321 Maskulinismus, Antifeminismus und der Homophobie!

### **Begründung**

Als Hintergrundinformation eignet sich die Expertise des Gunda Werner Institut: <https://www.gwi->

[boell.de/sites/default/files/antifeministische\\_maennerrechtsbewegung.pdf](http://boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf)

## **V9-Beschluss: Klimaschutz. Konsequenz!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2459 Ein gerechtes Klima für alle ist eines der grundlegenden Ziele der GRÜNEN  
2460 JUGEND. Vor diesem Hintergrund sehen wir ein massives Voranschreiten der  
2461 Klimakrise. Gleichzeitig leisten insbesondere Staaten des Globalen Nordens einen  
2462 viel zu geringen Beitrag, wenn es um den Umgang mit der Klimakrise geht.  
2463 Insbesondere bei Emissionsreduktionen und Klimafinanzierung ist zu beobachten,  
2464 dass Staaten ihre Zusagen und Versprechen nicht halten.  
2465 Daher ist die Einrichtung von stärkeren Einhaltungsmechanismen notwendig. Wir  
2466 unterstützen weiterhin Bestrebungen ambitionierte klimapolitische Zielsetzungen  
2467 und Maßnahmenpakete in nationales und supranationales Recht zu übernehmen. Wir  
2468 fordern dabei eine Einklagbarkeit nationaler und ggf. supranationaler  
2469 Zielsetzung unter der Voraussetzung eines funktionierenden Rechtsapparats.  
2470 Damit einhergehen muss die Bekämpfung von Schlupflöchern, wie sie insbesondere  
2471 bei Emissionshandelsystemen sowie der Klassifizierung von Finanzmitteln und  
2472 ökologischen Treibhausgasen zu finden sind. Daher schließt sich in diesem  
2473 Kontext für die GRÜNE JUGEND die Forderung nach vergleichbaren  
2474 Transparenzrahmenwerken an, deren Grundlage vergleichbare und belastbare  
2475 Verfahren zur Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung der Zusagen von  
2476 Staaten sind. Dafür müssen insbesondere für finanzschwache Staaten entsprechende  
2477 Ressourcen bereitgestellt werden.

### **Begründung**

Beim Klimaschutz fehlt es vielfach an Konsequenz. Zusagen werden gemacht und dann doch nicht eingehalten. Dafür werden um so mehr Sonntagsreden gehalten. Bestes Beispiel ist Angela Merkel die sich vor der Kulisse eines Gletchers als Klimakanzlerin profiliert hat. Für das Klima getan hat sie allerdings herzlich wenig. Im Gegenteil: Sie hat sogar in Brüssel dafür gesorgt das deutsche Autobauer von strengeren Abgaswerten verschont blieben. Zu allem Überfluss wurden erst kurzlich die Klimaziele von der neuen Bundesregierung über Bord geworfen. Das zeigt, das die Bundesregierung sich für den Klimaschutz, wenn überhaupt, nur dann interessiert wenn man sich damit profilieren kann. Aus diesem Grunde braucht es verbindliche Regeln und Sanktionen, damit Klimaziele nicht einfach so über Bord geworfen werden können, wenn es gerade genehm ist.

Das diese Regeln bitter nötig sind, zeigen die Prognosen. Es erscheint schon jetzt so gut wie unmöglich das in Paris gesteckte Ziel sogar unter 1,5 Grad Erderwärmung zu bleiben. Inseln wie die Fidjis (die die

Schirmherrschaft der Klimakonferenz in Bonn innehaben) haben schon heute Probleme und die Bevölkerung leidet. Menschen flüchten wegen dem Klima, auch zu uns. Arten sterben. Natur und Menschen leiden. Wir haben keine Zeit. Wir müssen jetzt handeln. Und zwar konsequent!

<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1468-2516.2010.00325.x>

**V12-Beschluss: Keine deutsche Innenpolitik für Erdogan –  
Entkriminalisierung der kurdischen und türkischen Opposition in  
Deutschland!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2478 Mit den Gezi-Protesten, dem fulminanten Einzug  
2479 der HDP in das türkische Parlament und dem Militärputsch hat das AKP-Regime  
2480 massiv an demokratischer Legitimation verloren. Dass sein Zenit an  
2481 demokratischer Macht überschritten  
2482 ist, hat Erdogan seitdem wesentlich damit kompensiert, die Türkei als  
2483 autoritären Führerstaat auf ihn und die AKP zuzuschneiden. Dies wird begleitet  
2484 von einer gewaltigen Propaganda- und Ideologieproduktion, die den politischen  
2485 Islamismus mit autoritärem Neoliberalismus und der Überhöhung des „Türkentums“  
2486 kombiniert. Die Kehrseite dieser faschistoiden Medaille ist die  
2487 vernichtungsideologisch  
2488 motivierte Gleichschaltung politischer Gegner\*innen und die Assimilation  
2489 ethnischer Minderheiten.  
2490  
2491  
2492 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in und die Annexion von Afrin ist, neben  
2493 geostrategischen und ökonomischen Interessen, deshalb wesentlich die Fortführung  
2494 der türkischen Innenpolitik mit anderen Mitteln. Die Kurd\*innen – auch die in  
2495 Syrien – sind das „ideale“ Feindbild des AKP-Regimes: Gleichzeitig ethnische  
2496 Minderheit UND politische Opposition. Nicht nur innerhalb der Türkei: Der  
2497 „demokratische Konföderalismus“ in Rojava ist ein radikaler Gegenentwurf zum  
2498 AKP-Regime – und die offensichtliche Entlarvung der Lüge, die Kurd\*innen seien  
2499 Terrorist\*innen und Erdogan der Garant des Friedens.  
2500  
2501  
2502 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-  
2503 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit einem Regime, das  
2504 die Türkei immer offensichtlicher Richtung Faschismus treibt, sind scheinbar  
2505 wichtiger als die Anerkennung der kurdischen Leistungen bei der Bekämpfung des  
2506 Islamischen Staates, wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der  
2507 Türkei und Nordsyrien, wichtiger als Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten  
2508 Region und wichtiger als das Völkerrecht.  
2509 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-



2510 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit diesem faschistoiden  
2511 Regime sind scheinbar wichtiger als die Anerkennung der kurdischen Leistungen  
2512 bei der Bekämpfung des  
2513 Islamischen Staates, wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der  
2514 Türkei und Nordsyrien, wichtiger als Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten  
2515 Region und wichtiger als das Völkerrecht. Diese Friedens- und  
2516 Demokratiefeindlichkeit drückt sich nicht nur durch  
2517 Rüstungsexporte in die Türkei, der unangebrachten diplomatischen Zurückhaltung  
2518 angesichts dieser brutalen Eskalation und die Subvention des AKP-Regimes durch  
2519 den „Flüchtlingsdeal“ aus. . Insbesondere legen Bundes- und Landesregierungen  
2520 und deren Behörden absurde Doppelstandards an die Ableger der unterschiedlichen  
2521 politischen Akteur\*innen in Deutschland an: So lässt die politisch angeblich  
2522 neutrale Ditib ihre Imame für einen erfolgreichen Angriffskrieg die Siegessure  
2523 beten[1], in der es unter anderem heißt: „Doch wer an Allah und Seinen Gesandten  
2524 nicht glaubt – gewiß, so haben Wir für die Ungläubigen eine Feuerglut bereitet.“  
2525 Die Ditib bietet außerdem Jugendreisen zu „unserem großen Heerführer [Erdogan]“  
2526 an [2] - und betreibt damit Propaganda für einen Völkerrechtsbruch -,  
2527 gleichzeitig gibt es Staatsverträge mit genau diesem Verband[3]. In Hessen ist  
2528 die Ditib sogar als Religionsgemeinschaft anerkannt [2].

2529 Andererseits werden die kurdische Bewegung und linke türkische  
2530 Oppositionsgruppen massiv kriminalisiert. So wird zum Beispiel die „Föderation  
2531 der Demokratischen Arbeitervereine e.V.“ (DIDF) vom Verfassungsschutz als  
2532 „linksextrem“ eingestuft, denn diese „prangert vor allem angebliche[!]  
2533 Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“ [4] an. Im Falle der kurdischen  
2534 Bewegung hat Deutschland bereits 1993 und in Folge dessen auch die EU 2002 die  
2535 PKK als „Terrororganisation“ eingestuft. Kurdische Symboliken sind umfassenden  
2536 Verboten ausgesetzt, bereits das Zeigen von Fahnen kann zu Hausdurchsuchungen  
2537 führen [5]. Fast gegen alle Möglichkeiten, sich im Sinne einer kurdisch-linken  
2538 Bewegung zu engagieren werden vom instrumentellen Terrorbegriff des  
2539 Verfassungsschutzes erfasst, indem diverse Vereine und Gruppen in die Nähe der  
2540 PKK gerückt werden [6]. Zuletzt wurde mit der Razzia und der Schließung des  
2541 Mezopotamien-Verlags und der MIR Multimedia GmbH die Presse- und damit die  
2542 Meinungsfreiheit für Kurd\*innen in Deutschland de facto abgeschafft [7].  
2543 Unabhängig davon ob eine Organisation unsere Ziele teilt, darf diese nicht nur  
2544 auf Grund einer kurdischen Prägung verfolgt werden. Wir stellen uns als GRÜNE  
2545 JUGEND gegen die rassistische Diskriminierung von Kurd\*innen als "Terroristen"  
2546 und für rechtstaatliche Grundsätze!

2547 **Petition:**

- 2548 • Die GRÜNE JUGEND verurteilt das Agieren der Regierung und der  
2549 Innenbehörden hinsichtlich der Kriminalisierung von Engagements, die sich  
2550 gegen das AKP-Regime richten, insbesondere das von Kurd\*innen.

- 2551 • Die GRÜNE JUGEND erklärt sich solidarisch mit allen Opfern dieser  
2552 ungerechtfertigten Repression.
- 2553 • Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND eine umfassende  
2554 Neubewertung der Organisationen der kurdischen Bewegung und der türkischen  
2555 Linken durch die deutsche Regierung und deren Sicherheitsbehörden. Dabei  
2556 ist zu berücksichtigen, dass der instrumentelle Terrorismusbegriff, den  
2557 die Türkei anwendet, in einem Rechtsstaat unmöglich übernommen werden  
2558 kann. Außerdem muss in Erwägung gezogen werden, dass im Unrechtsstaat  
2559 Türkei ziviler Ungehorsam kein geeignetes Mittel im Kampf für die  
2560 Redemokratisierung ist.
- 2561 • Auch Staatsverträge mit Organisationen sowie deren Anerkennung als  
2562 Religionsgemeinschaft, die in Deutschland systematisch Völkerrechtsbrüche  
2563 propagieren, müssen nach Meinung der GRÜNEN JUGEND einer umfassenden  
2564 Neubewertung unterzogen und gegebenenfalls ausgesetzt oder aufgekündigt  
2565 werden.

2566 die Grüne Jugend fordert eine grundlegende Neugestaltung der Zusammenarbeit mit  
2567 der Türkei in der Nato

2568 Quellen:

2569 [1] [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html)  
2570 [sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html)

2571 [2] [https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-](https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-heerfuehrer)  
2572 [heerfuehrer](https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-heerfuehrer)

2573 [3]  
2574 [http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/-](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/-download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2)  
2575 [download-muslim-](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/-download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2)  
2576 [verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/-download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2)

2577 [4] [https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf)  
2578 [linksextremistische-organisationen.pdf](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf)

2579 [5] [https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-](https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html)  
2580 [kurdenfahne-id212528243.html](https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html)

2581 [6] [https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistans-pkk.pdf)  
2582 [kurdistans-pkk.pdf](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistans-pkk.pdf), S.21

2583 [7] [https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-](https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html)  
2584 [b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html](https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html)

## **V14-Beschluss: Einführung des Widerspruchprinzips für die Organspende**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2671 Die in Deutschland seit Jahren drastisch zurückgehende Zahl an OrganspenderInnen  
2672 sorgt für einen akuten Notstand: Im Mittel sterben jeden Tag 3 PatientInnen  
2673 mangels eines passenden Spendeorgans.

2674 Um diesem besorgniserregenden aber vermeidbaren Missstand entgegenzuwirken,  
2675 fordert die Grüne Jugend die Einführung des „Widerspruchs-“ bzw. „Opt-out-  
2676 Prinzips“  
2677 für die Organspende nach dem Tod. Demnach sind alle BundesbürgerInnen  
2678 automatisch in ein Organspende-Register eingetragen, können aber jederzeit  
2679 unbürokratisch und ohne Begründung der Organspende widersprechen. Es soll  
2680 ebenfalls möglich sein, eine Zustimmung oder einen Widerspruch für einzelne  
2681 Organe auszusprechen.

2682 Befragungen zufolge ist eine deutliche Mehrheit zur Organspende bereit, aber der  
2683 Anteil derer, die tatsächlich einen ausgefüllten Organspendeausweis besitzen,  
2684 gering. In Ländern, die das Widerspruchsprinzip umsetzen, stehen ca. 90% der  
2685 Bevölkerung als potentielle OrganspenderInnen zur Verfügung.

2686 Wir wollen ein gesellschaftliches Bewusstsein für das Thema Organspende  
2687 schaffen, um über das Für und Wider der Organspende aufzuklären. Dafür wird  
2688 parallel ein breites Informationsprogramm gestartet.  
2689 Dabei müssten vor allem Kinder berücksichtigt werden. Die Altersgrenze für einen  
2690 Organspendeausweis liegt derzeit bei 16 Jahren mit Einverständnis der Eltern,  
2691 Widerspruch ist mit 14 Jahren möglich. Die Widerspruchsmöglichkeit für Kinder  
2692 sollte in Zukunft uneingeschränkt ab 0 Jahren möglich sein, falls sie dies nicht  
2693 getan haben, sollen die Eltern bis zu einem Alter von 14 Jahren der Organspende  
2694 widersprechen dürfen. Um Kinder und Jugendliche zu einer mündigen Entscheidung zu  
2695 befähigen wird das Thema in angemessener Art und Weise bereits regelmäßig in  
2696 Kita und Grundschule behandelt.

2697 Personen, die sich gegen eine Organspende aussprechen, profitieren ebenfalls von  
2698 einer klaren Regelung, da Angehörige so nicht in die Situation gebracht werden,  
2699 eine gegebenenfalls ungewollte Entscheidung zu treffen. Insgesamt wird so eine

2700 Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende sowie eine persönlichen  
2701 Entscheidungsfindung gefördert.

## **Begründung**

Die Anzahl an OrganspenderInnen ist aktuell auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren, die Deutsche Stiftung Organtransplantation bezeichnet die Situation als „zutiefst besorgniserregend“. Die Zahl der Organspenden im Jahr 2017 hat sich im Vergleich zu 2010 fast halbiert. Aktuell warten etwa 10.000 schwerkranke PatientInnen auf eine lebensrettende Organspende (DSO, 2018).

Ob man für eine Organspende in Deutschland zur Verfügung steht, wird im Organspendeausweis festgehalten. Dort wird neben dem allgemeinen Einverständnis (ja oder nein) auch die Möglichkeit gegeben, Entscheidungen für einzelne Organe zu treffen. Wird der Organspendeausweis nicht ausgefüllt, sind im Todesfall die nächsten Angehörigen in der Verantwortung, die Entscheidung für oder gegen eine Organspende zu treffen. Die Mehrheit würde sich in diesem Fall nicht für eine Organspende des Angehörigen entscheiden.

Die generelle Bereitschaft für Organspende in der Bevölkerung ist allerdings hoch: laut einer Befragung aus dem Jahre 2011 sind grundsätzlich 71% der Befragten damit einverstanden, nach ihrem Tod Organe zu spenden. Dieselbe Befragung im Jahr 2008 ergab aber, dass nicht mal jeder Vierte von der Einverständenen und nur 16% der Gesamtbevölkerungen einen Organspendeausweis besitzen (Forsa, 2011; Apotheken Umschau, 2008). Aus einer Befragung von NichtbesitzerInnen haben laut einer Studie von 2017 nur 5.6% vor sich „ganz sicher“ in der nächsten Zeit einen Organspendeausweis zu besorgen (Ipsos, 2017).

Zum Beispiel in Österreich gilt das sogenannte "Widerspruchs"- oder "Opt-out"-Prinzip. Demnach ist man automatisch OrganspenderIn, außer man widerspricht der Organspende und lässt sich offiziell in das „Widerspruchregister gegen Organspende“ eintragen (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen, 2018). In Ländern, die das Widerspruchsprinzip umsetzen, stehen etwa 90% der Bevölkerung zur Organspende zur Verfügung (Stanford University, 2018). Aus diesen Erwägungen hat auch die Niederlande Mitte Februar 2018 eine dementsprechende Gesetzesänderung beschlossen. Aktuell gilt das Widerspruchsprinzip in 17 europäischen Ländern, unter anderem in Spanien, seit Jahren Spitzenreiter, mit 43,4 OrganspenderInnen pro 1.000.000 EinwohnerInnen in 2016. In Deutschland waren es im selben Jahr 10,4 (IRODaT, 2016).

**V15-Beschluss: Pathologisierung ist echt krank - Schluss mit der rechtlichen Diskriminierung von trans\*, inter, nicht-binären und genderqueeren Menschen**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2702 Die Kampagne „Dritte Option“ hat vor 5 Jahren mit der "Klage" für einen dritten  
2703 Geschlechtseintrag im Geburtseintrag begonnen. Im Oktober 2017 wurde den  
2704 Klagenden durch das Bundesverfassungsgericht Recht gegeben: Der Gesetzgeber muss  
2705 bis Ende 2018 entweder die standesamtliche Erfassung von Geschlecht abschaffen  
2706 oder für Menschen, die sich nicht mit den binär-zweigeschlechtlichen Kategorien  
2707 „Frau“ oder „Mann“ identifizieren, einen dritten positiven Eintrag möglich  
2708 machen (z.B. „divers“). Inter und trans\* Organisationen und queere Lobbyverbände  
2709 verlangen nach dieser Entscheidung noch stärker danach, dass auch das  
2710 Transsexuellengesetz reformiert wird. Eine große Veränderung im rechtlichen  
2711 Bereich von Inter und trans\* steht bevor.

2712 Das Transsexuellengesetz (TSG), welches 1981 in Kraft trat, *pathologisiert*  
2713 Transidentität und entmündigt trans\* Menschen. Viele Teile des Gesetzes - wie  
2714 bspw. die Auflage, sich einer „fortpflanzungsunfähig“-machenden Operation zu  
2715 unterziehen, bevor die Änderung des Geschlechtseintrags möglich ist (§8 Abs.  
2716 1.3) - finden heute keine Anwendung mehr, weil das Bundesverfassungsgericht sie  
2717 2011 als unvereinbar mit den Grundrechten auf freie Persönlichkeitsentfaltung  
2718 und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit erklärt hat. Unter dem  
2719 Leidensdruck, der durch die ausbleibende Personenstandsänderung drohte, waren  
2720 trans\* Menschen zuvor gesetzlich zur Sterilisation gezwungen. Währenddessen in  
2721 Schweden ein Entschädigungsfonds für entsprechend betroffene trans\* Menschen  
2722 beschlossen wurde, hat seit 2011 keine Bundesregierung eine notwendige  
2723 gesetzliche Reform in die Wege geleitet. Wir fordern auch für Deutschland die  
2724 Einrichtung eines Entschädigungsfonds für diese und weitere trans\* Personen,  
2725 deren Menschenrechte verletzt wurden.

2726 Nur durch einen langen, entwürdigenden und teuren Prozess (die Kosten liegen  
2727 meist im drei- bis vierstelligen Bereich) können trans\* Menschen in Deutschland  
2728 ihren Vornamen und Personenstand (VÄ/PÄ) ändern. Die Auflage dafür, zwei  
2729 voneinander unabhängige psychiatrische Gutachten einzuholen, beraubt trans\*  
2730 Menschen ihrer geschlechtlichen Selbstbestimmung und zementiert eine  
2731 Verständnis, sie seien psychisch krank. Eine Verfassungsbeschwerde gegen diese  
2732 Auflage wurde, wie durch das Bundesverfassungsgericht am 17.10.2017 beschlossen,

2733 nicht zur Entscheidung angenommen.

2734 Mit der elften Auflage des Krankheitskatalogs der  
2735 Weltgesundheitsorganisation(WHO), dem ICD-11, der voraussichtlich noch 2018  
2736 eingeführt wird, wird Transgeschlechtlichkeit nicht mehr als psychische Störung  
2737 gelistet. Damit wird Transgeschlechtlichkeit international *entpathologisiert*.  
2738 Ungewiss ist aber, ob Krankenkassen dann noch die Kosten für  
2739 geschlechtsangleichende Maßnahmen übernehmen werden, weil sich das  
2740 Leistungsspektrum der Kassen am ICD orientiert. Es ist wichtig, dass trans\*  
2741 Menschen, die oftmals Diskriminierung erfahren und häufig einen Leidensdruck  
2742 entwickeln, medizinische und psycho-soziale Angebote in Anspruch nehmen können.  
2743 Es gibt ein Recht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und deshalb müssen  
2744 Trans\*- spezifische Gesundheitsversorgungen sozialrechtlich abgesichert werden!

2745 „Mutter eines Kindes, ist die Frau, die es geboren hat“ (BGB §1592)

2746 Trans-Männer, die nach einer VÄ ein Kind gebären, verlieren nach §7 TSG  
2747 rechtlich ihren Namen und die VÄ wird rückgängig gemacht. Zudem werden diese  
2748 Väter in der Geburtsurkunde des Kindes als „Mutter“ eingetragen. Wir fordern,  
2749 dass in der Geburtsurkunde des Kindes nicht „Mutter“ und „Vater“ eingetragen  
2750 werden sondern, Eltern 1 & 2 und das geschlechtsneutrale Formulierungen zur  
2751 Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten genutzt werden.

2752 Jedes Jahr werden 1.700 intergeschlechtliche Null- bis Neunjährige an ihren  
2753 Genitalien operiert (Studie der HU-Berlin). Die Kinder werden selbst nicht  
2754 gefragt und diese invasiven und irreversiblen Eingriffe haben oft schwere Folgen  
2755 für die geistige und körperliche Gesundheit der Kinder. Das Menschenrecht auf  
2756 körperliche Unversehrtheit muss eingehalten werden und geschlechtsverändernde  
2757 und unnötige „kosmetische“ Operationen an Intergeschlechtlichen Neugeborenen und  
2758 Kleinkindern gehören Verboten.

2759 **Wir fordern:**

- 2760 • Eine selbstbestimmte dritte Option im Personenstandsrecht für z.B. nicht-  
2761 binäre Menschen
- 2762 • ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht.
- 2763 • VÄ/PÄ soll nur noch auf Selbstbestimmung basieren und ein kostenloser  
2764 Verwaltungsakt sein
- 2765 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen
- 2766 • Trans\*-spezifische Gesundheitsversorgung muss sozialrechtlich abgesichert

- 2767 sein
- 2768 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14, perspektivisch ab der Geburt
- 2769 • Zertifizierte Beratungsstellen, wie sie die Bundesvereinigung Trans\*  
2770 fordert
- 2771 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in  
2772 Gesetzestexten
- 2773 • Ein Verbot von geschlechtsverändernden und unnötigen „kosmetischen“  
2774 Operationen an intergeschlechtlichen Neugeborenen und Kleinkindern
- 2775 • Eine angemessene Entschädigung für trans\* Personen, deren Menschenrechte  
2776 verletzt worden sind
- 2777 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans\* Menschen in  
2778 Deutschland

2779 Die GRÜNE JUGEND stellt sich an die Seite der Bundesvereinigung Trans\* und  
2780 unterstützt sie in ihren Forderungen nach der Reform des Rechts in Bezug auf  
2781 Trans\*, wie erklärt im Policy Paper “Paradigmenwechsel - zum Reformbedarf des  
2782 Rechts im Bezug auf Trans\*” (Dez. 2016).

2783 Unser Ziel ist eine Welt ohne fremdbestimmte Geschlechtliche Kategorien. Wir  
2784 wollen eine Welt, in der alle Menschen ihre eigene geschlechtliche Identität,  
2785 frei von zweigeschlechtliche-binären Kategorien, selbstbestimmt leben können.  
2786 Bis dahin werden wir aber erst für eine rechtliche Anerkennung und  
2787 Sichtbarmachung von Personen, die z.B. Inter und/oder nicht-binär sind kämpfen.

## 2788 Glossar

2789 Pathologiesieren= Etwas für „krank“ erklären, weil es nicht der vermeintlichen  
2790 gesellschaftlichen Norm entspricht

## **Begründung**

erfolgt mündlich

Das Policy Paper der Bundesvereinigung Trans\* wird beim Bundeskongress ausgelegt.



## **V17-Beschluss: Solidarität mit kurdischen, feministischen und ökologischen Freiheitsbewegungen**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2828 Seit 2011 befindet sich Syrien in einem anhaltenden Krieg verschiedener Mächte  
2829 mit zunehmender internationaler Beteiligung. Im Verlauf dieses Krieges, am 17.  
2830 März 2016, rief eine Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und  
2831 turkmenischen Delegierten die autonome Föderation Nordsyrien (Rojava) aus,  
2832 bestehend aus den Kantonen Afrin, Kobanê und Al-Hasaka.

2833  
2834 Dort setzen sich kurdische Freiheitsbewegungen für ein Gesellschaftsmodell ein,  
2835 welches die Gleichberechtigung aller Menschen, ohne Ansehen von Geschlecht,  
2836 Religion, Ethnie und Nationalität einfordert. Im Besonderen gilt das für die  
2837 Selbstbestimmung der Frauen\*.

2838 Nur mit der Durchsetzung des Gesellschaftsmodell mit Rechten und Werten wie  
2839 Feminismus, Ökologie, Basisdemokratie und kommunaler Selbstverwaltung kann ein  
2840 friedliches Zusammenleben vor Ort gelingen.

2841 Dieses Gesellschaftsmodell ist eine Alternative zur Diktatur, Islamismus und  
2842 Nationalismus und wird durch die aktuelle Militäroffensive „Operation  
2843 Olivenzweig“ der Türkei in Nordsyrien zerstört.

2844  
2845 Die GRÜNE JUGEND sieht sich in der Pflicht, sich mit den kurdischen  
2846 Freiheitsbewegungen zu solidarisieren, welche die Menschenrechte und Demokratie  
2847 verteidigen und sich dem türkischem Autoritätsregime entgegenstellen, um  
2848 Menschen ein erneutes Leid und Sterben zu ersparen sowie Geflohenen und  
2849 Verfolgten Schutz zu bieten.

2850  
2851 Auch hier in Deutschland fordert die GRÜNE JUGEND ein Ende der Kriminalisierung,  
2852 Diskriminierung von sowie der Repressionen gegen die Kurd\*innen und  
2853 Aktivist\*innen, die sich dem türkischen Regime widersetzen. Solidarität mit den  
2854 Volksverteidigungseinheiten(YPG/J) und der kurdischen Partei der Demokratischen  
2855 Union(PYD) darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Das Teilen und  
2856 Verbreiten von Solidaritätsbekundungen und YPG/J-, PYD-Flaggen ist kein  
2857 Verbrechen.

2858  
2859  
2860  
2861 Des Weiteren verurteilt die GRÜNE JUGEND die bisherige Tatenlosigkeit der  
2862 Bundesregierung zum völkerrechtswidrigen und menschenrechtsverletzenden

2863 Angriffskrieg des NATO-Partners Türkei aufs Schärfste. Die Bundesregierung muss  
2864 sich in der EU, UNO und NATO in aller Deutlichkeit dafür einsetzen, dass die  
2865 menschenrechtsverletzende Militäroffensive der Türkei verurteilt und sofort  
2866 beendet wird.

2867  
2868 Außerdem muss ein sofortiger Stopp aller Waffenexporte in die Türkei eingeleitet  
2869 werden, ein Abzug aller deutschen Soldat\*innen aus der Türkei folgen, sich aktiv  
2870 für die Freilassung aller politischen Gefangenen des Erdogan-Regimes eingesetzt  
2871 werden und muss der Flüchtlingsdeal mit der Türkei beendet werden.

2872

2873

2874

2875 In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Situation in Syrien zugespitzt.  
2876 So haben die Menschen in Ost-Ghuta unter einer Belagerung von islamistischen  
2877 Milizen, aber noch mehr unter einer brutalen Eskalationsstrategie des Assad-  
2878 Regimes und Russlands gelitten. Wir verurteilen jeden Einsatz von Chemiewaffen  
2879 aufs Schärfste und nehmen mit Sorge zur Kenntnis wie sehr sich Russland einer  
2880 Aufklärung dieser verweigert. Gleichzeitig verurteilen wir die Raketenangriffe  
2881 der USA, von Frankreich und Großbritannien. Diese haben dem Assad-Regime  
2882 weiteres Futter für seine innenpolitische Propaganda geliefert. Jeder Akteur in  
2883 Syrien muss endlich das Völkerrecht einhalten. Und statt sinnloser  
2884 Raketenangriffe muss sich die NATO endlich für den Schutz der wenigen und  
2885 bedrohten kurdischen Schutzräume in Syrien starkmachen, denn das Türkische AKP-  
2886 Regime hat schon einen weiteren Vormarsch auf die kurdische Region Manbidsch  
2887 angekündigt. Statt Massenmord zu unterstützen, muss die NATO die kurdischen  
2888 Gebiete endlich vor der Aggression der Türkei schützen!

2889

2890 Für Frieden, Demokratie und Freiheit!

**V22-Beschluss: Landtagswahlen gehen uns alle an - gemeinsam gegen die Strukturschwäche!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

2969 2019 wird in drei der sechs neuen Bundesländer gewählt. Die GRÜNE JUGEND erkennt  
2970 die richtungsweisende Bedeutung des Ausgangs der Landtagswahlen in Sachsen,  
2971 Thüringen und Brandenburg als entscheidend für die Zukunft der Partei Bündnis  
2972 90/Die Grünen und daraus resultierend auch die der GRÜNEN JUGEND als  
2973 Bundesverband an. Denn wir wollen den Menschen, die sich eine soziale,  
2974 ökologische und weltoffene Politik wünschen, in allen Bundesländern eine Stimme  
2975 geben. Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland haben  
2976 gezeigt, dass ein Wiedereinzug in Landesparlamente nicht immer gesetzt ist. Die  
2977 Bundestagswahl im letzten Jahr zeigten ein wiedererstarktes, deutliches West-  
2978 Ost-Gefälle. So sind vier der fünf ostdeutschen Flächenländer die einzigen  
2979 Bundesländer, die beim Wahlergebnis der Bündnisgrünen die 5%-Hürde im  
2980 Landesschnitt nicht erreicht haben. Einzig Brandenburg schaffte es im Osten mit  
2981 genau 5,0%. Das sind Ergebnisse, die unseren Verband wachrütteln sollten, denn  
2982 unser Anspruch ist es seit jeher gewesen alle Bevölkerungsgruppen und alle  
2983 Regionen zu repräsentieren. Daher müssen wir uns intensiver damit  
2984 auseinandersetzen, wie wir es schaffen, unsere strukturellen Probleme in den  
2985 neuen Bundesländern anzugehen.

2986 Wir wollen damit aber keine speziell ostdeutsche oder deutsche Identität  
2987 konstruieren, im Gegenteil. Wir sind der Meinung, dass die derzeit immer noch  
2988 vor allem in den neuen Bundesländern übliche Einteilung in „Wessi“ und „Ossi“  
2989 nur ein Ende haben kann, wenn die strukturellen Schwächen der Regionen  
2990 angegangen werden und endlich behoben werden! Als GRÜNE JUGEND legen wir einen  
2991 starken Fokus auf Benachteiligungen verschiedener sozialer Gruppen und  
2992 Bevölkerungsschichten und wie man diesen am besten entgegenwirken kann. Doch die  
2993 Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe hängen auch stark vom Wohnort ab und  
2994 sind von Region zu Region unterschiedlich. In allen Bundesländern gibt es  
2995 Regionen, die als strukturschwach gelten, sei es das Sauerland in NRW oder  
2996 Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Doch nirgendwo sonst gibt es so ein großes  
2997 zusammenhängendes Gebiet, mit so wenig prosperierenden Ballungszentren wie auf  
2998 dem ehemaligen Gebiet der DDR. Hinzu kommt, dass es noch grundlegende  
2999 Unterschiede in Verständnis und Tradition der Demokratie in alten und neuen  
3000 Bundesländern gibt. Während in den alten Bundesländern 2015 77% der Menschen  
3001 angeben, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zu sein,  
3002

3003 sind es in den Neuen lediglich 47%. An der jahrzehntelangen Entwicklung der  
3004 Demokratie in der alten BRD bis zum heutigen Stand wird deutlich, dass  
3005 Demokratisierung nicht über Nacht geschieht. Durch die kürzere Zeit, in der sich  
3006 Demokratie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entwickeln konnte, haben natürlich  
3007 auch Parteien sowie zivilgesellschaftliche Verbände weniger Zeit zur Entwicklung  
3008 gehabt. Das macht sich in Mitgliederzahlen, vor allem aber in der  
3009 gesellschaftlichen Verankerung deutlich. Insbesondere die bündnisgrüne Partei  
kämpft in den neuen Bundesländern vielerorts immer noch mit Akzeptanzproblemen.

3010 Die GRÜNE JUGEND:

3011 • Erkennt die immer noch nicht behobenen strukturellen Unterschiede zwischen  
3012 neuen und alten Bundesländern an und will diese bekämpfen. Wir kämpfen  
3013 dafür, dass drängende Themen wie Lohn- und Rentengleichheit jetzt  
3014 angegangen werden. Es kann nicht sein, dass 28 Jahre nach der  
3015 Wiedervereinigung in den neuen Flächenbundesländern die Löhne immer noch  
3016 32% niedriger sind, als in den alten Bundesländern! Gleichzeitig sind die  
3017 politischen Herausforderungen aufgrund der Hinterlassenschaften von 40  
3018 Jahren SED-Regime in vielen Politikfeldern anders. Seien es die Reste der  
3019 ehemaligen LPGen, die als Reparaturzahlungen abgebaute  
3020 Verkehrsinfrastruktur oder das jahrzehntelange Totschweigen  
3021 menschenverachtender, wie etwa rassistischer, Einstellungen in der DDR-  
3022 Propaganda. Diese anderen Realitäten müssen bundespolitisch bei  
3023 Entscheidungen mitbedacht werden und auch auf der Agenda der GRÜNEN JUGEND  
3024 im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stehen.

3025 • Will strukturschwachen Landesverbänden in den Wahlkämpfen 2019 finanziell  
3026 zur Seite stehen, in denen ein reelles Risiko des Scheiterns an der 5-  
3027 Hürde besteht. Dafür sollen im Jahreshaushalt 2019 2100€ als Zuschuss  
3028 eingeplant werden. Der Bundesfinanzausschuss wird beauftragt, sich mit der  
3029 Zusammensetzung des Solifonds zu beschäftigen.

3030 • Plant nach finanzieller Lage mehr Geld für den Solifond ein.

3031 • Motiviert die Mitgliederbasis, sich aktiv im Wahlkampf in den neuen  
3032 Bundesländern zu engagieren

3033 • Will den betreffenden Landesverbänden in Wahlkampfzeiten mit Know-How der  
3034 Bundesgeschäftsstelle aushelfen und sie in der Presse- und  
3035 Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

3036 • Unterstützt den Strukturaufbau in den neuen und anderen strukturschwachen  
3037 Bundesländern zum einen durch Angebote für kleine Ortsgruppen und  
3038 Landesverbände mit keinen/wenig Ortsgruppen und vielseitige, nicht  
3039

3040 ausschließlich auf urbane Resonanz ausgelegte Kampagnen und zum anderen  
3041 dadurch, dass in Zukunft möglichst einer von vier Bundeskongressen, auf  
3042 jeden Fall aber einer von sechs Bundeskongressen in den neuen  
3043 Bundesländern statt findet, sowiedurch eine verstärkte Repräsentation der  
neuen Bundesländer bei der Ortswahl für Seminare auf Bundesebene.

3044 • Beauftragt den Bundesvorstand/die Bundesgeschäftsstelle, die Mitglieder-  
3045 und Aktivenverteilung in der GRÜNEN JUGEND zu analysieren. Dafür soll  
3046 erhoben werden, wie die Mitglieder in urbanen/ländlichen Räumen verteilt  
3047 sind, wie die Ortsgruppen vertreten sind, etc. Und, wenn möglich, wie das  
3048 im Verhältnis zur bündisgrünen Partei steht.

3049 • Beauftragt die AG Perspektiven sich auch gezielt mit den Perspektiven der  
3050 ländlichen Räume und den Perspektiven der GRÜNEN JUGEND in den ländlichen  
3051 Räumen auseinanderzusetzen.

## Begründung

Durch die erschreckend hohen Wahlergebnisse der AfD in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten wird auch uns jungen Menschen, egal in welchem Teil der Republik, deutlich wie nie zuvor, dass es immer noch gesellschaftliche, politische und auch wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Denn die Wahlergebnisse kommen nicht von irgendwoher. Die Stärke der AfD weist aber auch auf die Schwäche anderer Parteien hin. Politik, insbesondere bündnisgrüne Politik, in den neuen Flächenbundesländern zu machen, stellt immer noch tagtäglich vor andere Herausforderungen, als in den alten.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen tragen wir eine besondere Verantwortung. Denn unsere Mutterpartei ist auch aus dem Bündnis 90, aus der Bürgerrechtsbewegung in der DDR entstanden. Daher ist es auch unsere Aufgabe für vergleichbare Lebensbedingungen und -realitäten in Ost und West zu kämpfen. Ein Schritt dahingehend ist es, die besondere Herausforderung nicht nur anzuerkennen, sondern auch Konsequenzen daraus zu ziehen und in unserem Verband dafür zu kämpfen, dass die entsprechenden Landesverbände Unterstützung erhalten. Gut und richtig ist dabei schon der Solifond, der strukturschwache Landesverbände unter besonderer Berücksichtigung der ostdeutschen Landesverbände fördern soll. Hier muss aber genug Geld zur Verfügung stehen, damit die schwachen Landesverbände nicht hier auch noch um das Geld kämpfen müssen.

Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist das Land, wie alles auf der Welt, nicht mehr schwarz und weiß. Daher wollen wir, dass auch hier alle strukturschwachen Regionen gefördert werden – mit einem Augenmerk darauf, dass die neuen Bundesländer repräsentiert werden und ihre politische Lage und Stärke relevant ist für die gesamte Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie die GRÜNE JUGEND.

## **V23-Beschluss: Grundsätzlich unverdächtig**

Antragsteller\*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

3052 Die CSU möchte in Bayern die Befugnisse der bayerischen Polizei mit der zweiten  
3053 Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv  
3054 ausweiten. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der Einführung des  
3055 Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive polizeiliche  
3056 Maßnahmen geschaffen. Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine  
3057 starke Absenkung der Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und  
3058 Bürger\*innenrechte. Es muss gar kein Verdacht auf eine konkrete Gefahr oder eine  
3059 Straftat vorliegen; der Polizei kann mit dieser Kategorie ein Eingreifen schon  
3060 dann ermöglicht werden, wenn sie nur glaubt, dass von einer Person in Zukunft  
3061 eine Gefahr ausgehen könnte. Die GRÜNE JUGEND lehnt die Kategorie der "drohenden  
3062 Gefahr" ab und setzt sich für ihre Abschaffung ein.

3063  
3064 Zudem können Menschen seit Juli 2017 in Bayern quasi unbegrenzt präventiv in  
3065 Haft genommen werden, wenn die Polizei bei ihnen von einer "drohenden Gefahr"  
3066 ausgeht. Diese Möglichkeit der Inhaftierung öffnet trotz der alle drei Monate zu  
3067 erfolgenden richterlichen Überprüfung Tür und Tor für eine missbräuchliche  
3068 Anwendung, mit der auch politisch missliebige Personen mundtot gemacht werden  
3069 könnten. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deswegen dafür ein, präventive  
3070 Ingewahrsamnahme soweit wie möglich zu beschränken.

3071  
3072 Aufbauend auf der Gesetzesänderung von 2017 wird zurzeit an der zweiten Novelle  
3073 des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Bayern in Kraft treten soll. Damit  
3074 möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen  
3075 ausstatten: Beispielsweise soll die Polizei Menschen ohne richterliche  
3076 Vorkontrolle bei "drohender Gefahr" zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können  
3077 oder Handgranaten leichter einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung  
3078 automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen  
3079 anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das  
3080 Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei könnte ohne den  
3081 konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen, elektronische Daten der  
3082 Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende  
3083 Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist\*innen oder  
3084 Ärzt\*innen soll drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die  
3085 Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnt die GRÜNE JUGEND entschieden ab. Wir  
3086 wollen eine freie Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen  
3087 Überwachungsstaat! Die GRÜNE JUGEND fordert den bayerischen Landtag deshalb auf,

3088 dieses Gesetz nicht zu beschließen. Sollte der Landtag das Gesetz wie zu  
3089 erwarten verabschieben, werden wir uns dafür einsetzen, dass es sobald wie  
3090 möglich rückgängig gemacht wird und Klagen gegen das Gesetz nach Möglichkeit  
3091 unterstützen.

3092  
3093 Weitere, ähnliche Gesetzesvorhaben stehen auch in den Bundesländern Sachsen,  
3094 Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an. Im Bund möchte das Innenministerium  
3095 ein bundesweites Musterpolizeigesetz nach bayerischem Vorbild erstellen.  
3096

3097 Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen alle Bestrebungen, nach dem Vorbild des  
3098 geplanten bayerischen Polizeiaufgabengesetzes ähnliche Neuerungen auch auf  
3099 Bundesebene und in anderen Bundesländern einzuführen, insbesondere gegen ein  
3100 Polizeiaufgabenmustergesetz nach bayerischem Vorbild auf Bundesebene. Die GRÜNE  
3101 JUGEND unterstützt Proteste in Bayern und anderen Bundesländern, die sich gegen  
3102 das neue PAG und weitere, ähnliche Gesetze richten.